ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 9 (75) September 2020/Elul 5780 – Tischrei 5781 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €

Worum geht's eigentlich bei der US-Briefwahl?

Warum die von US-Präsident Trump kritisierte Briefwahl so betrugsanfällig ist

SEITE 7

McCarthyismus von Links

Angriffe gegen Dieter Nuhr und andere Querdenker

SEITE 15-16

Die leckeren Feiertage

Alle Bräuche ums Essen und Fasten während der Hohen Feiertage

SEITE 47

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
das auch für Juden wie für alle anderen zumindest in seiner zweiten Hälfte sehr besondere jüdische Jahr 5780 geht seinem Ende entgegen. Die hohen jüdischen Feiertage Rosch Haschanah und Jom Kippur stehen noch in diesem vor uns liegenden Monat, wenn auch erstmalig in der mir bekannten Geschichte mit erheblichen Corona-bedingten Einschränkungen vor der Tür.

Allen Jahrtausende währenden Anfeindungen und Vernichtungsversuchen durch seine alten und neuen Feinde zum Trotz folgen auch in diesem Jahr Millionen Juden in Israel und in der ganzen Welt, zum ersten Mal im Wesentlichen per Video-Übertragung dem ewigen Brauch, am Neujahrstag Rosch Haschanah, der in der Thora auch Jom Terua (Tag des Schofar-Blasens) genannt wird, wie seit jeher dem vertrauten Klang des Widderhorns (Schofar) und erbitten für ihre Lieben und für sich ein glückliches, friedvolles und gesundes, kurzum ein süßes neues Jahr. Die Redaktion und ich schließen uns aus ganzem Herzen für unsere Leser und für uns alle diesen Wünschen an. Das Neujahrsfest Rosch Haschanah und die folgenden Tage bis Jom Kippur stellen für das gesamte jüdische Volk neben der Hoffnung auf das Neue auch eine Zeit der Rechenschaft und der Besinnung über das Bisherige, über das Versäumte und über das Erreichte dar.

Die jahrtausendealte Tradition dieser Feiertage, die sowohl in Israel als auch von den Juden in aller Welt begangen werden, belegt einmal mehr, dass Israel weltweit einer der geschichtlich am längsten legitimierten Staaten auf seinem Staatsgebiet ist, einschließlich seiner gesamten und ungeteilten Hauptstadt Jerusalem, einschließlich des jüdischen Tempelbergs sowie einschließlich der jüdischen Regionen Judäa, Samaria und Galiläa. Es ist an Zynismus nicht zu überbieten, dass gerade der jüdische Staat Israel zur Zielscheibe einer weltweiten, vor allem von der verlogenen UN(nütz)-Organisation (UNO) angeführten Delegitimierungs-Kampagne geworden ist, während Eroberer und islamische Landusurpatoren, die große Teile ihrer Staatsgebiete – wie etwa die Türkei und viele andere mehr – erst in jüngster Geschichte zusammengeraubt haben, diese unangefochten behalten dürfen und von unseren westlichen Selbstaufgabe-Politikern dabei sogar noch ermutigt und hofiert werden.

Fortsetzung Seite 2 ▶▶

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

4 198807 003709 09

Manchmal werden Wunder wahr

ALI TIBBON, Odd ANDERSEN, AFP

Von Chaim Noll

David Ben Gurion hatte einst vorausgesagt, das Verhältnis zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten würde im Wesentlichen davon abhängen, wie sich Israel wirtschaftlich entwickelt: Je mehr der jüdische Staat seinen Nachbarn zu bieten hätte, umso eher würden sie ihren sinnlosen Widerstand gegen seine Existenz aufgeben und normale zwischenstaatliche Beziehungen eingehen.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Israel eine fast unvorstellbare wirtschaftliche Entwicklung genommen. Sie verdankt sich nicht zuletzt der so genannten „Zweiten Intifada", die mit dem blutigen Lynchmord von Ramallah an zwei israelischen Reservisten im Oktober 2000 begann und fast fünf Jahre dauerte, bis zum Abkommen von Sharm El-Sheich. In diesen Jahren brach die israelische Tourismus-Industrie zusammen, Zehntausende junge Israelis waren auf Arbeitssuche und wagten mit dem Mut der Verzweiflung den Sprung in eine selbstständige Existenz. Der damalige Finanzminister Netanjahu sorgte durch radikale Reformen dafür, dass die Gründung von Start-up-Unternehmen erleichtert wurde. Tausende solcher Unternehmen entstanden, viele auf dem Gebiet der Hightech-Industrie.

Heute ist Israel auf dem Gebiet der Hightech-Industrie eins der führenden Länder der Welt. Zum Beispiel der weltweit größte Exporteur unbemannter Flugkörper (die unter anderem von der Bundeswehr geleast werden, zuletzt im Juni 2018 fünf Eitan-Heron-Drohnen für rund eine Milliarde Euro). Viele der kleinen Start-ups von damals, gegründet von Studenten, sind heute weltweit tätige Unternehmen, in vielen Fällen mit offiziellem Firmensitz im Ausland, um mit Staaten, die offiziell keine Beziehungen zu Israel unterhalten, Geschäfte machen zu können, darunter mit arabischen, denen der 1948 verhängte Boykott der Arabischen Liga eine Fessel anlegte. Schon seit vielen Jahren gibt es, insgeheim oder offen, Handelsvertretungen Israels in arabischen (Kuweit, Katar, Bahrein) oder maghrebinischen Staaten (Marokko, Tunesien, Mauretanien) und umgekehrt. Zu Jordanien und Ägypten bestehen ohnehin seit längerem reguläre diplomatische Beziehungen.

Die technologischen Entwicklungen israelischer Wissenschaftler und Unternehmer sorgten auch dafür, dass in diesen Jahren durch Einführung einer hocheffizienten Meerwasser-Entsalzung Israels Wasser-Problem langfristig gelöst werden konnte und durch Entdeckung und Erschließung riesiger Erdgas-Vorkommen im Mittelmeer das Energie-Problem. Israel, zur Zeit meiner Einwanderung vor 25 Jahren noch abhängig vom Import australischer Steinkohle und zuletzt 2009 von einer Wasserknappheit heimgesucht, exportiert heute Wasser nach Jordanien und Erdgas nach Ägypten. Die „Palästinenser"-Gebiete wurden, trotz aller vollmundigen Drohungen und Bekundungen seitens der Abbas-Behörde, abhängig von israelischen Wasser-Importen, Energie-Leistungen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem vorgeblichen Feind.

Wer Israel verflucht…

Für intelligente Beobachter in Saudi-Arabien, Abu Dhabi, Dubai, Bahrein, Kuweit oder Katar musste der Eindruck entstehen, die als Israels Verhängnis gedachte Intifada hätte sich in ihr Gegenteil verkehrt: eine Quelle von Segnungen und ungeahntem Reichtum. Wie in der biblischen Geschichte von Bileam, erzählt im 4. Buch Moses 22, der von dem feindlichen König Balak ausgesandt war, um Israel zu verfluchen und es gegen seinen Willen segnete. Jeder gläubige Muslim kennt dieses Gleichnis, das in verdeckter Form im Koran (Sure 7, Al Araf, Vers 175) und ausführlich und offen bei berühmten islamischen Exegeten wie Tabari oder Al-Thalabi thematisiert wird. Wenn es nicht ein göttliches Wunder ist (und manchmal werden Wunder wahr), dann ist es ein Zeichen von Stärke. Niemand wird in der arabischen Tradition so hoch geschätzt wie der Starke, der Sieger.

Zu den Möglichkeiten, die Israels hochmoderne Wirtschaft den arabischen Nachbarn bietet, kommt im letzten Jahrzehnt die zunehmende gemeinsame Bedrohung durch das Mullah-Regime im Iran. Während die arabischen Nachbarn peu à peu ihre Beziehungen zu Israel verbesserten, setzt die iranische Führung auf Konfrontation, religiösen Fanatismus und immer wieder erklärte Vernichtungswünsche des jüdischen Staates.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Manchmal werden Wunder wahr

Die arabischen Staaten haben den israelisch-„palästinensischen" Konflikt satt. Sie haben Angst vor dem Iran und nähern sich Israel an. Die Vereinigten Arabischen Emiraten sind nun seit Jahrzehnten der erste arabische Staat, der dank Trump und Netanjahu diplomatische Beziehungen zum jüdischen Staat aufnehmen wird – sehr zum Missfallen der linken Trump-Basher.

Unklugerweise begann die schiitische Theokratie in Teheran zugleich einen religiös motivierten Kampf gegen die sunnitische Mehrheit der Region, gegen Saudi-Arabien und die reichen Emirate am Persischen Golf, Dubai, Abu Dhabi, Bahrein (verbunden mit absurden Gebietsforderungen), der sich in die arabische Halbinsel zerrüttenden Stellvertreter-Kriegen niederschlägt, in Syrien, im Irak, im Jemen oder – dieser Tage wieder aufflammend – im Libanon. Längst ist an Stelle des früheren israelisch-arabischen Konflikts ein neuer Konflikt als Ursache des ständigen Unfriedens der Region getreten: der teils offene, teils verdeckte Krieg zwischen dem Iran der schiitischen Mullahs und der Allianz der sunnitisch-arabischen Staaten.

Chinas Hilfe für den schwachen Iran

Das iranische Regime ist bemüht, seine zunehmende Isolation im Nahen Osten durch eine Annäherung an China zu kompensieren, die wiederum für den Westen, für die Vereinigten Staaten und Europa, gefährlich werden könnte. Die unter Ausnutzung des syrischen Bürgerkriegs versuchte Ausdehnung des iranischen Einflussgebiets durch einen schiitisch dominierten „Korridor" bis an die Mittelmeerküste passt gut zum chinesischen Konzept einer „neuen Seidenstraße", und auch sonst ist der annähernd bankrotte Mullah-Staat für die finanzstarke, zum Aufkaufen ganzer Volkswirtschaften und Staaten aufgelegte chinesische Führung ein lohnendes Objekt. Das in Arbeit befindliche, kürzlich in der „New York Times" und anderswo angekündigte Abkommen zwischen China und dem iranischen Regime sieht im Zeitraum der nächsten 25 Jahre chinesische Investitionen in Höhe von 400 Milliarden Dollar vor, vor allem für den Ausbau von Infrastruktur im Sinne einer chinesischen Expansion Richtung Mittelmeer und Europa, zudem, was noch bedrohlicher ist, in einer allmählichen Aufrüstung des Mullah-Staates zur dominierenden militärischen Macht in der Region.

In dieser Situation erlangt Israel eine neue strategische Bedeutung: als derzeit einzige Kraft im Nahen Osten, die den weiteren Vormarsch der Mullahs Richtung Mittelmeer stoppen kann. Die in den vergangenen Monaten, unter dem Cover der Corona-Krise, fast alltäglich (oder allnächtlich) gewordenen Angriffe der israelischen Luftwaffe auf iranische Brückenköpfe in Syrien, auf Raketendepots und Lager der „Revolutionären Garden", mehr noch die in den letzten Wochen gemeldeten mysteriösen „Explosionen" und „Feuer" auf iranischem Staatsgebiet (darunter die Zerstörung der nuklearen Zentrifugen in Natanz und der unterirdischen, dem Bau von Langstrecken-Raketen dienenden Anlagen von Khojir) haben sowohl das iranische Regime erheblich geschwächt als auch den arabischen Staaten nochmals Israels immense technologische Überlegenheit vor Augen geführt. Die syrische Luftabwehr erwies sich – trotz eilig ins Land geholter russischer Raketensysteme – als ohnmächtig, und die seit Jahren über iranischem Gebiet fliegenden Tarnkappenjäger vom Typ F-35 wurden im Iran nicht einmal bemerkt.

Die „Palästinenser" sind den Arabern lästig

Wer die Gaza-Kriege 2009, 2012 und 2014 in Israel miterlebt hat, erinnert sich an das allmähliche Umschwenken der Arabischen Liga von anfänglicher Solidarität mit der „Sache der Palästinenser" zu zunehmender Gleichgültigkeit und Ablehnung. Arabische Stimmen mehrten sich, die in der Hamas und anderen „Palästinenser"-Organisationen hoffnungslose Invest-Ruinen sahen, an die ihre arabischen Brüder in den reichen Golfstaaten schon zu viele Milliarden verschwendet hätten. *„Israel führt Krieg"*, schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 22. Juli 2014, *„und zum ersten Mal wird er von der arabischen Welt gebilligt. Die Feinde von gestern entdecken gemeinsame Interessen – und neue gemeinsame Feinde."* Der ägyptische Präsident al-Sisi gab damals zu verstehen, er hoffe auf eine „Zerschlagung der Hamas" durch Israel. Im gleichen Jahr schätzte eine Studie der Universität Tel Aviv über das rasante Anwachsen des Handels-Volumens zwischen Israel und den Golf-Staaten, *„that Israel exports more than a half-billion dollars worth of products to Gulf states each year, though always through third-party countries."*

Der amerikanische Präsident Trump hat diese Entwicklungen erkannt und seit Beginn seiner Amtszeit auf eine Annäherung zwischen Israel und den arabischen Staaten gesetzt. Anders als sein Vorgänger Obama war sein Blick auf die israelisch-arabische Konstellation frei von den Behinderungen verjährter Ideologien. Ihm ging es nicht um post-kolonialistische Schuldgefühle des Westens gegenüber den in ihrem Opfer-Geschäft erstarrten „Palästinensern", sondern um Bewegung, Entwicklung und die Gelegenheit zu einem „Deal". Er durchschaute die Notwendigkeit für die arabischen Staaten, sich Israel anzunähern: ihre Not in der Bedrohung durch das aggressive Regime im Iran, ihre schwindende finanzielle Kraft durch den fallenden Ölpreis, überhaupt die sinkende Bedeutung des Erdöls, folglich ihr wachsendes Interesse an ihrem Technologie-starken jüdischen Nachbarstaat, der ihnen bei der Lösung vieler ihrer Probleme helfen kann.

Schon im Mai 2017, kurz nach seinem Amtsantritt, besuchte Trump Saudi-Arabien und installierte seinen Schwiegersohn Jared Kushner als Unterhändler zwischen Israel und den sunnitisch-arabischen Staaten. Ihm gelang, was den Administrationen von Clinton bis Obama nicht geschafft hatten: die Vermittlung eines Friedensabkommens zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, verbunden mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, der Einrichtung von Botschaften und intensiver wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit. Am 13.August 2020 unterzeichnet, beendet es den jahrzehntelangen arabischen Boykott gegen den jüdischen Staat. Es ist logische Konsequenz von Israels wachsendem Einfluss in der Region und dem allmählichen Zur-Vernunft-Kommen seiner früheren Feinde.

Staaten wie Bahrein und Oman, schon seit längerem mit der israelischen Regierung im Gespräch, werden folgen. Auch die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Saudi-Arabien nannte Kushner „inevitable", unvermeidlich. Diese Abkommen werden die Situation im Nahen Osten radikal verändern. Sie können, angesichts der bestehenden Aggressivität des Regimes im Iran, der Region zwar noch nicht den erhofften Frieden bringen, aber eine reale Hoffnung für die Zukunft.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Der jüdische Jahreswechsel mit und ohne Corona ist auch der richtige Zeitpunkt vor allem Ihnen zu danken, dass Sie unserer mittlerweile im sechsten Jahr erscheinenden Zeitung die Treue gehalten haben und wir dank Ihres Interesses und Ihres Zuspruchs viele neue Leser gewinnen konnten.

Das ist keinesfalls selbstverständlich in dieser Zeit eines schnell voranschreitenden linken McCarthyismus, in der Meinungsvielfalt kaum noch erwünscht ist und politisches Denunziantentum von der herrschenden, weit nach links gerückten und nun wohl auch noch tatsächlich Covid-19-legitimierten Klima-hysterisch unduldsamen und doktrinären Politik gefördert wird und belohnt wird, sowie quasi täglich neue Blüten treibt. Das Bemühen des gesunden Menschenverstandes und eigenen individuellen Denkens wird von der herrschenden Politik sogar auch bisher freiheitlich-demokratischer Länder wie des unseren, mittlerweile geradezu als Sündenfall angesehen, und ist für viele aus Angst vor gesellschaftlicher und beruflicher Ausgrenzung zur kaum noch lösbaren Mutprobe geworden.

Unsere Redaktion und ich werden auch im neuen Jahr 5781 alles dafür tun, um dem hohen Anspruch unserer Leser zu entsprechen und unsere Lesergemeinde weiter wachsen zu lassen. Die JÜDISCHE RUNDSCHAU bleibt auch im Interesse aller unserer Leser – ob Jude oder nicht – kritisch und unabhängig. Sie gehört in unserer linksdoktrinär angepassten Medienlandschaft zu den wenigen Ausnahmen, die unbestechlich und unbeirrt auch weiterhin unbequeme Wahrheiten berichten und ebensolche Fragen stellen werden, in der aufrichtigen, wenn auch kaum noch am Leben zu haltenden Hoffnung, dass auch die staatseigenen und anderen Nachrichten-filternden Gesinnungs- und Erziehungs-Mainstream-Medien eines Tages wieder weniger Lücke, weniger Gesinnungsmotiviertes Nachrichten-Filtern und mehr Wahrhaftigkeit wagen werden.

Gefreut hat uns vor allem Ihre Zustimmung zu unserer eindeutigen und kompromisslosen Positionierung für die Erhaltung unserer durch Aufklärung, Revolutionen und Kriege trotz grausamster Verfolgung, trotz brutaler Entrechtung und Schoah auch mit sehr viel jüdischer Beteiligung hart erkämpften freiheitlichen abendländischen Kultur und für die entschiedene Verteidigung unserer westlichen Werte in einem freien, demokratischen und verfassungsgesicherten Europa, frei von Terror jeder Couleur, islamischer Gewalt und intolerantem, demokratie- und judenfeindlichem Hoheitsanspruch eines entfesselten, durch und durch rassistischen, fanatischen Islam.

Regierungsbündnis ist selbst ohne direkte Beteiligung der Öko-Bevormundungspartei grüngefärbt

Schon vor Corona hat diese im letzten Jahrtausend schwer und opferreich errungene Aufklärungs- und Revolutions-geläuterte, säkulare, Religions-getrennte und Religions-tolerante, freiheitlich-westliche Lebensweise – vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland – erheblichen Schaden genommen durch die von nahezu jedem gesunden Menschenverstand, nahezu jeder geschichtlichen Verantwortung, nahezu jedem politischen Anstand und jeder Aufrichtigkeit verlassene, unduldsame, trotz seines grandiosen Scheiterns im letzten Jahrhundert in Richtung Sozialismus ideologisierte Politik des herrschenden, weit nach links gedrifteten, Klima-hysterischen, wirtschaftsfeindlichen, selbst ohne direkte Beteiligung der Öko-Bevormundungspartei grüngefärbten Regierungsbündnisses und seiner noch systemfeindlicheren links außen positionierten Unterstützungs-Entourage mit nicht selten bis heute nicht abgelegter Stasi-Erfahrung.

Jetzt genau im fünften Jahr des sich immer schrecklicher bewahrheitenden Merkel'schen „Wir schaffen das"-Menetekels, das eher uns alle geschafft und in großen Teilen – um es mit den Worten des SPD-relegierten Thilo Sarrazin zu sagen – bereits unseren Rechtsstaat und unsere Sicherheit auf unseren Straßen, unseren Verkehrsmitteln und unseren Veranstaltungen abgeschafft hat, kam auch noch das Virus aus Wuhan dazu.

Ja, den Seinen gibt's der Herr im Schlaf. Ganz so, als wäre der seit fünf Jahren gesetzwidrige Kanzler-diktierte Verzicht auf gesicherte Staatsgrenzen und ein auf der ganzen Welt in Friedenszeiten beispielloser und ohne jede Not verübter, suizidal-enthirnter, quasi unkontrollierter Einlass einer uns als Facharbeiter-Zuwachs verkauften Vielzahl gewaltbereiter, hormongesteuerter, sexhungriger, rechtsverachtend und Islam-Unkultur-immanent chauvinistisch-frauenverachtender und dazu auch noch massiv judenfeindlich sozialisierter männlicher „Kinder" mit auffälligem Bartwuchs nicht schon Übel genug, kam der Politik auch noch das Pandemie-Virus zur Hilfe.

Und um uns gleich recht zu verstehen: Hier schreibt kein Corona-Leugner. Ja, man sollte sich allen Verschwörungstheoretikern und Corona-Verneinern zum Trotz sehr wohl Sorgen machen um die Heimtücke und die Gefährlichkeit der Corona-Erkrankung. Niemand kann vorhersagen, ob und wie schwer er im Infektionsfall daran erkranken wird. Und wenn man sogar selbst bereit ist, das Risiko einer Infektion auf sich zu nehmen, so sind Leichtfertigkeit, Geringschätzung und Fahrlässigkeit – um es hart zu sagen – ein Zeichen von Rücksichtslosigkeit, sozialer Unreife und ethischer Verwahrlosung.

Vorsorge und Rücksicht auf die anderen, gegebenenfalls mehr gefährdete Mitmenschen sind ein unverzichtbares solidarisches Gebot. Man kann das Virus nicht dadurch bekämpfen, dass man es leugnet.

Trotzdem, Corona kennt auch Gewinner, und zwar nicht nur den Online-Handel. Das Volk und der sogenannte mündige Bürger sind es eindeutig nicht. Sie sind die klaren Verlierer der Pandemie.

Nein – The Winner is … unsere bereits bislang schon seit dem selbstherrlichen und von ihrer Sessel-klebenden Apportier-Entourage

Fortsetzung auf Seite 10 ▶▶

Nikki Haleys Rede auf dem Parteitag der US-Republikaner in deutscher Sprache

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU druckt an dieser Stelle die Pro-Trump-Rede der ehemaligen US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, bei der Republican National Convention 2020. Von dem von links erhofften Abrücken von Präsident Trump keine Spur.

Von Gerd Buurmann

„Guten Abend. Es ist großartig, wieder auf der Republikanischen Nationalkonvent zu sein.

Ich möchte mit einer kleinen Geschichte beginnen. Sie handelt von einer amerikanischen Botschafterin bei den Vereinten Nationen. Es geht um eine Rede, die sie auf diesem Konvent gehalten hat. Sie unterstützte die Wiederwahl des republikanischen Präsidenten, dem sie diente und sie kritisierte seinen demokratischen Herausforderer, einen ehemaligen Vizepräsidenten einer gescheiterten Regierung.

Diese Botschafterin sagte, und ich zitiere: ‚Demokraten geben Amerika immer zuerst die Schuld.' Das war im Jahr 1984. Der Präsident war Ronald Reagan. Und die Worte von Botschafterin Jeane Kirkpatrick sind heute noch genauso wahr wie damals.

Joe Biden und die Demokraten beschuldigen immer noch zuerst Amerika. Donald Trump aber hat immer Amerika zuerst (America First) gesetzt. Er hat vier weitere Jahre als Präsident verdient.

Es war eine Ehre fürs Leben, als Botschafterin der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen zu dienen. Die UNO ist wahrlich nichts für schwache Nerven. Es ist ein Ort, an dem Diktatoren, Mörder und Räuber Amerika denunzieren, aber dann ihre Hände ausstrecken und verlangen, dass wir ihre Rechnungen bezahlen.

Tja, Präsident Trump hat all dem ein Ende gesetzt. Mit seiner Führung haben wir getan, was Barack Obama und Joe Biden abgelehnt haben. Wir haben uns für Amerika eingesetzt und wir haben uns aufrecht gegen unsere Feinde gestellt.

Obama und Biden ließen es zu, dass Nordkorea Amerika bedroht. Präsident Trump lehnte diese Schwäche ab, und wir haben die härtesten Sanktionen gegen Nordkorea in der Geschichte verhängt.

Obama und Biden ließen den Iran mit Mord davonkommen und schickten ihnen buchstäblich ein Flugzeug voller Geld. Präsident Trump hat das Richtige getan und das iranische Atomabkommen zerrissen.

Obama und Biden führten die Vereinten Nationen dazu an, unseren Freund und Verbündeten Israel anzuprangern. Präsident Trump verlegte unsere Botschaft nach Jerusalem. Und als die Vereinten Nationen versuchten, uns zu verurteilen, war ich stolz darauf, das amerikanische Veto einzulegen.

Joe Biden ist gut für das kommunistische China und den Iran

Dieser Präsident kann auf Stärke und Erfolg zurückblicken. Der ehemalige Vizepräsident jedoch hat eine Bilanz aus Schwäche und Versagen. Joe Biden ist gut für den Iran und den Islamischen Staat, großartig für das kommunistische China, und er ist ein Glücksfall für alle, die wollen, dass Amerika sich entschuldigt, sich enthält und unsere Werte aufgibt.

Donald Trump verfolgt einen anderen Ansatz. Er ist hart gegen China, und er hat es mit dem Islamischen Staat aufgenommen und gewonnen. Und er sagt der Welt, was sie hören muss.

Zu Hause ist der Präsident die klare Wahl für Arbeitsplätze und Wirtschaft. Er hat Amerika nach vorne gebracht, während Joe Biden Amerika zurückhielt.

Olivier DOULIERY, AFP

Nikki Haley steht auch nach ihrem freiwilligen Ausscheiden als UNO-Botschafterin fest zu Präsident Trump.

Als Joe Vizepräsident war, war ich Gouverneur des Bundesstaates South Carolina. Wir hatten einen ziemlich guten Lauf. Hersteller aller Art strömten aus Übersee in unseren Staat und schufen Zehntausende amerikanische Arbeitsplätze. Die Leute bezeichneten South Carolina als „the beast of the southeast," was ich liebte. Alles, was wir getan haben, ist trotz Joe Biden und seinem alten Chef passiert. Wir senkten die Steuern. Sie haben sie erhöht. Wir haben Bürokratie abgebaut. Sie häuften weitere Mandate an. Und als wir gutbezahlte Jobs schufen, verklagten uns Biden und Obama. Ich habe mich gewehrt und sie haben aufgegeben.

Eine Biden-Harris-Regierung wäre noch viel, viel schlimmer. Das letzte Mal war Joes Chef Obama, diesmal wären es Pelosi, Sanders und die „Squad". Ihre Vision für Amerika ist der Sozialismus und wir wissen, dass der Sozialismus überall gescheitert ist.

Sie wollen den Amerikanern sagen, wie sie leben sollen und was sie denken sollen. Sie wollen eine staatliche Übernahme der Gesundheitsversorgung. Sie wollen Fracking verbieten und Millionen von Arbeitsplätzen vernichten. Sie wollen massive Steuererhöhungen für berufstätige Familien.

Der Sozialismus wäre für Amerika eine Katastrophe

Joe Biden und die sozialistische Linke wären eine Katastrophe für unsere Wirtschaft. Aber Präsident Trump leitet eine neue Ära der Chancen ein.

Bevor uns das kommunistische China das Coronavirus gab, brachen wir allerorts Wirtschaftsrekorde. Die Pandemie hat uns zurückgeworfen, aber nicht für lange. Präsident Trump hat unsere Wirtschaft schon früher zurückgebracht, und er wird sie weiter zurückbringen.

Es gibt noch einen wichtigen Bereich, in dem unser Präsident Recht hat. Er weiß, dass politische Korrektheit und „cancel culture" gefährlich sind und einfach falsch. In weiten Teilen der Demokratischen Partei ist es mittlerweile Mode zu sagen, dass Amerika rassistisch sei. Das ist eine Lüge. Amerika ist kein rassistisches Land. Das ist persönlich für mich. Ich bin die stolze Tochter indischer Einwanderer. Sie kamen nach Amerika und ließen sich in einer kleinen südlichen Stadt nieder. Mein Vater trug einen Turban. Meine Mutter trug einen Sari. Ich war ein braunes Mädchen in einer schwarz-weißen Welt.

Wir waren Diskriminierungen und Not ausgesetzt. Aber meine Eltern gaben niemals dem Klagen und dem Hass nach. Meine Mutter baute ein erfolgreiches Geschäft auf. Mein Vater unterrichtete dreißig Jahre an einem historisch schwarzen College. Und die Menschen in South Carolina wählten mich als erste Frau einer Minderheit zu ihrer Gouverneurin.

Amerika ist eine Geschichte, die stets in Entwicklung ist. Jetzt ist es an der Zeit, auf diesen Fortschritten aufzubauen und Amerika für alle noch freier, gerechter und besser zu machen. Deshalb ist es tragisch zu sehen, dass so viele von der Demokratischen Partei die Augen vor den Unruhen und dem Zorn verschließen.

Das amerikanische Volk weiß, dass wir es besser machen können und natürlich wissen wir, dass jedes einzelne schwarze Leben wertvoll ist. Die schwarzen Polizisten, die im Dienst erschossen wurden, sie sind wichtig (they matter). Die schwarzen Kleinunternehmer, die mitansehen müssen, wie ihr Lebenswerk in Flammen auf, sie sind wichtig (they matter). Die schwarzen Kinder, die auf dem Spielplatz niedergeschossen wurden, auch ihr Leben spielt eine Rolle (their lives matter, too). Und ihr Leben wird durch die Gewalt auf unseren Straßen ruiniert und geraubt.

Es muss nicht so sein. In South Carolina war das vor fünf Jahren nicht so. Damals wurde unser Staat mit dem Bösen konfrontiert. Ein weißer Rassist betrat während des Bibelstudiums die Mutter-Emanuel-Kirche. Zwölf Afroamerikaner boten ihm einen Platz an und beteten eine Stunde lang mit ihm. Dann fing er an auf sie zu schießen.

Nach dieser schrecklichen Tragödie haben wir uns nicht gegeneinander gewandt. Wir kamen zusammen, schwarz und weiß, demokratisch und republikanisch. Gemeinsam haben wir die schwierigen Entscheidungen getroffen, die zur Heilung erforderlich waren und ein die Gesellschaft spaltendes Symbol friedlich und respektvoll entfernt.

Amerika ist nicht perfekt, aber seine Prinzipien sind es

Was damals geschah, sollte uns jetzt Hoffnung geben. Amerika ist nicht perfekt. Aber die Prinzipien, die uns am Herzen liegen, sind perfekt. Wenn ich eines gelernt habe, dann ist es, dass wir selbst an unserem schlimmsten Tag immer noch gesegnet sind, in Amerika zu leben.

Es ist Zeit, diesen Segen für die nächste Generation zu erhalten. Dieser Präsident und diese Partei fühlen sich dieser edlen Aufgabe verpflichtet.

Wir streben nach einer Nation, die zusammen aufsteigt und nicht in Anarchie und Wut zerfällt. Wir wissen, dass der einzige Weg, um die Herausforderungen Amerikas zu bewältigen, darin besteht, die Stärken Amerikas zu nutzen.

Wir streben eine bessere Zukunft an, in der jedes Kind eine Weltklasse-Schule besucht, die von seinen Eltern ausgewählt wurde, in der jede Familie in einer sicheren Gemeinde mit guten Jobs lebt, in der jeder Unternehmer die Freiheit hat, alles zu erreichen, in der jeder Gläubige ohne Angst beten kann und jedes Leben geschützt ist, wo jedes Mädchen und jeder Junge, jede Frau und jeder Mann, jede Herkunft und Religion die beste Möglichkeit auf das beste Leben hat.

Bei dieser Wahl müssen wir den einzigen Kandidaten auswählen, der diese Vision hat und weiterhin umsetzen wird. Präsident Trump und Vizepräsident Pence haben meine Unterstützung.

Und Amerika versprechen wir, dass wir auf dem Fortschritt unserer Vergangenheit aufbauen und das Versprechen für unserer Zukunft erfüllen werden. Diese Zukunft beginnt mit der Wiederwahl von Präsident Donald Trump durch das amerikanische Volk.

Danke. Gute Nacht. Und möge Gott Amerika immer segnen."

Wie die sich „Palästinenser“ nennenden Araber will auch „Black Lives Matter“ gewaltsam Geschichte auslöschen

Der geschichtsverfälschende und friedensfeindliche „Palästinensismus“ ist das Hauptsteckenpferd der gegenüber vielerlei arabischem Unrecht vorsätzlich erblindeten westlichen Linken. Es ist daher kein Zufall, dass die Taktiken, die im heftig geführten Kulturkrieg gegen unsere westliche Werte angewandt wurden, keine anderen sind als die, die heute gegen Israel zur Anwendung kommen.

Von Melanie Phillips (JNS)

In Großbritannien werden Statuen von historischen Persönlichkeiten, die mit Kolonialismus oder Sklaverei in Verbindung gebracht werden, heruntergerissen oder zur Entfernung vorgemerkt. Damit sollen die «Black Lives Matters»-Aktivisten und ihre Unterstützer, sowohl Schwarze als auch Weiße, besänftigt werden, die den schrecklichen Tod von George Floyd im Polizeigewahrsam von Minneapolis aufgegriffen haben, um zu behaupten, dass die westliche Gesellschaft grundlegend rassistisch sei.

0Die Zerstörung dieser Statuen und anderer ähnlicher Artefakte, die Teil des kulturellen Gedächtnisses einer Zivilisation sind, erinnert unausweichlich an einen weiteren Akt der kulturellen Auslöschung — den der Bücherverbrennung durch das Naziregime in den 1930er Jahren. Sie warfen Bücher von jüdischen, sozialistischen, liberalen oder anderen Autoren ins Feuer, die sie gegenüber der Nazi-Ideologie als feindlich ansahen. Sie taten dies, um eine westliche Kultur auszulöschen, die sie zerstören und durch ihre eigenen schrecklichen Ideen ersetzen wollten.

Die Entfernung der britischen Statuen ist nicht nur ein Protest gegen Rassismus. Es ist ein Versuch, eine ganze Kultur zu zerstören und sie durch eine Gesellschaft zu ersetzen, die nach einem bestimmten, unanfechtbaren Dogma organisiert ist.

Natürlich gibt es in Amerika und Großbritannien anti-schwarze, rassistische Vorurteile. Es gibt auch einen bösartigen schwarzen Antisemitismus, so wie es Schwarze gibt, die dem jüdischen Volk sympathisierend gegenüberstehen, und Juden, die Vorurteile gegen Schwarze haben.

Als gäbe es keinen nicht-europäischen Rassismus

Der Punkt ist, dass Rassenvorurteile in jeder einzelnen Gesellschaft existieren — in den Entwicklungsländern ebenso wie im Westen. Den Westen als angeblich einzige rassistische Region anzuprangern, ist daher eine grobe Doppelmoral und Verleumdung.

Wie üblich haben die linken Juden jedoch in dieser explosivsten Entwicklung der Kulturkriege gegen den Westen die falsche Seite gewählt. Nachdem sie die Umkehrung von Wahrheit und Lüge, Opfer und Unterdrücker in der Identitätspolitik vollständig verinnerlicht haben, haben sie die schwarze Viktimologie, die Schwarze als die unveränderlichen Opfer der weißen Gesellschaft darstellt, unkritisch angenommen und sich für die Agenda und die Werte von «Black Lives Matter» eingesetzt.

Indem sie die Darstellung des eigenen anti-weißen, rassistischen, antisemitischen Animus dieser Gruppe als «Antirassismus» unterstützen, haben sie sich auch an der bösartigen Dämonisierung all derer beteiligt, die es wagen, BLM-Aktivisten als das zu bezeichnen, was sie wirklich sind.

Nachdem der Präsident der Zionistischen Organisation Amerikas, Mort Klein, BLM auf Twitter als «eine Juden hassende, Weiße hassende, Israel hassende, konservative, Schwarze hassende, Gewalt fördernde, gefährliche, von Soros finanzierte extremistische Gruppe von Hassern» angeprangert hatte, prangerte Rabbi Rick Jacobs, Präsident der Union des Reformjudentums, ihn als Rassisten an und versuchte, den ZOA aus der einflussreichen Konferenz der Präsidenten der wichtigsten jüdischen Organisationen hinauszuwerfen.

In Großbritannien hat das Board of Deputies of British Jews eine Kommission zur Untersuchung von Rassenvorurteilen innerhalb der jüdischen Gemeinde eingesetzt. Es ist nicht klar, ob dies auf den angeblichen Rassismus der Gemeinde gegenüber ihrer winzigen Anzahl schwarzer Juden beschränkt werden soll, oder ob es sich dabei um angeblichen allgemeinen Rassismus der ganzen Gemeinde gegen Nichtjuden handelt.

Es kann Fälle von Vorurteilen in der Gemeinde gegen einige schwarze Juden oder mit Schwarzen verheiratete Juden geben. Diejenigen, die die daraus resultierende Isolation und Ablehnung erfahren haben, verdienen Sympathie, und es ist ein lohnendes Ziel, sich darum zu bemühen, sich damit auseinanderzusetzen. Der Kontext, in dem diese Untersuchung eingeleitet wurde, ist jedoch nicht verheißungsvoll.

Kritiker der schwarzen Viktimologie werden als «Rassisten» angegriffen

Sowohl in Großbritannien als auch in Amerika wird jeder, der die schwarze Viktimologie wegen ihrer anti-weißen, antijüdischen, aufständischen oder subjektiv verdächtigen Seite kritisiert, als «Rassist» bezeichnet. Ein Twitter-Mob versammelt sich dann, um solchen Menschen ihren Ruf, ihre Plattform oder ihren Arbeitsplatz für das Verbrechen, die Wahrheit zu sagen, zu entziehen.

In einer Atmosphäre, die an die Hexenprozesse im Salem des 17. Jahrhunderts erinnert, besteht die Gefahr, dass das Board of Deputies eine Hängt-sie-Jury eingesetzt hat, um die jüdische Gemeinde Großbritanniens nach manipulierten kulturellen Regeln schuldig zu sprechen. Wenn dem so ist, wäre dies ein weiteres Beispiel dafür, dass der Ausschuss vor Leuten mit einer kaputten Agenda, die aber die Macht haben, die Bedingungen der öffentlichen Debatte zu diktieren, «auf die Knie» geht.

Viele linke Juden sehen nicht die Gefahr

Es ist nicht nur so, dass viele linke Juden in diesem titanischen Kampf zur Verteidigung der Zivilisation auf der falschen Seite stehen. Es ist nicht einmal so, dass sie die Gefahr für sich selbst nicht erkennen, die von einer Agenda der Zerstörung einer Kultur ausgeht, deren Wurzeln in der hebräischen Bibel liegen. Es ist auch eine auffällige Tatsache, dass die Taktik, die jetzt bei diesem heftigen Angriff gegen den Westen angewandt wird, sich in dem Versuch widerspiegelt, den Staat Israel zu stürzen.

Das Niederreißen der Statuen ist die physische Manifestation des jahrzehntelangen Versuchs, durch die Vereinnahmung des Bildungssystems den Westen zu zerstören, indem man die Aufzeichnung seiner Errungenschaften auslöscht und ihn stattdessen als rassistisch, kolonialistisch und böse darstellt.

In Israel haben «Palästinenser» systematisch archäologische Ausgrabungen in Jerusalem zerstört und Aushubmaterial mit möglicherweise unbezahlbaren Artefakten in den Müll gekippt. Sie tun dies, um die Beweise zu zerstören, die ständig über das alte Königreich Israel ausgegraben werden, und damit den einzigartigen Anspruch der Juden auf das Land. Indem

Parker Michels-Boyce, AFP

Werden diejenigen Euroamerikaner, die Kolumbus' Statue beschmiert haben, nun den Kontinent verlassen, auf dem sie dank Kolumbus leben können?

sie diese antiken Gegenstände angreifen, versuchen sie physisch, die den Juden ureigene Geschichte auszulöschen.

Die schwarze Viktimologie beschuldigt routinemäßig andere für alle Nachteile, die Schwarze erleiden, und leugnet die Rolle, die der Zufall, das Unglück oder ihr eigenes Verhalten spielen, während sie moralische Straffreiheit als «Opfer» für alle Unrechtstaten, die sie selbst begehen, beansprucht.

«Palästinenser» geben Israel die Schuld für all ihr Unglück und beschuldigen es fälschlicherweise, sie aus ihrem Heimatland vertrieben und ihnen ihren eigenen Staat verweigert zu haben. Gleichzeitig leugnen sie ihren jahrhundertealten Krieg zur Zerstörung des jüdischen Heimatlandes und haben das Angebot eines «Palästinenser»-Staates, das ihnen seit den 1930er Jahren immer wieder unterbreitet wurde, stets abgelehnt.

Das eigentliche Ziel von BLM ist wieder einmal der Sturz des Kapitalismus

BLM-Aktivisten beschmieren die westliche Gesellschaft mit verzerrten Behauptungen über Sklaverei und Unterdrückung, um ihr eigentliches Vorhaben, die weiße kapitalistische Gesellschaft zu stürzen, sowohl zu erleichtern als auch zu verschleiern.

«Palästinenser» beschmieren Israel mit falschen Behauptungen über Besatzung und Unterdrückung, um ihre wirkliche Agenda, Israel von der Landkarte zu tilgen, sowohl zu erleichtern als auch zu verschleiern.

Anti-weiße Rassisten projizieren ihr eigenes Vergehen des Rassismus auf andere und beschuldigen fälschlicherweise jeden, der die finstere Agenda der schwarzen Viktimologie kritisiert, ein «Rassist» zu sein.

«Palästinenser», deren Ziel ein «palästinensischer» Staat ist, aus dem alle jüdischen Bewohner des Landes vertrieben würden, projizieren ihre eigene Agenda der rassistischen ethnischen Säuberung auf Israel, das sie mit böswilliger und nachweisbarer Absurdität beschuldigen, Völkermord an den «Palästinensern» zu begehen.

BLM-Anhänger, die den Westen als die endemisch rassistischen Täter der Sklaverei herausstellen, während sie dasselbe oder Schlimmeres im Rest der Welt ignorieren, unterwerfen den Westen einer Doppelmoral.

«Palästinenser» und ihre Unterstützer, die Israel als Menschenrechtsverletzer herausstellen, während sie «palästinensische» frauenfeindliche, schwulenfeindliche, freiheitsfeindliche und andere Menschenrechtsverletzungen sowie die Menschenrechtsverletzungen der anderen Tyranneien und Terrorregime der Welt ignorieren, üben eine Doppelmoral aus, die direkt aus dem Antisemitismus-Drehbuch stammt.

Der Palästinensismus ist das Aushängeschild der westlichen Linken. Es ist kein Zufall, dass die Taktiken, die im Kulturkrieg gegen den Westen angewandt werden, sich als die gleichen Taktiken herausstellen, die auch gegen Israel angewandt werden.

Was bei den Juden beginnt, hört bei den Juden nie auf. In diesem gegenwärtigen Chaos auf den Straßen Amerikas und Großbritanniens spielt es sich nun vor unseren entsetzten Augen ab.

Melanie Phillips, eine britische Journalistin, Rundfunksprecherin und Autorin, schreibt eine wöchentliche Kolumne für JNS. Derzeit ist sie Kolumnistin der "Times of London". Ihre persönlichen und politischen Memoiren, "Guardian Angel", wurden von Bombardier veröffentlicht, die 2018 auch ihren ersten Roman "The Legacy" veröffentlichte. Ihr Werk ist zu finden unter: www.melaniephillips.com.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Der NATO-Staat Türkei als neues Hauptquartier für die Hamas-Terroristen

Außerhalb des Gazastreifens wird die Luft für die Hamas im arabischen Raum immer dünner. Springt die Türkei – zusätzlich zu ihren Kriegsabsichten gegen Griechenland – nun auch als neues Auslandshauptquartier für die Terrororganisation ein?

Von Murat Yörük (Mena Watch)

Hamas-Funktionär Haniya bei Präsident Erdogan in Istanbul

In den vergangenen Jahren ist die türkische Millionenmetropole Istanbul zu einem der wichtigsten Stützpunkte der Hamas außerhalb des Gazastreifens geworden. Ähnliches gilt für die ägyptische Muslimbruderschaft, deren Führung, so sie nicht in ägyptische Kerker geworfen wurde, nach dem Sturz von Präsident Mursi fast geschlossen ins Exil nach Istanbul gegangen ist und ihre Aktivitäten nunmehr von dort fortsetzt.

Die Hamas hat sich in Istanbul ungeachtet der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Türkei und Israel im Juni 2016, das eine diplomatische Wiederannäherung initiieren sollte, breitmachen können, nachdem sie ihre Präsenz in Beirut und Damaskus und schließlich auch in Katar allmählich verringern musste.

In der Türkei wird die Hamas nicht nur geduldet, sondern aktiv von der türkischen Regierung unterstützt, die sie für keine terroristische Organisation hält. Sie ist bestens über deren Umtriebe informiert, regelmäßig wird ihr über die Hamas-Aktivitäten in der Türkei berichtet, die aber keinerlei Besorgnis auszulösen scheinen. Möglich ist, dass die Hamas bei ihrer Übersiedlung einer türkischen Einladung gefolgt ist.

Schon im September 2011 hat der israelische Geheimdienst Schin Bet offengelegt, dass die Hamas in Istanbul ein Büro eröffnet hat. Die Metropole am Bosporus ist seitdem gleichermaßen sicherer Rückzugsort wie Operationsbasis für die Hamas, die von dort aus Attentate in Israel planen kann.

Auch wenn die Türkei das vehement bestreitet, sind die Beweise der israelischen Geheimdienste erdrückend. Maßnahmen, um die Aktivitäten der Hamas in der Türkei zu beenden oder zu reduzieren, sind von der türkischen Seite bislang nicht erfolgt. Sie sind auch nicht zu erwarten, ganz im Gegenteil: Es verdichten sich eher die Hinweise darauf, dass die türkische Regierung ihre Beziehungen zur Hamas aktuell intensiviert.

Türkische Pässe

Wie die englische Tageszeitung „The Telegraph" jüngst berichtete, gibt es nun Belege dafür, dass hochrangige Hamas-Kader türkische Pässe bekommen haben. Der Zeitung war es möglich, in einige der Dokumente Einsicht zu erhalten. So sollen bereits sieben von zwölf Kadern im Besitz eines türkischen Passes sein, für weitere fünf seien die Pässe derzeit in Bearbeitung. Einige von ihnen sollen türkische Decknamen erhalten haben.

Neben Zacharia Najb, der ein Komplott zur Ermordung des Bürgermeisters von Jerusalem geplant haben soll, soll sich darunter auch Jihad Ya'amor befinden, der an der Entführung des IDF-Soldaten Nahshon Waxman im Oktober 1994 beteiligt war. Fast alle der zwölf Kader seien im Rahmen des Gilat Shalit-Austauschs zwischen Israel und der Hamas 2011 freigelassen worden und dann in die Türkei gezogen, von wo aus sie ihre Aktivitäten fortführen.

Die Vorteile eines türkischen Passes sprechen für sich: Mit ihm können viele Länder ohne ein Visum bereist werden. Aktuell bemüht sich die Türkei darum, dass ihre Staatsbürger ohne ein Visum nach Europa reisen können.

Gern gesehene Gäste

Ob es eine Einbürgerungsfeier für die neuen türkischen Staatsbürger gegeben hat, ist nicht bekannt. Ismail Haniyeh, der Chef der Hamas, hält sich jedoch aktuell in der Türkei auf. Regelmäßig reist er in die Türkei und wird dort auch staatsoffiziell empfangen.

Neben Haniyeh ist Saleh al-Arouri, der stellvertretende Führer der Hamas, der jahrelang das Büro in Istanbul leitete, regelmäßig zwischen dem Libanon und der Türkei unterwegs. Obwohl das US-Außenministerium 2018 für Hinweise zur Identifizierung und Ergreifung al-Arouris eine Belohnung von bis zu fünf Millionen Dollar ausgesetzt hat, unternahmen türkische Behörden nichts, um dem NATO-Partner USA zu helfen und den Terroristen festzusetzen und auszuliefern. Al-Arouri ist dem „Meir Amit Intelligence and Terrorism Information Center" zufolge eine Schlüsselfigur in den Beziehungen zwischen der Hamas, der Hisbollah und dem Iran.

Drei weitere hochrangige Hamas-Kader, Zahir Jabareen, Musa Abu Marzouk und Nizar Awadallah sind ebenfalls aus Katar bzw. dem Libanon in die Türkei gezogen. All diese Gäste sind von der Türkei offenbar willkommen geheißen worden.

Wird Istanbul zum neuen dauerhaften Hauptquartier?

Es wäre nicht überraschend, wenn hinter den aktuellen Entwicklungen noch mehr stecken würde, als bislang bekannt geworden ist. Kein Geheimnis ist jedenfalls, dass die Hamas auf der Suche nach einem neuen dauerhaften Hauptquartier ist, nachdem ihr die jüngsten Umbrüche in der MENA-Region zugesetzt haben. Ihr Handlungsspielraum in vielen arabischen Ländern wird immer kleiner.

Im Moment hat sie ernste Schwierigkeiten mit Ägypten, dem Libanon und Syrien, wo sie bis zum Ausbruch des Krieges 2011 ihren Sitz hatte. Und auch Katar, wo die Hamas sich niederließ, nachdem sie Damaskus verlassen musste, scheint ihr nicht mehr so freie Hand zu lassen wie bisher. Welches Land bleibt da noch übrig?

Wie die arabischsprachige Zeitung „Al-Sharq al-Awsat" im März berichtete, soll die Hamas bei ihrer intensiven Suche nach einem neuen Hauptquartier sogar mit Malaysia geliebäugelt zu haben. Doch warum in die Ferne Malaysias schweifen, wenn sich doch die Türkei anbietet, die sich sozusagen um die Ecke befindet?

Der türkische Präsident Erdoğan scheint dem Gedanken eines Hamas-Hauptquartiers im eigenen Land nicht abgeneigt zu sein, inszeniert er sich doch zunehmend gerne als der wahre Patron der „Palästinenser" – wobei seine Unterstützung schon bisher nicht der „Palästinensischen Autonomiebehörde", sondern den Islamisten der Hamas galt.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Der Drogenhandel der „frommen“ islamischen Hisbollah

Wenn Regierungen oder Organisationen, die unter der Legitimität eines Staates operieren, sich am Drogenschmuggel beteiligen, sind die negativen Folgen für andere Nationen in der Regel verheerend. Das iranische Regime und sein Stellvertreter, die Hisbollah, verstärken offensichtlich ihre Bemühungen illegale Drogen in andere Länder, insbesondere in den Westen, zum Zwecke der Destabilisierung zu schmuggeln.

Von Majid Rafizadeh (Audiatur)

Neben der Hisbollah sind weitere islamische Organisationen in den weltweiten Drogenhandel verwickelt. Hier begutachtet der italienische Zoll Drogen, die der "Islamische Staat" in Syrien hergestellt hat.

Vor kurzem wurde ein libanesischer Staatsbürger namens Ghassan Diab von Zypern an die Vereinigten Staaten ausgeliefert, weil er für die Terrorgruppe Hisbollah Drogengelder gewaschen haben soll. Nach Angaben des US-Justizministeriums wird Diab vorgeworfen, „sich der Konspiration zum Zwecke sowie der Beteiligung an Geldwäsche von Drogenfinanzen schuldig gemacht zu haben, indem er die Schwarzmarkt-Peso-Börse zur Unterstützung des globalen kriminellen Unterstützungsnetzes der Hisbollah benutzte“.

Die italienischen Behörden gaben am 1. Juli 2020 bekannt, dass sie 15,4 Tonnen gefälschte Captagon-Pillen beschlagnahmt hatten, die in Syrien hergestellt wurden. Syrien gilt Berichten zufolge als der größte Produzent und Exporteur von Captagon (Fenethyllin). Die beschlagnahmten 15,4 Tonnen gefälschter Captagon-Pillen haben einen geschätzten Wert von 1,3 Milliarden Dollar. Captagon, ein Amphetamin, ist in vielen Ländern wegen seines Suchtpotenzials verboten. Berichten zufolge wurden die beschlagnahmten Drogen so sorgfältig versteckt, dass sie von den Flughafenscannern nicht erkannt wurden, so Commander Domenico Napolitano von der neapolitanischen Finanzpolizei. Es war das Abhören von Anrufen einiger Krimineller, die die örtliche Polizei bei der Beschlagnahme der Drogen unterstützten.

Im Juli 2020 beschlagnahmten die aus griechischen Behörden eine große Ladung Captagon-Pillen, ebenfalls aus Syrien und im Wert von mehr als einer halben Milliarde Dollar. Die griechische Einheit für Finanzkriminalität erklärte darauf:

„Es handelt sich um die größte Menge, die jemals weltweit beschlagnahmt wurde, wodurch der organisierten Kriminalität Erlöse entzogen wurden, die 660 Millionen Dollar (587,45 Millionen Euro) überschritten hätten.“

Warum ist Syrien zum Epizentrum für die Herstellung illegaler Drogen und deren Export in andere Länder einschließlich des Westens geworden? Möglicherweise, weil der Iran und die Hisbollah einen bedeutenden Einfluss in Syrien ausüben und es kaum eine glaubwürdige internationale Organisation gibt, die die Geschehnisse in Syrien überwacht. Dieses Versäumnis macht es schwierig, diese Art von kriminellen Aktivitäten aufzudecken.

Der sich finanziell in einer schwierigen Lage befindende Iran und die Hisbollah sind verzweifelt auf der Suche nach Geld. Die von der Trump-Administration gegen das iranische Regime verhängten Sanktionen haben die Mullahs und ihre Stellvertreter hart getroffen. Der iranische Präsident Hassan Ruhani hat kürzlich zugegeben, dass die Islamische Republik die schlimmste Wirtschaftskrise seit ihrer Gründung im Jahr 1979 durchmacht, da die iranische Währung, der Rial, weiter an Wert verliert. Jüngsten Berichten zufolge haben die US-Sanktionen den Iran auch veranlasst, die Mittel für seine Milizen in Syrien zu kürzen. Die pro-iranischen Kämpfer erhalten weder ihre Gehälter noch ihre Leistungen, was es für sie extrem schwierig macht, weiter zu kämpfen und die Region zu destabilisieren.

> „Wir stellen Drogen für Satan her – Amerika und die Juden. Wenn wir sie nicht mit Gewehren töten können, werden wir sie mit Drogen töten“.

Die Beziehungen zwischen der Hisbollah und dem Iran, insbesondere den Islamischen Revolutionsgarden (IRG), reichen beim Drogenschmuggel bis in die frühen 1980er Jahre zurück. Nach dem Buch „Hisbollah: The Global Footprint of Lebanon’s Party of God von Matthew Levitt”:

„Nach der Gründung der Hisbollah – die sich stark aus den wichtigsten Stämmen und Familien des Bekaa-Tals rekrutierte – Anfang der 1980er Jahre profitierte sie von einem religiösen Edikt bzw. Fatwa, welches Mitte der 1980er Jahre erlassen wurde und eine religiöse Rechtfertigung für die ansonsten unreine und illegale Aktivität des Drogenhandels lieferte. Die vermutlich von iranischen Geistlichen erlassene Fatwa stellt klar: Wir stellen Drogen für Satan her – Amerika und die Juden. Wenn wir sie nicht mit Gewehren töten können, werden wir sie mit Drogen töten“.

Laut einem FBI-Bericht, der im November 2008 freigegeben wurde, „hat der geistliche Führer der Hisbollah… erklärt, dass der Drogenhandel moralisch akzeptabel ist, wenn die Drogen als Teil des Krieges gegen die Feinde des Islam an westliche Ungläubige verkauft werden“.

Mit anderen Worten, durch den Drogenschmuggel in den Westen zielen die Hisbollah und der Iran auch darauf ab, „Ungläubige“ zu töten und den westlichen Ländern zu schaden. Die Vereinigten Staaten sind nicht immun gegen die drogenbezogenen kriminellen Aktivitäten der Hisbollah und des Iran.

Iran und die Hisbollah haben auch ihre Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Drogenkartellen verstärkt, und einige lateinamerikanische Regierungen, wie Venezuela, scheinen mehr als bereit zu sein, Islamisten einen sicheren Hafen für ihre kriminellen und drogenbezogenen Aktivitäten zu bieten. Das in Washington ansässige „Center for a Secure Free Society” veröffentlichte einen Bericht mit dem Titel „Canada on Guard: Assessing the Immigration Security Threat of Iran, Venezuela and Cuba“. Darin heißt es, Venezuela habe radikalen Islamisten eine Menge von Pässen ausgestellt. Diese Pässe könnten leicht für Reisen nach Nordamerika oder Europa verwendet werden.

Die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen und insbesondere ihr Büro für Verbrechen und Drogen, schweigen sich völlig über den großangelegten weltweiten Drogenhandel der Hisbollah und des Iran aus.

Dr. Majid Rafizadeh ist ein iranisch-amerikanischer Politikwissenschaftler, Harvardgelehrter und Vorsitzender des „International American Council on the Middle East“. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Worum geht's eigentlich bei der US-Briefwahl?

Warum die von US-Präsident Donald Trump kritisierte Briefwahl so betrugsanfällig ist und wie die ehemals seriöse FAZ zum Sprachrohr der US-Democrats verkommen ist

Felix Schnoor (Achse des Guten)

„Es ist keine Lüge, wenn man selbst dran glaubt" – das war das Lebensmotto George Costanzas aus der Sitcom Seinfeld. Er war ein Meister des Selbstbetrugs. Dieses Motto dürfte sich auch längst der Großteil der hiesigen Journalisten zu eigen gemacht haben. Denn sie leben in einer Scheinwelt, in der es eben keine Anerkennung für schonungslose Berichte über die Realität und differenzierte Darstellungen gibt, sondern dafür, „Haltung" zu zeigen. Jene Ersatz-Realität, in der diese Berufsgruppe längst zu Hause ist, äußert sich unter anderem auch darin, dass Personen wie Dunja Hayali Preise für Zivilcourage erhalten. In diesem Moment dürften alle Beteiligten tatsächlich ganz fest geglaubt haben, dass das, was Frau Hayali macht, viel Mut erfordere.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser „Haltung" besteht seit 2016 darin, jeden Tag dutzende Texte zu veröffentlichen, die Donald Trump als einen Bösewicht, ein unberechenbares und unzurechnungsfähiges Monster, einen hasserfüllten Menschen, einen Narr… (beliebig fortsetzbar) darstellen. Im Grunde ist es eine Art Rückkopplung: Je mehr Negatives sie über Trump schreiben, desto stärker wird ihre Abneigung gegen ihn – und desto mehr Negatives schreiben sie über Trump. Und „Trump" in einer Headline generiert Klicks, weshalb sich dieses Geschäftsmodell überhaupt halten kann.

Mit dieser Geisteshaltung ausgestattet, also der Überzeugung, im Kampf für das Gute ein basaler Bestandteil zu sein, ist es dann eben auch kein allzu großer Schritt, der Leserschaft auf sämtliche journalistische Tugenden pfeifend (man streicht einfach das „journalistische" und begnügt sich nur noch mit den Tugenden, frei nach Georg Büchner: Tugend, das ist, wenn man tugendhaft ist) vollkommen verdrehte Tatsachen zu servieren. Dass auch die altehrwürdige und einst stolze und bürgerliche FAZ diesem Niveau nahezu vollständig anheimgefallen ist, verdient dann doch noch gelegentlich eine Bemerkung.

Ein für diese Beobachtung exemplarischer Sachverhalt betrifft eine Debatte in Amerika über die Möglichkeit, seine Stimme per Brief abzugeben, die seit Corona und in Anbetracht des näher rückenden Novembers in den USA verstärkt geführt wird. Vereinfacht gesagt, wollen die Demokraten eine möglichst große Ausweitung dieser Möglichkeit (denn gegen Rassismus zu demonstrieren oder einen Supermarkt zu besuchen, ist bekanntlich viel ungefährlicher, als ein Wahllokal zu betreten), während Trump und große Teile der Republikaner Briefwahlen teilweise stärker regulieren wollen. Hochgekocht ist das Thema zum ersten Mal, als Twitter vor einigen Wochen einen Tweet Trumps, in dem er die Gefahr eines Wahlbetrugs mit einer flächendeckenden Briefwahl in Verbindung brachte, mit einem Hinweis versehen hatte, dass dieser Inhalt nicht auf Fakten beruhe.

Inhaltlich mit der Biden-Kampagne gemein gemacht

Die FAZ stellte am 14. August 2020 einen Artikel mit der Headline „Trump beantragt Briefwahlunterlagen in Florida" online und schrieb in der Nebenüberschrift sowie im einleitenden Text auf Facebook dazu: „Immer wieder wurde die Briefwahl von Trump in den

Briefwahl in Oregon

vergangenen Wochen als betrugsanfällig kritisiert. Das hält ihn offenbar nicht davon ab, für die Vorwahlen in Palm Beach selbst Briefwahlunterlagen zu beantragen."

Man stellt Trumps Vorgehen hier also als widersprüchlich dar. Er sage A, mache aber B. Trumps Bedenken hinsichtlich der Briefwahl seien quasi lediglich ein Ablenkungsmanöver und substanzlos, möchte uns die FAZ damit mitteilen. Um diese Message zu verstehen, brauchte man noch nicht einmal auf den Artikel zu klicken. Ruft man diesen Artikel dennoch auf, stellt man zunächst einmal fest, dass er sich direkt auf einen Tweet Joe Bidens, Trumps Gegner bei der anstehenden Präsidentschaftswahl, bezieht, quasi eins zu eins dessen Aussage wiedergibt. FAZ hat sich hier also inhaltlich mit der Biden-Kampagne gemein gemacht und das ganz unverblümt.

Als ob das noch nicht genug ist, zitiert man im nächsten Absatz Obama zu diesem Thema, der wenig überraschend in dieselbe Kerbe schlägt. Nun folgt im Prinzip noch einmal eine etwas umfangreichere Wiederholung der zuvor zitierten Nebenüberschrift:

„Trump hat auch in der Vergangenheit bereits mehrmals über Briefwahl abgestimmt. Gleichzeitig warnt der Präsident seit Wochen immer wieder davor, dass die wegen der Corona-Pandemie absehbare starke Zunahme der Briefwahl bei der Präsidentenwahl am 3. November zu großem Wahlbetrug führen könnte. Trump hat für seine Befürchtung bislang keine stichhaltigen Belege angeführt."

Warum ist dieser Absatz so manipulativ? Die FAZ lässt hier gänzlich außer Acht, dass es in den USA verschiedene Arten von Briefwahlen gibt, schließlich wird das grundsätzlich auf Ebene der einzelnen Bundesstaaten geregelt. Trump hat immer betont, dass er kein Problem mit dem sogenannten Absentee Voting hat. Das bezeichnet einen Sachverhalt, im Rahmen dessen ein Wähler aufgrund von Abwesenheit eine Briefwahl beantragt. Etwa am 26. Mai 2020, im Rahmen einer Pressekonferenz im Weißen Haus, sagte Trump:

„Briefwahl, weil jemand abwesend ist oder weil jemand gesundheitlich beeinträchtigt ist, geht durch einen Prozess, das ist okay, das ist etwa anderes".

Ähnlich äußerte er sich auf einer Pressekonferenz am 15. Juli. Dies sind nur zwei von vielen Beispielen, und man kann sie nachlesen auf whitehouse.gov. Auch Journalisten von der FAZ hätten das tun können.

Mitnichten ein Widerspruch Trumps

Es muss an dieser Stelle also kurz etwas technisch werden. Man muss nämlich differenzieren zwischen Absentee Vote und Mail-in ballot. Die Tatsache, dass diese Begriffe nicht immer einheitlich verwendet werden, macht es in der Tat etwas undurchsichtiger, aber im Kern geht es um Folgendes: Im Gegensatz zur Briefwahl auf Antrag gibt es in einigen Bundesstaaten das Verfahren, dass an jede Person im Wahlregister entsprechende Wahlunterlagen versendet werden. Und gegen dieses Verfahren wendet sich Trumps Kritik im Wesentlichen. Trump argumentiert in diesem Zusammenhang, dass diese Wählerregister teilweise nicht akkurat gepflegt seien und Wahlunterlagen somit nicht korrekt versendet würden. Außerdem äußerte Trump die Befürchtung, dass Wahlzettel aus den Briefkästen gestohlen oder illegalerweise vervielfältigt werden könnten.

Es ist schon erstaunlich, dass ein Medium wie die FAZ nicht in der Lage oder willens ist, ihren Lesern zumindest den Unterschied zwischen Briefwahl auf Antrag und dem flächendeckenden Versenden von Wahlunterlagen durch die Behörden darzulegen. Trumps Antrag für eine Briefwahl steht jedenfalls mitnichten im Widerspruch zu seinen Bemerkungen hinsichtlich möglicher Wahlmanipulationen, wie die FAZ es zu suggerieren versucht, sondern ist vollkommen konsistent mit diesen.

Auch der letzte Satz des oben zitierten Absatzes ist durchaus interessant. „Keine stichhaltigen Beweise" – so ähnlich lautete auch schon Twitters Vorwurf, als man einen Tweet Trumps zum ersten Mal mit einem Warnhinweis kennzeichnete. Trumps damaliger Tweet beinhaltete eine Befürchtung die Zukunft betreffend. Wie die selbsternannten „Faktenchecker" diese Befürchtung im Voraus als falsch betiteln konnten, war schon damals nur schwer verständlich. Nun also bemängelt die FAZ, Trump habe keine stichhaltigen Beweise für seine Kritik an der Briefwahl.

Es lohnt sich, über diese Aussage einmal genauer nachzudenken. Zunächst einmal waren stichhaltige Beweise für FAZ & Gleichgesinnte, als es um die angebliche Russland-Verschwörung zu Gunsten Trumps ging, die sich ja mittlerweile als gegenstandslos erwiesen hat, von bestenfalls nachrangiger Bedeutung. Auch ohne stichhaltige Beweise wurde über zwei Jahre gefühlt kaum über etwas anderes geschrieben. Zum anderen ist es natürlich auch der völlig falsche Ansatz, hier auf stichhaltige Beweise abzuzielen. Es geht viel eher darum, ob Trumps Befürchtungen einen wahren Kern enthalten oder nicht. Denn am Ende steht die Legitimation der Wahl und damit die amerikanische Demokratie auf dem Spiel, und da ist Vorsicht besser als Nachsicht. Und es verwundert daher doch ziemlich, zumindest wenn man sich über die eingangs beschriebene Geisteshaltung der Journalisten nicht im Klaren ist, dass auf Trumps Vorbehalte in keiner Weise inhaltlich eingegangen wird.

„Warum die verpfuschte Vorwahl zum Albtraum wurde"

Es soll in diesem Text nicht erörtert werden, ob Trumps Befürchtungen gerechtfertigt sind oder nicht, aber dass es sich zumindest lohnt, auf die Rolle der Briefwahl einmal genauer zu schauen, zeigt das Beispiel der Vorwahlen für den Kongress in New York am 23. Juni 2020. Anfang August veröffentlichte die „New York Times" einen Artikel, dessen Überschrift man wie folgt übersetzen kann: „Warum die verpfuschte Vorwahl in New York zum November-Albtraum wurde". Der Grund für diese „verpfuschte Wahl" ließe sich demnach primär auf eine deutlich ausgeweitete Briefwahl zurückführen. Im Artikel wird über eine überforderte Post berichtet, die tausende Stimmzettel nicht mit Briefmarken versehen und somit disqualifiziert haben könnte, zu spät versendete Wahlunterlagen und davon, dass auch nach sechs Wochen einige Wahlergebnisse noch immer nicht feststanden. Ein Richter ordnete kurz nach Erscheinen jenes Artikels zudem an, 1.200 zuvor disqualifizierte Stimmzettel, die per Post abgegeben wurden, doch noch auszuzählen. Kurzum, es war ein einziges Chaos.

Diese Einzelheiten erspart uns die FAZ aber, man möchte uns damit besser nicht behelligen. Dass die ehemals renommierte FAZ mittlerweile zum deutschen Pressesprecher des demokratischen Präsidentschaftskandidaten geworden ist und sich inhaltlich damit begnügt, dessen Tweets zu rezitieren oder, wenn es hochkommt, einige einfach gestrickte Anti-Trump-Stories aus Amerika von CNN zu übernehmen, ist im Grunde ziemlich traurig. Wer sich also ein halbwegs sachgerechtes Bild der amerikanischen Politik machen möchte, der kommt nicht umhin, sich zumindest ab und zu selbst mit Original-Quellen zu beschäftigen.

Außenminister der Emirate: „Das wird ein warmer Frieden“

Der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate äußert sich optimistisch und erfreut über die Auswirkungen der Normalisierung mit Israel.

(Israelnetz) Der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Anwar Gargasch, glaubt, dass zwischen seinem Land und Israel ein „warmer Frieden“ entstehen wird. „Anders als Jordanien oder Ägypten haben wir in keinem Krieg mit Israel gekämpft“, begründete er dies in einem öffentlichen Video-Gespräch der amerikanischen Organisation „Antlantic Council“. Die „nationale Psychologie“ sei dadurch eine andere. Die Beziehungen Israels mit seinen Nachbarn Jordanien und Ägypten werden von vielen Beobachtern als Ausdruck eines „kalten Friedens“ bezeichnet, da es immer wieder diplomatische Spannungen zwischen den Ländern gibt.

In dem Gespräch betonte Gargasch, dass das Übereinkommen mit Israel „kein Vertrag gegen den Iran“, sondern vor allem Ausdruck der eigenen positiven Interessen sei. „Wenn etwas im Interesse der VAE ist, dann werden wir es verfolgen“, sagte der Spitzendiplomat. Er verwies unter anderem auf die Bereiche Technologie und Landwirtschaft, in denen die Emirate von Israel profitieren könnten. „Die VAE wollen ihre Position in der Welt stärken. Das funktioniert nicht, wenn wir auf einer exklusiven Weltsicht beharren“, sagte Gargasch.

Zu den Spekulationen um einen möglichen Verkauf des F-35-Kampfjets durch die USA an die Emirate merkte Gargasch an, dass diese Frage mit dem Normalisierungsabkommen „nicht verbunden“ sei. Sein Land habe bereits vor sechs Jahren darum gebeten, entsprechende Flieger kaufen zu dürfen. „Da jetzt kein Kriegszustand mehr mit Israel existiert, sollte es für uns nun leichter sein, sie zu bekommen“, gab Gargasch jedoch zu bedenken.

„Noch viel zu tun“

Der Minister verteidigte sich auch gegen Kritik von „palästinensischer“ Seite. Sein Land könne nicht länger „ein Gefangener der radikalen Rhetorik und Stagnation in der palästinensischen Angelegenheit“ sein. Die Emirate seien auch von den „Palästinensern“ immer wieder aufgefordert worden, israelische Annexionspläne im Westjordanland zu vereiteln. „Jetzt haben wir geliefert“, sagte Gargasch mit Blick auf die israelische Selbstverpflichtung, die Pläne zur Souveränitätsausweitung im Westjordanland vorerst zu „suspendieren“. Die VAE hätten einen Stopp der Annexion bekommen und dafür Normalisierung gegeben.

Am Freitag äußerte sich auch der Botschafter der Emirate in den USA, Jusef al-Otaiba, zur „palästinensischen“ Frage. In einem Gastbeitrag für die wichtige israelische Tageszeitung „Yediot Aharonot“ schreibt er, dass sich sein Land weiterhin „energisch“ für die Belange der „Palästinenser“ einsetzen werde. „Nun können wir das auf direktem Wege tun, von Angesicht zu Angesicht, gestärkt durch neue Anreize, politische Optionen und diplomatisches Werkzeug“, heißt in dem Text.

In welchen Bereichen genau und wann die Verständigung zwischen den Emiraten und Israel praktische Wirkung zeigen wird, ist zur Zeit noch offen. Außenminister Gargasch sprach von einem „Prozess“ der Annäherung, in dem es noch „viel zu tun“ gebe. So müssten noch „viele banale Dinge geregelt werden“. Eines ist nach den Worten Gargaschs jedoch schon jetzt klar: Die künftige Botschaft der Emirate wird in Tel Aviv liegen, nicht in Jerusalem.

ASHRAF SHAZLY, AFP

Anwar Gargasch, der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate

Ermutigt Schweden den „palästinensischen“ Terror?

Das bereits zu den am meisten islamisierten Ländern Europas gehörende Schweden verhält sich zwar offiziell neutral im Nahostkonflikt, zahlt jedoch Millionensummen an Lobby-Organisationen wie die „Palästinensisch“-Schwedische Vereinigung.

Von Yossi Aloni (Israel Heute)

Auf diese Weise hilft Schweden dem „palästinensischen“ Volk: Die schwedische Regierung überwies finanzielle Hilfe an eine „palästinensische“ Organisation, die in Schweden Demonstrationen gegen Israel organisiert, offen zum Boykott Israels aufruft und „palästinensische“ „Märtyrer“ (Selbstmordattentäter) verherrlicht.

Schweden ist stolz darauf, eines der Länder zu sein, das dem „palästinensischen“ Volk am meisten hilft. Erst kürzlich haben die Schweden ein riesiges Budget von 1,5 Milliarden Schwedischen Kronen (über 150 Millionen Euro) für die „Palästinenser“ für 5 Jahre beschlossen. Aber unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe für die „Palästinenser“ überwies die schwedische staatliche Hilfsorganisation SIDA 1,8 Millionen Schwedische Kronen (fast 300.000 Euro) an die „Palästinensisch“-Schwedische Vereinigung, in der viele in Schweden lebende „Palästinenser“ aktiv sind. Sie fungiert als die „palästinensische“ Lobby in Schweden. Obwohl mit den von der SIDA bereitgestellten Hilfsgeldern humanitäre und Entwicklungsprojekte unterstützt werden sollen, ist deutlich geworden, dass die „Palästinensisch“-Schwedische Vereinigung gegen Israel kämpft und zum Boykott Israels aufruft. Diese Organisation initiiert Demonstrationen gegen Israel, wie z.B. eine Demonstration, die zu einem Boykott des Eurovision Song Contest aufruft, der in Israel stattfand. Die Organisation bezeichnet Israel als „Apartheidstaat“ und fordert die Europäische Union auf, Sanktionen gegen Israel zu verhängen. Die Organisation bat Schweden im vergangenen September, israelischen Tennisspielern zu untersagen, zum Davis-Cup-Wettbewerb nach Stockholm zu kommen.

Mitglieder der Organisation haben auf Demonstrationen die Befreiung Palästinas „vom Fluss bis zum Meer“ [Jordan und Mittelmeer] gefordert. Sie luden auch einen Vertreter der Terrororganisation „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ zu einem Besuch in Schweden ein, zertrampelten bei einer Demonstration die israelische Flagge und sprachen lobend über „Märtyrer“. Die Organisation behauptet auf ihrer Website, sie unterstütze soziale Projekte für „Palästinenser“ in Judäa, Samaria, Gaza und dem Libanon.

Der Haushaltsposten, unter dem das Geld an die pro-„palästinensische“ Organisation überwiesen wurde, wurde als „der Bereich Demokratie, Menschenrechte und Gender“ definiert.

Auf der Website der SIDA ist angegeben, dass die Organisation Hilfe beantragt hat, um „ihre anwaltschaftliche Arbeit fortzusetzen mit dem Ziel, Palästinensern, die unter Besatzung oder in Flüchtlingslagern außerhalb Palästinas leben, in Schweden eine Stimme zu geben und das Wissen über palästinensische Rechte, internationales Recht und globale Ziele zu erweitern“.

Israelische politische Quellen sagen, dass „der schwedische Steuerzahler wissen sollte, dass seine Steuergelder in die Finanzierung einer BDS-unterstützenden Organisation fließen, die innerhalb Schwedens Aktivitäten durchführt, die nichts mit humanitärer Hilfe für das palästinensische Volk zu tun haben“.

Israelische Quellen fügten hinzu, die offizielle schwedische Position sei, dass Schweden den BDS nicht unterstütze. Wenn das so ist, warum unterstützen sie dann die „Palästinensisch“-Schwedische Vereinigung?

PONTUS LUNDAHL, AFP

„Palästinensische“ Organisationen können sich über einen warmen Geldregen aus Schwedischen Kronen freuen.

Studenten immer anfälliger für anti-israelische Verschwörungstheorien

Der Archäologe und Historiker Alexander H. Joffe über den „dramatischen Anstieg" der antizionistischen und antisemitischen Rhetorik an amerikanischen und westeuropäischen Hochschulen nach der Tötung von George Floyd, an der Juden und Israel in gar keiner Weise beteiligt waren.

Von Redaktion Audiatur

Die anti-israelische "Jewish Voice for Peace"-„Rabbinerin" Alissa Wise (zweite von links) im Streitgespräch mit der türkischstämmigen islamischen Trump-Unterstützerin Rabia Kazan (mit erhobenem Zeigefinger).

„Was wir gesehen haben … ist ein klassisches Beispiel für die rot-grüne Synthese in Aktion", sagte Joffe und bezog sich dabei auf die Allianz zwischen Islamisten im Westen und der extremen Linken, die in den vergangenen Jahrzehnten den anti-israelischen Aktivismus anführte. Ihr Ziel sei es, „Juden, insbesondere amerikanische Juden, als Weiße, als Feinde farbiger Menschen zu rassifizieren und an den Rand zu drängen."

Die Unruhen in amerikanischen Großstädten nach Floyds Tod seien insbesondere von drei Gruppierungen ausgenutzt worden, um ihre antizionistischen/antisemitischen Narrative voranzutreiben: der „Black Lives Matter"-Bewegung („die ideellen Erben der Black Panthers"), der Antifa-Bewegung („antikapitalistisch und anti-israelisch") und das Netzwerk der Muslimbrüder in den USA (American Muslims for Palestine, die Dachgruppe der Vereinigung Studenten für Gerechtigkeit in Palästina und die Muslim Students Association, welche alle „die Rubrik Menschenrechte" nutzen, um ihre anti-israelische Agenda voranzutreiben). Zu diesem anti-israelischen Trio gehören laut Joffe weitere „progressive"/links-jüdische Frontgruppen, beispielsweise die Organisation „Jewish Voice for Peace" (JVP).

Diese Gruppen haben das formuliert, was Joffe eine „große gemeinsame Theorie" der Unterdrückung nannte, die „den großen Satan in den USA" und „den kleinen Satan, den israelischen ‚Siedlerkolonialismus'" mit dem Kapitalismus, der weißen Vorherrschaft und anderen realen und eingebildeten Übeln verschmilzt.

Israel – und Juden, die es unterstützen – werden beschuldigt, „ein System des anti-schwarzen Rassismus in den USA aufrechtzuerhalten" und vornehmlich „die Hauptursache" für Polizeigewalt in Amerika zu sein. Als „Beweis" führen die Ankläger die Tatsache an, dass das „Jüdische Institut für Nationale Sicherheit Amerikas" (JINSA) und andere jüdische Gruppen in den Jahren nach dem 11. September 2001 Schulungsprogramme zur Terrorismusbekämpfung für US-Polizisten in Israel gefördert haben. (Programme, die nichts mit Fragen oder Taktiken der einheimischen Polizei zu tun haben).

Amerikanisch-israelische Polizei-Kooperation

Im Jahr 2018 rügte der Stadtrat von Durham (North Carolina) die Beziehung seiner Polizeikräfte zu Israel aufgrund von Verleumdungen der JVP; diese hatte die Beziehungen zwischen den US-amerikanischen und israelischen Strafverfolgungsbehörden kritisiert. Außerdem wurden gewalttätige Ausschreitungen im Jahr 2019 an der Tufts-Universität in Boston als Folge eines israelischen Schulungsprogrammes betrachtet, nachdem mehrere Polizisten an diesem teilgenommen hatten.

Laut Joffe sollen diese Verschwörungstheorien dazu dienen, aufkeimende afroamerikanische Ressentiments gegen die Polizei in Feindseligkeit gegenüber der jüdischen Gemeinde umzuleiten. Sie sind innerhalb der schwarzen Gemeinde von den so genannten „Black Hebrews" weit verbreitet worden, die behaupten, die „echten Juden" zu sein (und dass die aschkenasischen Juden europäischer Abstammung „unecht" seien). Auch Louis Farrakhans antisemitische Bewegung „Nation of Islam", welche die „Black Lives Matter"-Bewegung und die Organisation „Women's March" stark beeinflusst hat, trugen zur weiten Verbreitung solcher Verschwörungstheorien bei.

In den vergangenen vier Jahren waren radikalisierte Afroamerikaner in New York und New Jersey an einer Reihe von Angriffen mit Schusswaffen und Messerstechereien gegen Juden beteiligt. Nun, da diese etablierten antizionistischen/antisemitischen Netzwerke den Tod von George Floyd für ihre Zwecke beansprucht haben, wurden jüdische Geschäfte, Synagogen und Friedhöfe inmitten der jüngsten Unruhen zur Zielscheibe von Vandalismus. In den sozialen Medien sind Twitter-Beiträge, in denen Israel die Verantwortung für Polizeigewalt zugeschoben wird, von hochrangigen Prominenten aufgetaucht, darunter ein bekannter Rapper und ein britischer Popsänger.

Großer Zuspruch auf dem Campus

Dies stellt eine Verankerung der antizionistischen und antisemitischen Rhetorik dar, die seit Jahren auf dem College-Campus gang und gäbe ist, wo muslimische, linksextreme und anti-israelisch-jüdische Gruppen die Protestbewegung „Boycott, Divestment, and Sanctions" („Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen", abgekürzt BDS) angeführt haben.

Diese Campus-Aktivisten fordern „Übereinstimmung in der Aussage Israel sei ein ‚rassistischer, imperialistischer, siedlerischer, kolonialer Staat'", und im Großen und Ganzen erreichen sie diese Zustimmung. Joffe zitierte einen kürzlich innerhalb der Universität von Kalifornien zirkulierenden antisemitischen Brief, der die Unterschriften von Hunderten von graduierten Studenten erhielt – die Zukunft der akademischen Welt – und die Befürwortung von scheinbar unpolitischen Organisationen wie dem „UC Davis American Sign Language Club" und dem „Berkeley Livermore National Laboratory".

Die Aktivisten versuchen nicht nur, „die Beziehung zwischen den USA und Israel zu beseitigen … und Israel auf dem Campus zu zensieren", sagte Joffe, sondern arbeiten daran, ein Klima der Angst und Einschüchterung für jüdische Studenten auf dem Campus zu schaffen und im weiteren Sinne „Juden in der amerikanischen Gesellschaft an den Rand zu drängen."

„Judenhass und die Ablehnung Israels … sind Themen, mit denen die amerikanische extreme Linke und die extreme Rechte … völlig übereinstimmen, so wie dies auch in Europa der Fall ist", sagte Joffe abschließend. Und „es wird in nächster Zeit nicht besser werden."

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

gestützten Islam-Einlass-Dekret der Kanzlerin eindeutig die herrschende und sehr weit nach links gerückte Politkaste.

GroKo als Corona-Profiteur

Für die bei den letzten Wahlen vor allem für ihren politischen Vollausfall in Sachen innere Sicherheit und für ihre suizidale über die Belastungsgrenze unseres Staates hinausgehende Einlasspolitik für Integrations-unwillige, vornehmlich islamische Demokratie- und Rechtsverachtung mit einem verdienten historischen Stimmenverfall abgestraften Parteien des Wahlverlierer-Bündnisses ist das kleine Virus aus China ein ebenso unerwarteter wie unverdienter Lottogewinn und eine Rettung in letzter Not.

Wäre das Virus nicht von selbst gekommen, sie hätten es einfliegen müssen. Ihre Freude über das unverhoffte Corona-Glück lässt sich trotz Geschehens-betroffener Miene kaum übersehen. Jedenfalls haben sie ganz offensichtlich hinter der plakativ Sorgen-umwölkten Stirn längst Gefallen gefunden an dem neuen Machtzuwachs, den ihnen Covid-19 so unverhofft beschert hat.

Ja, die herrschende politische Kaste und besonders unsere Klima-, Öko- und sozialistischer Wirtschaftschange-Bevormunder haben nationale Notstände, Unruhen und Pandemien nicht wirklich ungern. Sie können sich dann wunderbar und natürlich je nach politischer Opportunität über die vermeintlich sträfliche Unvernunft der politisch Abtrünnigen erregen, a conto politische Fürsorge für ihre Schutzbefohlenen Dirigismen erlassen von denen sie in normalen Zeiten nicht einmal zu träumen gewagt hätten und sich obendrein noch als befähigte Krisenretter aus der ach so schrecklichen Not als gänzlich unentbehrlich darstellen.

Und wie fast jeder unverdient vom Glück Geküsste sind sie dabei auch schon längst dem Trugbild erlegen, dass sie dieses Glück etwa ihren eigenen Fähigkeiten verdanken oder es gar tatsächlich verdient hätten.

Nur folgerichtig, dass sie den Corona-Machtzuwachs als Freibrief benutzen, um alles auszublenden, was sie verdeckt durch Corona nicht nur nicht zu lösen beabsichtigen, sondern durch ihre wie eh und je verfehlte Politik häufig sogar verschärfen.

Plötzlich gibt ein US-Präsident dem deutschen Ami-go-home-Geschrei nach

Eine echte „Win-Win-Situation“, würden die hier so verpönten Amis sagen, wenn ihr Präsident denn nicht endlich dem ewigen deutschen Ami-go-home-Geschrei nachgegeben hätte und sie nicht gerade ins dankbare Polen umziehen würden. Der Abzug eines großen Teils der schrecklichen US-Besatzer-GIs ist zwar genau das, was die Linken, die Grünen, die Pazifisten, die Ostermarschierer, die Friedensmarschierer zwar alle schon immer wollten. Aber nun doch nicht – amerikanische Soldaten verlassen Deutschland, fragen nicht um Erlaubnis und kaufen auch nichts mehr beim deutschen Bäcker.

Das kann nur eine perfide Kriegs-vorbereitende Finte des Scharfmachers Trump sein, die er ganz sicher mit dem Kriegstreiber Netanjahu ausgeheckt hat. Genauso wie den üblen historischen Friedensvertrag mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Für Frieden waren doch Terror-Abbas, Mord-Rouhani , Friedensnobelpreisträger-Obama sowie bestenfalls unser Linksaußen-Israel-Dauerverurteiler, Trump-Basher und Friedens-Atombomben für den Iran-Befürworter Maas, na Sie wissen schon, das ist der, der wie er selbst glaubhaft sagt, extra wegen Auschwitz in die Politik gegangen ist.

Historischer Frieden mit den Emiraten

Machmud Abbas – Friedensverlierer, Olympia-Massaker-Finanzierer und Sessel-klebender Terror-Präsident der erfundenen Pali-Nation (mittlerweile im 16. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit) hält das Übereinkommen für Verrat und ist jedenfalls bereits zutiefst empört über das niederträchtige Ausscheren der Luxus-gehätschelten Emirats-Weicheier aus dem

Thomas Kienzle / AFP

Auf der falschen Seite der Geschichte: Weder von Bundesaußenminister Heiko Maas noch von anderen Mitgliedern der Bundesregierung war eine Gratulation zum Friedensdurchbruch Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten zu vernehmen. Stattdessen kuschelt die Merkel-Regierung weiter mit Israels Todfeind, dem iranischen Mullah-Regime.

liebenswerten unentwegt EU-gepamperten „Kein Platz für Israel“- und „Treibt die Juden ins Meer“-Club der islamischen Verweigerer-Staaten für ein uneingeschränktes Existenzrecht Israels und seiner Menschen.

Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann die zur Zeit Schock-erstarrten Maase, Steinmeiers und all die anderen Lichtgestalten unserer zur Zeit für das Recht Irans auf eine eigene Vernichtungs-Atombombe gegen Israel kämpfenden Politik auch an diesem Schritt zum Frieden für Israel und die Region das Haar in der Suppe finden werden, das sie bereits begonnen haben zu suchen.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU dagegen hatte bereits im Mai 2018 für die damalige Beruhigung und weitgehende Befriedung der koreanischen Halbinsel den Friedensnobelpreis für Donald Trump vorgeschlagen.

Mit den Erfolgen in Korea und dem neuen historischen Friedensschritt im Nahen Osten hat Präsident Trump um ein Vielfaches mehr erreicht als Präsident Obama, der den Friedensnobelpreis für absolut nichts bekam, obwohl er mit über 2.600 Tagen Krieg in seinen beiden Amtszeiten Amerikas bisheriger Kriegspräsident Nr. 1 ist.

Genau das aber wird dem Präsidenten Trump zur Qualifizierung fehlen und ihn um den mehr als verdienten, wenn auch längst durch die einseitige linke und antiwestliche Erblindung bei der Vergabe-Praxis bis zur Sinnlosigkeit entwerteten Preis bringen:

Er kann weder Obamas Kriegsbilanz noch Arafats Terrormorde gegen Juden nachweisen und erfüllt auch nicht die Quoten-Voraussetzungen zumindest Afro-Amerikaner, Transgender-Queer oder wenigstens nicht männlichen Geschlechts zu sein. Und als wäre das nicht schon Verbrechen genug.

Er könnte sogar Greta Thunberg adoptieren und die USA zur autofreien Zone erklären – es wird ihm alles nichts helfen: Er ist und bleibt bis in die letzte Faser seines schändlichen Seins ein alter weißer Mann. Das muss ihn doch einfach forever disqualifizieren! – Von seiner Frisur ganz zu schweigen.

Die Stimmung in den USA kippt – zugunsten Trumps

Erfreulicherweise sehen das viele amerikanische Wähler anders. Dazu ist jeder Tag der von den Democrats hochgeheizten, selbst von vielen Afro-Amerikanern abgelehnten rassistischen BLM -Gewaltexzesse, bei denen – wie Videos belegen, die hier von unseren Medien zurückgehalten werden – u.a. auch vollkommen unbeteiligte alte weiße Frauen im Rollstuhl von schwarzen Täterinnen verprügelt und ausgeraubt werden, ein Tag, der den bisherigen Präsidenten Trump einem wiederholten Wahlsieg näher bringt, was den USA im Interesse der Sicherheit ihrer Bürger und Israel und der Welt im Interesse des globalen Friedenerhalts zu wünschen wäre.

Wie auch immer – Anerkennung, Lob oder gar einen Vorschlag zur Nominierung für den Friedensnobelpreis bekommen die beiden wirklich historischen Friedensstifter jedenfalls von keinem aus unserer doch so um Frieden in Nahost und für Israel bemühten politischen Kaste. Vom Zentralrat der Juden übrigens auch nicht. Der scheint sich ja ohnehin eher als Flugbegleiter für Herrn Steinmeier bei seinen Israelbesuchen zur Grabhuldigung des durch gelegentliche Veruntreuung westeuropäischer und deutscher Terror-gegen-Israel-Subventionsgelder Milliarden-schwer gestorbenen Terrorfürsten und Friedensnobelpreisträger Arafat und als jüdisches Befürwortungs- oder zumindest Relativierungs-Alibi für den Merkel'schen Einlass gewalttätigen islamischen Judenhasses denn als inhaltsvolle Vertretung der durch die vornehmlich Islam-bedingte wachsende Verunmöglichung eines würdigen und offenen jüdischen Lebens in Deutschland deutlich abnehmenden Zahl von Juden in unseren vormals durch Zuzug wachsenden und gedeihenden jüdischen Nachkriegsgemeinden und Nachwende-Gemeinden.

Auch dafür zeigt sich unsere Politik erkenntlich, indem sie seit kurzem ohne Aufschrei des Zentralrats die Visa-Erteilung für zuzugswillige Juden aus der ehemaligen Sowjetunion massiv eingeschränkt hat. Ohnehin war die Zahl der sich in der Regel mühelos integrierenden jüdischen Zuwanderer gering im Vergleich zu der uns nahezu täglich weiter erreichenden Anzahl zumeist Integrations-resistenter Menschen mit islamischer und in der Regel von Kindheit an judenfeindlicher Sozialisation.

Während unsere Politik und unsere Mainstream-Medien also unvermindert bemüht sind, die diesbezüglichen Vorkommnisse und Risiken totzuschweigen oder kleinzureden, gegen besseres Wissen die vollkommen offensichtliche Verbindung des nahezu allgegenwärtigen Terrorgeschehens zum Islam vorsätzlich zu vernebeln und zu leugnen, psychische Verirrungen und Schuldunfähigkeit der ach so schrecklich viktimisierten migrantischen Täter zu postulieren, beherrschen islamischer Terror und Hegemonialanspruch mit zunehmender Stärke des weiterhin nahezu ungebremst wachsenden islamischen Bevölkerungsanteils in Deutschland und fast überall in den Islam-Einlass-Staaten Westeuropas immer mehr, wie beispielsweise auch die überzufällig häufigen, den ohnehin schon großen islamischen Bevölkerungsanteil noch deutlich überrepräsentierenden Gewaltverbrechen aus diesem zumeist männlichen Täterkreis das tägliche Geschehen.

Beispiellose Gewalt islamischer Zuwanderer wird einzelfall-kleingeredet

Dabei dürfen selbst überzufällig häufig vorkommende islamische Straftaten wie etwa der kürzliche grausame Fall in dem bereits erheblich unter seiner ehemals verfehlten Islameinlasspolitik à la Merkel leidenden Schweden, bei dem zwei erwachsenen männliche islamischen Täter stundenlang auf einem Friedhof zwei minderjährige Jungen gefoltert, vergewaltigt und sodann lebendig eingruben, auf keinen Fall gegen den Islam und seine Follower instrumentalisiert werden. Das ist dann bedauerlicherweise der gefühlt etwa 3742. Einzelfall, der nichts, aber auch gar nichts mit islamischer Sozialisation und Rechtsverachtung zu tun hat.

Üblicherweise würde die Vermutung dann auf einen klaren Fall von Schuldunfähigkeit deuten, wegen einer eindeutig erworbenen psychischen Defizienz der unschuldigen, und erheblich durch die allseits bekannte empathielose Gefühlskälte und den weit verbreiteten Ausgrenzungs-Rassismus der schwedischen Ursprungsgesellschaft viktimisierten und verunrechteten Täter.

Es bliebe dann noch zu hoffen, dass sich die beiden islamischen Täter bald wieder von der schrecklichen Traumatisierung erholen, die die barsche Zurückweisung ihrer Drogendienste durch die offensichtlich massiv islamophoben Opfer und die ungerechte Stigmatisierung durch eine aufgeheizte und aufgehetzte Öffentlichkeit bei ihnen gesetzt hat und sie bald wieder frei, unbescholten und unbehelligt von jedem falschen Verdacht ihren Platz als wertvolle Mitglieder der hübschen bunten schwedischen Gesellschaft wahrnehmen können.

Auf die fast durchweg links-sozialisierten Gutachter, die den beiden, wenn der psychische Defekt gerichtlich nicht mehr benötigt wird, schon bald eine vollständige Heilung testieren werden, dürfte in Schweden ebenso Verlass sein wie hier.

Was die Läuterung der verstockten minderjährigen schwedischen Opfer betrifft, die sich immerhin in respektloser und ganz sicherlich rassistischer Weise geweigert haben, von den islamischen Tätern Drogen zu kaufen, besteht allerdings bedeutend weniger Grund zum Optimismus.

Angesichts derartiger auch hinter dem Deckmantel von Corona bei uns üblichen Verfahrensweisen gegenüber migrantischen Schwerstkriminellen darf es eigentlich niemanden verwundern, dass Fahrten mit U-Bahn und S-Bahn und der Gang in den Supermarkt oder in die Fußgängerzone auch während Corona – und nahezu entthematisiert von unseren Medien – mit wachsender Tendenz und ohne adäquate Gegenreaktion aus Politik und Strafverfolgung zum Angst-machenden Survival-Trip geworden sind.

Während die nahezu wahllos eingelassenen muslimischen Straftäter, erstaunt über die mangelnde Wehrbereitschaft unseres angegriffenen Staates und die juristischen Finessen quasi zur Justizpraxis hauptsächlich und bei islamo-migrantischen Gewaltverbrechen gewordenen vermeintlich psychisch bedingter Schuldunfähigkeiten selbst bei schwersten Mordtaten kaum Sanktionen fürchten, und häufig nach eigenen Aussagen nur noch kopfschüttelnde und tiefgehende Verachtung für unsere Demokratie, unsere Politik und unsere Justiz empfinden, wird unsere Polizei von unter anderem bis ins Kanzleramt reichenden Pseudo-Gutmensch-Politikern für übermäßigen Einsatz gegen islamische Gewalt auch noch gerügt.

Zu Corona-Zeiten konnten die Grenzen entgegen Merkels Aussagen plötzlich doch gesichert werden

Unsere Kanzlerin hielt in verantwortungsloser Weise selbst noch lange und erst durch Corona ad absurdum geführten empörenden Behauptung von 2015 fest, unsere Grenzen seien nicht wirklich gegen islamischen Zuzug zu sichern. Zeitgleich rügte, kritisierte und diffamierte unsere und die westeuropäische Politik ausgerechnet vor allem die osteuropäischen Staaten, die es dank ihrer restriktiven Islam-Einlass-Politik weitestgehend geschafft haben den islamischen Terror von ihren Städten und Bevölkerungen fernzuhalten, gerade wegen ihrer umsichtigen Zuwanderungs-Politik, die immer mehr Deutsche und Westeuropäer genau in diese Staaten auswandern lässt.

Wenn das Corona-Geschehen uns auch unentwegt in Beschlag hält, so ist ein Blick in die Geschichte gerade in dem vor uns liegenden Monat unverzichtbar.

Der September ist nämlich von einer Reihe historischer Ereignisse geprägt, von denen einige an dieser Stelle wegen ihrer besonderen tragischen Bedeutung, mit der sie unsere und auch die jüdische Lebenswelt nachhaltig bis heute verändert haben, hervorgehoben werden sollen.

Am 1. September 1939, vor 81 Jahren, überschritten deutsche Truppen die Grenze des polnischen Nachbarn. Mit dem gänzlich unprovozierten Überfall und Eroberungsfeldzug gegen Polen stürzte das damalige Nazi-Deutschland – gestützt und bejubelt von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen – Europa und weite Teile der Welt nur 21 Jahre nach Ende des ebenfalls von Deutschland verursachten Ersten Weltkriegs in den noch blutigeren und grausameren Zweiten Weltkrieg, der 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation und Zerschlagung des deutschen Hitlerreiches endete.

> „Trump wird keinen Friedensnobelpreis bekommen, denn er kann weder Obamas Kriegsbilanz noch Arafats Terrormorde gegen Juden nachweisen.“

In sechs Jahren brutalsten Krieges, in dessen Verlauf Deutschland auch die damalige Sowjetunion überfiel, wurde Deutschland schuldig an einer hohen zweistelligen Millionenzahl toter und verletzter Kriegsopfer, darunter über 20 Millionen Sowjetbürger sowie vor allem an der entmenschten, industriell systematisierten Entrechtung, Erniedrigung, Folterung und Ermordung von 6 Millionen vollkommen unschuldiger deutscher und europäischer Juden.

Die Ermordung von nahezu 34.000 Juden in Babi-Jar

Ende September jährt sich zum 79. Mal auch das grauenvolle Massaker von Babi-Jar, dessen unschuldigen Opfern in diesen Tagen vor dem Ausklang des alten jüdischen Jahres unser Andenken gilt. Diese Schlucht bei Kiew war 1941 der Schauplatz der größten einzelnen Erschießungsaktion an jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Zweiten Weltkrieg. Unter der Verantwortung der Wehrmacht wurden am 29. und 30. September 1941 mehr als 36.000 Juden ermordet. In den Tagen vor dem industriellen Massenmord mit Giftgas wurden die Morde an Juden von Wehrmacht und SS noch hauptsächlich mit Schusswaffen verübt. Die 6. Armee unter Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, die bereits in den Monaten zuvor der SS bei den Judenmorden zur Seite stand, half auch bei der Planung und Durchführung dieser Vernichtungsaktion. Keiner der Offiziere der Wehrmacht, die sich an Vorbereitung, Durchführung oder Vertuschung des Massakers beteiligt hatten, musste sich in der Folge jemals vor Gericht verantworten.

Der Zweite Weltkrieg hat mit den Millionen ermordeter jüdischer Menschen auch die jahrhundertealte Kultur und Sprache der osteuropäischen Juden vernichtet, die politische Karte und die politischen Systeme Europas und des Nahen Ostens bis in die heutige Zeit grundlegend verändert und den Grundstein für den Kalten Krieg und die meisten bis in die heutige Zeit hineinwirkenden Konflikte und Gefahrenherde unserer Welt gelegt.

Von größtem Einfluss für unser heutiges Geschehen, für die Kriege und blutrünstigen, gewalttätigen zivilen Auseinandersetzungen in den arabischen, nahezu ausnahmslosen „failed states“ und den fanatischen, menschenrechtsverachtenden, rückschrittlichen islamischen „G'ttesstaaten“, für die islam-legitimierten Mordbanden im Nahen Osten sowie für den seit Jahren mit zunehmender Intensität wachsenden weltweiten, nun auch in Europa grassierenden islamischen Terror, ist der sich am 11. September zum 15. Mal jährende, mehrere Tausend unschuldige zivile Todesopfer, auch viele jüdische Menschen, verantwortende islamische Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center und andere inner-amerikanische Ziele.

Die gebündelten islamischen Anschläge des „September-eleven“ 2001 haben die amerikanische Nation und die ganze westliche Welt erschüttert sowie in der Folge die politischen Geschehnisse der Welt nachhaltig bis heute beeinflusst.

Bundeskanzlerin Merkel verantwortet den aktuellen Rechtsruck

Unterstützt durch eine fahrlässige und suizidale Islam-Appeasement-Politik unserer gegenwärtigen westlichen Führungen erodieren unsere bislang noch freiheitlichen demokratischen Systeme zusehends. Eine zunehmende Anzahl islamisch dominierter, nahezu rechtsfreier No-Go-Areas innerhalb der europäischen Städte, deutlich gefühlter Mangel an innerer und äußerer Sicherheit und Angst vor weiterem islamischen Terror verändern besonders nach der blutigen, durch islamische Täter verursachten Anschlagserie dieses Sommers, spürbar das Verhalten und das politische Votum der sich von ihren bislang gewählten politischen Vertretern im Stich gelassen fühlenden europäischen Wähler, und führen zu dem lange vorausgesagten reaktiven Erstarken des politisch rechten Randes in unseren Gesellschaften, was neben der unser Rechtssystem verachtenden und massiven Judenhass verbreitenden Islamisierung gegebenenfalls und dauerhaft zu einer weiteren ausschließlich durch die etablierten Parteien verursachte Gefährdung unserer verteidigungswerten westlichen Demokratien und einem deutlich gewachsenen Antisemitismus und Anti-Israelismus in unseren europäischen Staaten geführt hat und noch weiterführen kann.

Mein besonderer Dank geht an alle Freunde – jüdisch und nichtjüdisch – für die zahlreichen freundlichen und besinnlichen Wünsche zum jüdischen Jahreswechsel und zum Jom Kippur. Auch ich wünsche uns allen, dem Staat Israel und dem jüdischen Volk – nach dem in seinem Ausmaß hierzulande und in Europa seit 1945 nicht einmal Alb-geträumten Tsunami des Antisemitismus – ein wundervolles neues Jahr in Gesundheit, Frieden und persönlichem Wohlergehen sowie ein herzliches Chatima Tova.

Gerade in den für uns alle sehr ungewohnten Zeiten des Corona-Virus möchte ich meine Wünsche zum der durch Jom Kippur eingeleiteten Versöhnungs-Vorhaben nicht beenden, ohne eine Stück echten, stets etwas wehmütigen, hintergründigen und selbstkritischen jüdischen Humors, an das ich kürzlich durch einen Facebook-Freund wieder erinnert worden bin:

Moshe und Jakov, zwei in häufigem Streit liegende Geschäftspartner, verabschieden sich nach der Synagoge am Ende des Versöhnungsfestes Jom Kippur mit der gegenseitig beteuerten Absicht, sich im kommenden Jahr nicht mehr zu streiten. „Ich wünsche Dir für das kommende Jahr alles, alles was Du mir auch wünscht“, sagt Jakov, worauf Moshe verärgert antwortet: „Fängst Du schon wieder an?“.

Am Israel Chai und alles erdenklich Gute!

Ein gesundes und sicheres, friedvolles Jahr 5781

Stay safe and healthy

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

i.A. S. Akstinat

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Grüne Kompetenz zum Anhören: Baerbock im peinlichen ZDF-Sommerinterview

Die Co-Vorsitzende der Grünen hat dem ZDF ein denkwürdiges Interview gegeben. Nach „Kobold“ und der Speicherung des Stroms in den Netzen lieferte sie erneut Belege ihrer Ignoranz.

Von Ferdinand Knauss (Tichys Einblick)

INA FASSBENDER, AFP

Die Bundesvorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock

Beim Betrachten und vor allem Hören dieses Interviews kann man durchaus peinlich berührt sein, fast Mitleid bekommen angesichts der offenkundigen Überforderung von Annalena Baerbock. Da sitzt eine Frau, die eine Partei führt, die von weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit für die Krone des Politikbetriebes gehalten und von der Kanzlerin zum Wunschkoalitionspartner erklärt wird, und sagt diesen Satz: „Wenn alle so bei 25 Prozent stehen, dann ist das nicht mehr so große Koalition wie zu anderen Zeiten, die haben alle miteinander so 75 Prozent im Bund oder sogar ‘ne Zweidrittelmehrheit.“ Nach dem „Kobold“ und dem im Netz gespeicherten Strom, liefert Baerbock also erneut ein geflügeltes Wort, mit dem sie endgültig zum Inbegriff grüner Kompetenz wird: 75 Prozent oder sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit! Rechnen und Zahlen sind so nicht ihre Sache; Bruchrechnung ist nur etwas für Mathematik-Studenten. Da werden Erinnerungen wach an Fußballer-Interviews aus Zeiten vor der Erfindung des Kommunikationstrainings (zum Beispiel Andi Möller: „Mailand oder Madrid, Hauptsache Italien“). Aber die Fußballer, die diese Dummheiten von sich gaben, wollten auch nur Fußball spielen und glaubten nicht, dass sie die größte Herausforderung unserer Zeit bewältigen und ein Land regieren oder sogar die Welt retten könnten.

Aber wir haben vorgegriffen. Als Baerbock diesen Andi-Möller-mäßigen Satz sagt, ist das Interview mit ZDF-Journalistin Shakuntala Banerjee schon fast am Ende. Also hören wir noch ein bisschen rein in das, was Baerbock und Banerjee in den knapp 20 Minuten zu sagen hatten.

„Harmonie statt Flügelkämpfe und Pragmatismus statt Idealismus“ – so charakterisiert Banerjee die aktuellen Grünen in der Einleitung. Aber schon bald wird deutlich, dass es zumindest an der Spitze der Partei wohl vor allem Ahnungslosigkeit und Unbedarftheit bei gleichzeitiger Überzeugtheit von der eigenen Bedeutung die Hauptmerkmale der Partei sind.

Warum wollte Baerbock in Frankfurt an der Oder interviewt werden? Das sei „für mich so im Herzen Europas“ meint Baerbock zum launigen Einstieg. Naja, so was sagen Politiker eben. Daran muss man nichts aussetzen. Und ohne schöne Sätze formulieren zu können, kann man bekanntlich hierzulande sogar Bundeskanzlerin werden. Aber dabei bleibt es nicht.

7 Gigawatt

Nach dem Einspieler samt O-Ton eines gewissen Antonio Rohrßen, Gründers der neuen Partei „radikal:klima“ und der Frage, wie es passieren konnte, dass die Grünen „ausgerechnet bei ihrer Kernkompetenz Umwelt den Anschluss verlieren“, gibt Baerbock indirekt und unfreiwillig eine ehrliche Antwort, die es wert ist komplett und unverändert transkribiert zu werden:

„Nehmen wir mal ganz konkret Kohleausstiegsgesetz, war ja auch im Beitrag, bei den Jamaika-Verhandlungen. Ich hab‘ das selber verhandelt. Ja und wir haben einen Kohleausstiegsplan vorgelegt, wie man schrittweise Kohlekraftwerke abschaltet, hätten dann, das ist jetzt eine technische Zahl, nichtsdestotrotz 7 Gigawatt gehabt, da wären wir jetzt 2020 mehr in die Nähe gekommen, auch die Klimaziele zu erreichen. Das ist alles gescheitert. Und was ist stattdessen passiert? Es hat über zwei Jahre gar kein Kohleausstiegsgesetz gegeben. Und deswegen: Wir hätten Dinge wirklich anders gemacht. Es ist anders gekommen, wir sind nicht in der Regierung. Und dass aber ‘ne Umweltbewegung, ne Jugendbewegung sagt: Leute, wir sind der Stachel im Fleisch, hat er’s glaub ich genannt, das ist total richtig.“

Was das nun für eine Zahl – 7 Gigawatt – ist, hätte man als Zuschauer natürlich gerne gewusst. Aber Banerjee will es nicht wissen. Und so macht Baerbock einfach weiter:

„Wir sind ja eine Partei, die in Regierungsverantwortung auch in Ländern Verantwortung übernommen hat, Dinge umsetzt, Ausbau von Erneuerbaren umsetzt. Aber dass wir von Bewegungen getrieben werden, halte ich für essentiell in einer Demokratie. Wär‘ ja schlecht, wenn alle sagen würden: Ist ja schon ganz gut so.“

Dann geht es um Verkehrspolitik in Hamburg. Banerjee hält der Grünenpolitikerin vor, dass die dortigen Grünen dem Ausbau von Straßen zugestimmt hätten. Baerbock dazu:

„Ja, das ist leider auch der Punkt von Koalitionen, dass man sich von seinem Wahlprogramm nicht alles komplett umsetzen kann. Aber es gibt ja grad aus Hamburg genau auch die anderen Meldungen: O jetzt machen die Grünen da wirklich Straßen dicht, jetzt wird zu Fahrradwegen gemacht werden, und das ist das Ziel und unser Anspruch. Das was wir auch im Ausland sehen, in Belgien zum Beispiel, wirklich komplett Innenstädte autofrei zu machen, auf den Weg wollen wir hingehen. Wenn der Koalitionspartner, in dem Fall SPD, sagt: Nee, wir tragen nicht alles mit, das ist halt eine Demokratie, die sind die stärkste Kraft geworden, dann sagt man, okay, wie können wir uns einigen.“

Geradezu skurril wird das Gespräch, als Banerjee den Tierschutz anspricht. Baerbock:

„Wenn ich einen gewissen Rahmen habe, wo ich Dinge verändern kann, in diesem Fall eine Bundesministerin von der CDU, die erst überhaupt nichts verändern wollte beim Kastenstand, dann auf Druck von grünen Landesministern, wir müssen hier ran, einmal haben wir den Kompromiss abgelehnt, weil wir gesagt haben, da verändert sich strukturell nichts. Und dann war die Frage: Verändern wir gar nichts und der fatale Status quo von den Sauen, die leiden ohne Ende, wird fortgeführt. Oder schaffen wir eine Regelung, wo es in Zukunft, ja es dauert ein paar Jahre, das war auch die Kritik von einigen, in Zukunft aber so ist, dass Sauen auch entsprechend ihrer Art abferkeln können.“

Der ZDF-Journalistin ist Baerbock nicht radikal genug

Von den abferkelnden Sauen kommt man dann aber irgendwie doch wieder auf Höheres zu sprechen. „Welcher Punkt ist Ihnen denn so heilig, dass Sie ihn für keine Koalition aufgeben werden?“, fragt Banerjee. „Heilig ist unser Grundgesetz“, sagt Baerbock. Aber dann wird ihr wohl klar, dass das nicht die Antwort ist, die man von ihr erwartet, also sagt sie:

„Klar ist, wir müssen, und das ist, glaube ich, die Aufgabe unserer Generation, Klimaneutralität. Diese Gesellschaft klimaneutral zu machen, eine sozialökologische Marktwirtschaft zu schaffen, damit wir die größte Herausforderung unserer Zeit, den Klimawandel, man sieht’s auch hier an Wasserständen (F.K.: Sie zeigt auf die Oder, an deren Ufer das Interview stattfindet), in den Griff zu bekommen, das ist unsere zentrale Aufgabe, und das zusammen mit sozialer Gerechtigkeit zu gestalten.“

Ebenso wie die interviewte Baerbock offenbart sich in dieser Sendung auch die Interviewerin. Banerjee fällt keine wirkliche Frage ein, die über verschiedene Varianten des Vorwurfs hinausginge, die Grünen seien nicht radikal genug. Man weiß gar nicht, über was man sich bei diesem Interview mehr wundern soll, über die Sinnarmut und sprachliche Unbeholfenheit von Baerbocks Antworten oder Banerjees heißmacherische und sprachlich nicht viel weniger holprige Fragen. Kompromissbereitschaft scheint für diese verwerflich zu sein, wenn sie Baerbock vorwirft: „Aber wenn Sie auf Probleme stoßen, werden Sie wieder abstufen.“ Für Banerjee scheint ein kritisches Interview mit einer Grünen-Vorsitzenden den Sinn zu haben, diese zur Unerbittlichkeit anzutreiben und ihr das, was man unter Bolschewisten einst verächtlich „Kompromisslertum“ nannte, vorzuwerfen.

Islamic Relief und Heiko Maas: EU- Steuergelder für Hamas und Terror-Familien

Der historische Friedensvertrag zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten durch Vermittlung der USA, und die mangelnde positive Resonanz der ach so friedensbemühten deutschen Politik, machen deutlich: Deutschland und die EU befinden sich zusammen mit dem Iran und der Türkei auf der falschen Seite der Geschichte. Auch die friedensfeindliche Finanzierung von Terror-nahen NGOs aus Berlin und Brüssel sind dafür das beste Beispiel.

DALATI AND NOHRA / AFP

„Islamic Relief Deutschland" ist Mitglied der Organisation „Deutschland hilft", die unter dem Vorsitz von Heiko Maas (hier auf Besuch beim libanesischen Präsidenten Aoun) Spenden sammelt.

Von Collin McMahon

Die herkömmliche Weisheit der Maas-Merkel-Obama-Fraktion war es, dass man den Frieden in Nahost fördere, indem man Israel schwäche, um Zugeständnisse von den arabischen Nachbarn zu erreichen. Der historische Trump-Deal zeigt, dass das Gegenteil der Fall ist: Nur ein starkes Israel mit unverbrüchlichen Verbündeten im Westen bewegt die Araber zu Verhandlungen.

Der Merkel-Obama-Atomdeal mit dem Iran, der den Mullahs mindestens 100 Milliarden Dollar in die Kriegskassen spülte, hat die arabischen Staaten gezwungen, sich nach einem Verbündeten umzusehen, der die Gefahr aus Teheran verstanden hat: nämlich Israel.

Derweil hat die Fraktion „Identität und Demokratie" im EU-Parlament enthüllt, wie die EU Organisationen bezahlt, die der radikalislamischen Muslimbruderschaft nahestehen, die die Agenda der Islamisierung Europas vorantreiben und Terrororganisationen unterstützen. 36,5 Millionen Euro gingen in den letzten 5 Jahren aus Brüssel an solche NGOs und Projekte, so der Vize-Vorsitzende der Fraktion „Identität und Demokratie", Nicolas Bay.

Der Hauptposten dabei waren 5.139.569 Euro in den Jahren 2012-2019 von der EU an die Organisation „Islamic Relief", die in 20 Ländern der Welt vertreten ist, darunter Deutschland, und mit der Muslimbruderschaft und dessen Ableger im Gaza-Streifen, der Hamas, in Verbindung steht. „Islamic Relief" wurde 1984 im britischen Birmingham von Hany El-Banna und Essam El-Haddad gegründet.

„Islamic Relief" erhält einen Großteil seiner Finanzierung von europäischen Regierungen, der EU und der UNO, mindestens 80 Millionen Dollar in den letzten zehn Jahren, wie das „Middle East Forum" errechnet hat. „Islamic Relief Worldwide" (IRW), die Dachorganisation, erhält dabei 54 % ihres Geldes aus dem Ausland. Die nationalen Ableger finanzieren also mit europäischen Steuergeldern die IRW mit.

„Islamic Relief Deutschland" (IRD) erhielt nach eigenen Angaben zwischen 2011 und 2015 rund 6,13 Millionen Euro hauptsächlich vom Auswärtigen Amt. IRD unterhält enge Verbindungen zur „Muslimischen Jugend In Deutschland" und der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland" den wichtigsten Stützen der Muslimbruderschaft in Deutschland. IRD überwies in manchen Jahren 9,5 Millionen Euro an IRW, wie der NRW-Grünen-Abgeordnete Horst Becker feststellte.

Zu den Unterstützern von IRD zählen laut deren Webseite Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz Malu Dreyer, die ehemalige NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, der Münchener Oberbürgermeister Dieter Reiter, die Oberbürgermeisterin von Köln Henriette Reker und die SPD-Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz. IRD ist Mitglied der Organisation „Deutschland hilft", die unter dem Vorsitz von Heiko Maas Spenden sammelt.

Kleine Anfrage der FDP

„Islamic Relief" verfügt über „signifikante personelle Verbindungen" zur Muslimbruderschaft, wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP einräumen musste. Der Bundesrechnungshof prüft die Organisation seit 2017, hat jedoch keine Ergebnisse veröffentlicht. „Islamic Relief" gilt in Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten als Terrororganisation, da es Teil des Finanzsystems der Hamas sei. Die Banken UBS und HSBC haben deshalb ihre Konten gekündigt. „Islamic Relief" dementiert dies.

„Islamic Relief" finanziert die Hamas-eigene Universität von Gaza, 1978 von Hamas-Gründer Ahmed Yassin eingerichtet. Während den Kämpfen mit Israel 2008 wurden hier Raketen für die Hamas hergestellt. 16 Professoren sind Hamas-Abgeordnete im „palästinensischen" Parlament, so der Bericht „Islamic Relief – Charity/Extremism/Terror" vom „Middle East Forum".

In einem Interview 2016 mit dem Hamas-Radiosender „Al-Aqsa" sagte IR-Begründer Hany El-Banna, „Islamic Relief" unterstütze seit 1997 das „Gaza Zakkat-Komitee", die Sozialorganisation der Hamas, die die Familien von getöteten Terroristen unterstützt. Diese Hilfe wird dann im Westen als „Waisenhilfe" verkauft. 2016 warb „Islamic Relief Deutschland" in Berliner U-Bahnhöfen mit Plakaten „Zakat heißt, Du hilfst den Schwachen" für diese „Waisenhilfe".

Islamic Relief sponsert laut dem „Middle East Media Research Institute" (MEMRI) das „Kinderbildungsfestival Palästina", bei dem Kinder zur Gewalt gegen Juden erzogen und ermuntert werden, sich in die Luft zu sprengen und „als Märtyrer zu sterben". Ob man dabei gleich die „Waisenrente" mitbuchen kann, war nicht bekannt.

Für den Zeitraum 2014-2019 errechnete das Büro von Nicolas Bay Zahlungen von insgesamt 36.523.142 Euro von der EU an radikalislamische NGOs, die der Moslembruderschaft nahestehen. Die Fraktion „Identität und Demokratie" im EU-Parlament wird eine schriftliche Anfrage zur Finanzierung von „Islamic Relief" und anderen Organisationen stellen, die der Muslimbruderschaft nahestehen, um zu erfragen, ob die EU-Kommission diesen Zahlungen nachgehen wird, ob es normal sei, EU-Steuergelder für Terrororganisationen auszugeben, und ob diese Zahlungen sofort eingestellt werden.

„Es ist ihr Geld, unser Geld, das mit dem Segen Brüssels an Netzwerke des politischen Islams und des Dschihadismus geht, damit diese ihre Ideen in Europa verbreiten können, und ihren Griff auf unsere Gesellschaften festigen. Die EU-Kommission finanziert diejenigen, die ganz offen Europa unterwerfen wollen. Das können wir nicht länger hinnehmen", so Nicolas Bay.

Was machen Nouripour, Özoguz und Buchholz in der Deutsch-„Palästinensischen“ Gesellschaft?

Mehrere Bundestagsabgeordnete bewegen sich in gefährlicher Nähe zur antisemitischen BDS-Kampagne gegen Israel

Omid Nouripour (Grüne), Aydan Özoguz (SPD) und Christine Buchholz (Die Linke)

Von Benjamin Weinthal

Alle deutschen Volksparteien verstehen sich als Parteien, die frei von modernem Antisemitismus sind. In einer Untersuchung des Deutschen Bundestages und im Zusammenhang mit einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird 2017 vom „Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus“ die folgende Statistik präsentiert:

„Im Jahr 2016 gaben zusammengefasst sechs Prozent der deutschen Bevölkerung ihre Zustimmung zu klassischem Antisemitismus, 26 Prozent zu sekundärem Antisemitismus und 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus.“

(FES Mitte-Studie 2016)

Ich erachte die angegebene Zahl von 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus in Deutschland als deutlich zu niedrig. Vielmehr gehe ich davon aus, dass der israelbezogene Antisemitismus (und der sekundäre Antisemitismus) in Deutschland höher zu beziffern ist und selbst im Deutschen Bundestag einige MdBs der verschiedenen Parteien davon betroffen sind.

Bedauerlicherweise wird das in verschiedenen Parteien existierende Problem des „Modernen Antisemitismus“ nicht aufgearbeitet, sondern verschwiegen und differenziert abgestritten.

Der Antisemitismus-Experte und Autor Henryk M. Broder sagte in einer Bundestags-Anhörung im Jahre 2009:

„Kümmern Sie sich um den Modernen Antisemitismus im Kostüm des Antizionismus und deren Repräsentanten, die es auch in Ihren Reihen gibt!“

Zu hören ist Broders Sachverständigenaussage „Antisemitismus ohne Antisemiten“ auf YouTube.

Ein bedeutender Teil der deutschen Gesellschaft und ihrer politischen Klasse besteht darauf, dass es zwar Antisemitismus gebe, dieser aber keinesfalls bei ihnen selbst anzutreffen sei – eben ein „Antisemitismus ohne Antisemiten“!

Die Neonazi-Parteien NPD, „Der Dritte Weg“ und „Die Rechte“ sind antisemitische Parteien. Horst Mahler ist ein Antisemit. Sie verkörpern zum großen Teil den klassischen NS-Antisemitismus. Aber die derzeit größte antisemitische politische Gefahr in Deutschland ist der moderne Mainstream-Antisemitismus, der gegen Israel in der Presse, im Bundestag und im gesellschaftlichen Leben hetzt – und seinen Platz mitten in der Gesellschaft hat, und nicht nur an seinen Rändern.

Das Problem des modernen Antisemitismus, das Broder am Ende seiner Rede im Jahr 2009 beschrieben hat, ist keineswegs verschwunden.

Aktuell erregt die Mitgliedschaft dreier Bundestags-Mitglieder die Aufmerksamkeit kritischer Bürger im Lande.

Omid Nouripour (Grüne), Aydan Özoguz (SPD) und Christine Buchholz (Die Linke) haben ein Amt im Beirat der antisemitischen und BDS-nahen Deutsch-Palästinensischen-Gesellschaft inne.

Im Jahre 2019 hat der Deutsche Bundestag die Kampagne „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS) gegen Israel als antisemitisch eingestuft.

„Die Falken“ aus Jena decken auf

Erst im Juni des Jahres hat die Gruppe „Falken Jena Sozialistische Jugend“ aufgedeckt, dass die DPG in Jena eine Ausstellung gegen Israel präsentiert hatte. So schreiben die „Falken Jena Sozialistische Jugend“ zur Anti-Israel-Ausstellung der DPG in ihrem Brief:

„Die aktuelle Ausstellung wurde von der Vizepräsidentin der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, Ursula Mindermann, konzipiert, der im vergangenen Jahr die Einreise nach Israel verweigert wurde. Ein Sachverhalt, der wenig verwunderlich ist, wenn man die Botschaft der Bilder betrachtet: Parolen wie ‚From the river to the sea, Palestine will be free‘ stellen unverblümt das Existenzrecht Israels in Frage.

Aussagen wie diese sind eine gängige Formel im sogenannten ‚israelkritischen‘ Spektrum. Mit ‚river‘ ist der Jordan gemeint und mit ‚sea‘ das Mittelmeer. Dazwischen soll kein Israel mehr existieren, sondern nur noch Palästina. In dieser Formulierung steckt also die antisemitische Forderung nach der Auslöschung Israels. Dass dieses Bild zugleich mit einer Antikriegs-Rhetorik verniedlicht werden soll, passt in das typische Vorgehen der antizionistischen ‚Friedensbewegung‘.“

Das kümmert die drei MdBs Nouripour, Özoguz und Buchholz wenig. Sie ignorieren Antisemitismus, gerne auch ihren eigenen.

Das Folgende ist eine Art Protokoll. Eine Beschreibung der Gleichgültigkeit der Parteien (Die Grünen, SPD, Die Linke) gegenüber dem Anti-BDS-Beschluss und dem modernen Antisemitismus gegen Israels nahezu sieben Millionen Juden:

Presseanfragen von mir, in meiner Rolle als Europa-Korrespondent der „Jerusalem Post“, an die drei MdBs und die Vorstände ihrer Parteien, bleiben seit Monaten wiederholt unbeantwortet.

Lediglich Sonja Giese, Pressesprecherin von „Die Linke“, antwortete mir im Juli:

„Vielen Dank für Ihre Anfrage, die an uns als Pressestelle des Parteivorstandes weitergeleitet wurde. Frau Kipping befindet sich derzeit im Familienurlaub und steht nicht für Presseanfragen zur Verfügung.“

Gemeinsam mit Bernd Riexinger bildet Katja Kipping den Parteivorsitz der Linkspartei. Auch Riexinger wollte sich nicht zu den Umtrieben seiner Parteigenossin Christine Buchholz, die im Beirat einer antisemitischen Organisation sitzt, äußern. Buchholz hält den „Widerstand“ der antisemitischen Terror-Organisationen Hamas und Hisbollah gegen Israel für legitim.

Gegen die antisemitische BDS-Organisation hat Christine Buchholz nichts einzuwenden, geht aber laut „Süddeutscher Zeitung“ noch weiter: „Sie [Buchholz] hat sich klar auf die Seite der Terrororganisation Hisbollah geschlagen.“

Bislang ist noch nicht klar, ob die MdBs der antisemitischen Ausstellung in Jena zugestimmt haben. Omid Nouripour stellt zuweilen klar, sowohl im Bundestag als auch auf dem Nachrichtendienst Twitter, dass er gegen BDS sei. Im Jahr 2013 allerdings unterstützte er eine BDS-Initiative der Grünen-Fraktion, die sich gegen jüdische Produkte aus dem „umstrittenen“ Westjordanland richtet. Die Grünen wollten eine Kennzeichnung für jüdische Produkte aus Judäa erreichen.

Grünen-Antrag ähnelt NPD-Antrag

Bereits 2012 hatte die Neonazi-Partei NPD einen fast gleichlautenden Antrag auf Kennzeichnung jüdischer Produkte in Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt.

Henryk Broder *veröffentlichte* seinerzeit in der „Weltwoche” eine Kolumne über die Parallelen zwischen dem Grünen-Antrag und dem NPD-Antrag gegen Israel.

„Zwei Seelen, ein Gedanke”, schrieb Broder damals.

Auf meine Anfrage zum Thema an den Beauftragten der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Uwe Becker, antwortete dieser:

„In Bezug auf Herrn Nouripour tue ich mich mit einer Antwort schwer, da ich ihn bisher als jemanden erlebt habe, der sich klar gegen BDS gestellt hat. Nach meiner Information hat sich Herr Nouripour auf Seiten der Grünen sehr intensiv für den Anti-BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages eingesetzt, was zu loben ist. Dennoch halte ich die Rolle im Beirat für

schwierig, wenn sich die DPG nicht klar und eindeutig von BDS distanziert. Wenn sich die DPG nicht offiziell von BDS distanziert und erklärt, dass die DPG die BDS-Bewegung ablehnt, dann sollte auch Herr Nouripour seine Position im Beirat der DPG abgeben." Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Frankfurt, Dr. Salomon Korn, schrieb an mich:

„Ich schließe ich mich der Stellungnahme von Herrn Becker an."

Omid Nouripour aber lehnt einen Austritt aus der DPG ab, obwohl sowohl Charlotte Knobloch (Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern), Herr Korn und Uwe Becker Nouripour aufgefordert haben, aus dieser Pro-BDS-Gesellschaft auszutreten.

Schon im Mai dieses Jahres sagte Charlotte Knobloch der „Jerusalem Post": „Alle wahren Demokraten sollten dem Beispiel von Herrn in der Beek folgen und den DPG-Beirat verlassen."

Olaf in der Beek (FDP) war ebenfalls im Beirat der DPG. Wegen des Antisemitismus in der DPG trat er aus diesem Verein aber aus. Sein Büro sagte man, Herr in der Beek habe

versucht die anderen MdBs davon zu überzeugen, die Ämter bei der DPG ebenfalls niederzulegen und die Gruppe zu verlassen.

Gegenüber „Ruhrbarone" kündigte Herr in der Beek im Vorfeld an:

„Wird sich die Deutsch-Palästinensische-Gesellschaft nicht von der BDS-Kampagne distanzieren, werde ich sie verlassen." Weiter schreibt „Ruhrbarone": *„Da dies nicht geschehen ist, hat in der Beek nun die Konsequenzen gezogen."*

Wie erklärt sich also die Pro-BDS-Arbeit von Herrn Nouripour unter Berücksichtigung seiner Gegenpositionierung? Gibt es hier eine Kluft zwischen Denken und Handeln? Steht er tatsächlich auf der Seite der BDS-Bewegung? Hat Nouripour die Gefahr des BDS-Antisemitismus nicht internalisiert?

Zur amtlichen Pro-BDS-Arbeit ihres Parteikollegen Nouripour hat die gesamte Partei nichts zu sagen. Sowohl im Wahlkreis Nouripours, in Frankfurt am Main, als auch bei der gesamten Landesführung der Grünen in Hessen will man sich zu den BDS-Aktivitäten Nouripours nicht äußern. Volker Beck, ehemaliger Grünen-Politiker, der sich für Israel engagiert, schrieb mir auf meine Frage auf dem Nachrichtendienst Twitter:

„Ich bin außenpolitisch oft nicht deren (Omid Nouripours und Claudia Roths) Meinung, wenn es z. B. Israel und Iran betrifft."

Eine bescheidene Kritik von Beck, der in der Regel den BDS-Antisemitismus scharf kritisiert.

Auch die Grünen-Politikerin Claudia Roth wurde verschiedene Male mit Antisemitismus in Verbindung gebracht. So warf die „Bild"-Zeitung Roth im vergangenen Jahr vor, Antisemitismus in Deutschland salonfähig zu machen, weil sie sich freundschaftlich mit dem Holocaust-Leugner und Regime-Angehörigen Ali Larijani traf. Larijani fordert konsequent die Vernichtung des jüdischen Staates Israel. Auf einem Foto, dass bei diesem Treffen gemacht wurde, zeigt Roth großen Enthusiasmus gegenüber Larijani.

Stimmen der Exil-Iraner in Deutschland zum Fall Nouripour

Der deutsch-iranische Publizist und Sprecher der „Green Party of Iran", Dr. Kazem Mousavi, sagte mir dazu:

„Ein Abgeordneter des demokratischen Bundestages darf nicht die schlimmste rassistische Kampagne unserer Zeit, BDS, fördern und unterstützen. Die Mitgliedschaft des iranischstämmigen Bundestagsabgeordneten Nouripour im Beirat der anti-israelischen DGP schadet nicht nur der deutschen Politik, sondern unterstützt zuallererst das Holocaustleugner-Regime im Iran.

Die Politik der DGP, die den BDS-Aufruf praktisch unterstützt, ist im Einklang mit der iranischen vernichtungs-antisemitischen Doktrin, die systematisch die Diffamierung, Isolierung und Auslöschung des jüdischen Staats Israel verfolgt. Das Mullah-Regime verbietet auch per Gesetz israelische Produkte im Iran.

Für Nouripour sollte auch nicht unbekannt sein, dass das Regime eigentlich der ursprüngliche Initiator der rassistischen BDS-Kampagne ist. Im Jahr 2000 war der derzeitige iranische Außenminister, Javad Zarif, in Teheran Vorsitzender des asiatischen Vorbereitungstreffens für die von antisemitischen Vorfällen geprägte sogenannte UN-Weltkonferenz gegen Rassismus im südafrikanischen Durban. Das Ziel war, den Boykott israelischer Produkte weltweit voranzutreiben.

In diesem Sinne gibt es auch bekannte iranische und nicht-iranische Regimelobbyisten, die sich unter dem Deckmantel der Unterstützung der Palästinenser direkt oder indirekt bei den antiisraelischen BDS-Institutionen im Westen und in Deutschland engagieren.

Als iranischer Oppositioneller fordere ich Nouripour auf, sich von der DGP sofort zu distanzieren. Er wird darüber hinaus – ob er will oder nicht – wegen seiner langjährigen Bemühungen für die ‚gute' Freundschaft Deutschlands mit dem Iran unter dem Klerikalfaschismus und seiner offensichtlichen Position, mit der er gegen US-Sanktionen und Regimechange im Iran argumentiert, scharf von den iranischen Regimegegner im deutschen Exil kritisiert."

Die deutsch-iranische Publizistin und Dissidentin Nasrin Amirsedghi sagte mir:

„Herr Nouripour soll sofort aus der DPG zurücktreten. Aus zwei Gründen: Aus historisch-moralischer Verpflichtung gegenüber den Juden und aus politischen Gründen, weil der Bundestag selbst nach einem Beschluss im Jahr 2019 die BDS als antisemitisch eingestuft hat.

Wenn er das nicht tut, verstößt gegen die demokratische Grundordnung des Bundestages und legitimiert somit die antisemitische Haltung des iranischen Regimes, die die Hisbollah unterstützt."

Saba Farzan, Direktorin der Denkfabrik „Foreign Policy Circle" in Berlin, und ebenfalls deutsch-iranische Dissidentin und Publizistin, äußerte sich folgendermaßen dazu:

„Herr Nouripour muss als Abgeordneter des Deutschen Bundestages unverzüglich von seinem Posten in der DPG zurücktreten. Er muss dies auch vor dem Hintergrund seiner iranischen Identität tun: es gibt nur eine Diktatur auf dieser Welt, die eine antisemitische Staatsdoktrin hat, und zwar die Islamische Republik. Diese Islamische Republik ist finanziell und politisch auf das Engste mit den Terrorgruppen Hamas und Hisbollah sowie dem Islamischen Jihad verbandelt. Es gilt hier für Herrn Nouripour eine doppelte Verantwortung umzusetzen: wer sich als Deutsch-Iraner politisch engagiert, der hat eine historische Verantwortung und eine brandaktuelle gegen den heute tobenden Antisemitismus vorzugehen. Das macht man nicht, indem man weiterhin Mitglied einer fragwürdigen Organisation ist, die Antisemitismus legitimiert. Es wäre schön und wertvoll zur Abwechslung mal etwas politische Zivilcourage bei Herrn Nouripour zu beobachten."

Deutsche Juden haben sich ebenfalls an die besagten MdBs, die im Beirat der DPG sitzen, gewandt.

Dr. Elio Adler, Gründer und Vorsitzender des Vereins „WerteInitiative – jüdisch-deutsche Positionen", hat über die Pro-BDS-Politik von Frau Aydan Özoguz auf Twitter geschrieben:

„Ach ja...Frau Özoguz, was tun Sie da bei den BDS-Unterstützern? Der SPD weiter schaden? Im Dialog bleiben? Time to go."

Der Bundesvorsitzende der Jusos, Kevin Kühnert, behauptet er sei gegen BDS. Bislang aber schweigt er konsequent zur BDS-Arbeit der Genossin Özoguz.

Die neueste Stellungnahme der DPG wurde im einem Juli-Rundbrief verteilt. Sie steht unter der Schlagzeile: „Diffamierungen."

Das DPG-Statement lautet: „Die DPG und vor allem Mitglieder des DPG-Beirates werden erneut als antisemitisch in der Jerusalem Post durch einen nicht als ernst zu nehmenden Schreiber beschimpft und diffamiert. Wir haben uns entschieden auf diese Verleumdungen nicht einzugehen, weil wir uns ganz der politischen Situation in Palästina widmen und keine Ablenkung brauchen."

Benjamin Weinthal ist Europa-Korrespondent der israelischen Tageszeitung „Jerusalem Post" und wissenschaftlicher Mitarbeiter der „Foundation for Defense of Democracies", einem Think Tank aus Washington D.C..

McCarthyismus von Links

Dieter Nuhr ist nur der aktuellste Fall der Ausgrenzung auch nur scheinbar abweichender Meinungen. Deutschland hat sich von der offenen und meinungsfreien Gesellschaft verabschiedet. Eine linksdoktrinär ausgerichtete Hexenjagd dominiert und zerstört Medien, Wissenschaft und Gesellschaft.

Von Roland Tichy

Nun also Dieter Nuhr. Er hat so etwas wie eine Art Gotteslästerung begangen, und das mehrfach. Er macht sich über linke und grüne Ideologie und ihre Prediger lustig. Dass er sich auch die AfD vornimmt, und sei es bloß, um sich abzusichern: Es hat ihm nichts genutzt. Jetzt hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft einen anfänglich hochgelobten Kurzbeitrag von ihm gelöscht. Das linke Tribunal hat per Twitter sein Urteil gesprochen, Nuhrs Sturz aus dem Himmel der ARD in die Hölle der Einsamkeit kann vielen nur noch eine Frage der Zeit sein. Allerdings wird er dort nicht allein sein.

Dort trifft er beispielsweise Ludger K.. Dessen größtes Vergehen ist, dass er 2016 vor einer Partei, deren Namen wir nicht nennen sollen, seine Show zum Besten gegeben hat, und das gegen Honorar. Seither kein TV mehr, kein Veranstalter – und trotzdem volle Säle. Allerdings muss er die Tour selbst organisieren. Lachen ist längst politisch, und wenn es um sie selbst geht, verstehen Rote, Grüne und GroKos keinen Spaß. Auch Nuhr stürzt vom Hochseil.

Auch Veganismus schützt vor Sünde nicht

Die Liste von Denunziationsopfern wird mit jedem Tag länger. Dazu gehört sicher Marcel Bohnert, ein Offizier ohne Fehl und Tadel, der zwei Instagram-Posts eines alten Kameraden aus den Kämpfen in Afghanistan mit einem „Like" versehen hat. „Panorama" hat die gesamte Wucht der ARD aufgeboten, um diesen Mann politisch und seine Karriere zu vernichten. Klar, dass die Wehrbeauftragte Eva Högl, die eigentlich die Interessen der Soldaten gegen die Bundeswehrführung und das Verteidigungsministerium vertreten soll, sofort eingeknickt ist. Fürs Einknicken wurde sie ja dahin gewählt; und Annegret Kramp-Karrenbauer, die große Ahnungslose auf dem Posten des Verteidigungsministers, hat sich auch nicht vor ihren Soldaten gestellt.

Wer „rechts" genannt wird, der hat kein Recht auf Fairness, auf Begnadigung oder Wiederkehr – er muss vernichtet werden. Es trifft Überkorrekte wie den Beamten Hans-Georg Maaßen, der eine falsche Aussage der Kanzlerin zu korrigieren wagt. Es trifft Künstler wie Xavier Naidoo, der am besten nie mehr und nirgendwo auftreten soll; in westlichen Ländern schützt neuerdings auch die richtige Hautfarbe nicht vor dem neuen Rassismus von Links. Die Liste lässt sich beliebig verlängern, und sie wird jeden Tag länger, weil jeden Tag die Grenzen enger gezogen, der Raum des Sagbaren kleiner und der Raum des Nicht-Sagbaren größer wird.

Manche kommen dabei einfach nicht mit, wenn sie vom Star zum Aussätzigen werden und drehen dann endgültig durch: Der einstige Starkoch Attila Klaus Peter Hildmann gehört dazu; als Propagandist des Veganismus eigentlich von der anderen Baustelle. Tief in den Kaninchenbau gefallen und feststellend: auch Veganismus schützt vor Strafe nicht. Hildmann reagiert verletzt, radikalisiert sich mit jedem Tag mehr, bis sich auch die letzten Gutmeinenden von ihm abwenden müssen. Das Ziel ist erreicht.

Wie in den düstersten Zeiten des Stalinismus bitten die Verräter um ihr Todesurteil, das in modernen Zeiten der Kommunikationsgesellschaft heißt: Ausschluss aus dem Raum der staatsnahen und staatsbeherrschten Kommunikation. Wer als „Rechts" identifiziert wird, riskiert Karriere, Fort- und Auskommen für sich und seine Familienmitglieder. Es gilt die Kollektivschuld oder schuldig ist auch, wer einen Schuldigen besser kennt oder noch Kontakt zu ihm pflegt.

Weiter auf Seite 16 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 15

WIKIPEDIA

Angefeindet: Die Kabarettisten Dieter Nuhr und Lisa Eckhart und der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen

Das hohe Gericht der Denunzianten wacht über jede Rede, über jeden Tweet, über jeden Facebook-Eintrag, schnüffelt im Privaten hinterher; Professoren an Hochschulen verbringen damit ihre Amtszeit und schicken Studenten in Kneipen, wo „Rechte“ noch geduldet werden. Spitzelei statt Lehre; Haltung statt Wissen verschafft Jobs im Berufsbeamtentum, das früher dazu geschaffen wurde, um die Neutralität des Rechts zu gewährleisten. Der Rechtsstaat ist unbequem, weil er Regeln gegen Jeden ohne Ansehen der Person durchsetzen muss. Wenn er aber beginnt, zweierlei Maß an das Verhalten anzulegen, demontiert er sich selbst.

Das ist bei den jüngsten Demonstrationen geschehen: Wenn es um „Black Lives Matter“-Demonstrationen ging, die Party-Szene in Stuttgart oder um ausufernde Feierlichkeiten eines Clans im Ruhrgebiet, um Demonstrationen der Linken, die Polizisten mit Feuerwerkskörpern beschossen und mit Flaschen beworfen haben – da war und ist keine Rede von Mundschutzpflicht und Abstandsregelung. Erst, wenn es um Demonstrationen gegen die fortgesetzte Einschränkung von Grundrechten geht – da zählt die Strenge des Meterstabes. Dass der Bundespräsident sich am selben Tag mit Musikantinnen aus dem Südtiroler Krisengebiet ganz enge und ohne Maske zeigt – die Regierenden zeigen den ihnen Untergebenen, dass sie darüber erhaben sind und die Medien weisen nicht darauf hin.

Der Reiz des Undemokratischen

Das Vorgehen hat mittlerweile Methode, ist aber eher zufällig entstanden. Vor fünf Jahren öffnete Angela Merkel die Grenzen für einen seither ungehemmten Zustrom von Zuwanderern aus Nordafrika, Afrika und Afghanistan.

Wer sich damals gegen Merkels Politik stellte, wurde als „Rechter“ diffamiert; dieser Begriff ist so dehnbar geworden wie einst „Klassenfeind“. „Rechte“ sind CDU- oder FDP-Mitglieder, die bislang nicht Schlimmes daran finden konnten, „Rechte“ zu sein, als Gegenstück zu den Linken. Aber schrittweise gelang es, die Grenzen zwischen bürgerlich-konservativ, liberal und „Rechtsradikalismus” ganz zu verwischen. Damit wurden die Positionen denunziert, die Deutschland getragen hatten.

„Rechte“, und damit solche, die man ungestraft beschimpfen, deren Büros man zerstören, deren Politiker man im Bundestag wie in ihren Häusern angreifen darf, sind quasi alle Mitglieder der AfD; vermengt werden Alt-Nazis, Rechtsradikale, Rechts-Extremisten, Reichsbürger – und Burschenschafter, Wertkonservative, Liberale, auch die FDP trifft es mittlerweile immer öfter, obwohl sie doch alles tut, um von den Linken und Grünen geliebt zu werden. Aber alle Liebedienerei zahlt sich nicht aus. Wie sich auch daran erkennen lässt, dass diese Form der Diffamierung und Angriffe bereits auf erste Politiker und Büros der SPD übergehen.

Der Kampf gegen „Rechts“ ist unbedingt, gnadenlos, unbarmherzig. Entschuldigungen werden nicht akzeptiert. Jede Abweichung wird bestraft, Hand in Hand wirken in heiligem Zorn Bundesregierung, eilfertige Medien, eifernde Kirchen und staatlich geförderten NGOs. Das Vorgehen ist undemokratisch, aber wirkt.

Die Ausdehnung der Ausgrenzung

Im Falle von Merkels rechtswidriger Grenzöffnung wurde diese Ausgrenzung politisch Andersdenkender eingeübt; sie war so erfolgreich für den Machthalt, dass diese Politik der Spaltung für praktisch alle Felder der Politik eingesetzt wird. Wer gegen Windräder protestiert, gerät in diesen Sog, auch wenn er sonst treu und brav sein Kreuz den grünen GroKo-Parteien angedient hat.

In den letzten Monaten hat es auch die Grüppchen der Globuli-Jünger, G-5-Skeptiker, Esoteriker und Impfgegner erwischt; früher die bunte Klientel der Grünen. Wer gegen die seuchenpolitischen Maßnahmen aufmuckt, kann nun nur „rechts“ sein oder gar „Neonazi“, wie Arbeitsminister Hubertus Heil in seiner primitiven schwarz-weiß-Denke behauptet. Bist du nicht für mich, kannst du nur mein Feind sein. Feind ist mittlerweile fast jeder, der staatliche Maßnahmen in Zweifel zieht – das reicht von der nun wirklich höchst umstrittenen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bis hin zu Hygiene-Regeln.

Klimaglaubensskeptiker sind sowieso im Nirgendwo, weil sie es wagen, offenkundige Diskrepanzen zwischen dem offiziell als eherne Wahrheit Verkündetem und tatsächlichen Befundenem hinzuweisen. Schweigen sollen wir über die Geldschwemme der Europäischen Zentralbank für die Südstaaten der EU oder 750 Milliarden „Wiederaufbauhilfe” für intakte Volkswirtschaften. Reden darüber könnte für Sie heute schon persönlich so teuer werden, wie es möglicherweise für die wirtschaftliche Zukunft unserer Kinder wird. Bauern, die gegen den Ruin ihrer Höfe protestieren, Auto-Bauer, die um ihre Arbeitsplätze fürchten? Alles „Rechte”. Es kann nicht anders sein, ein und dieselbe Medizin wird nun gegen alle und jeden Widerspruch eingesetzt.

Unter Merkel hat sich ein Politikstil etabliert, der jeden Widerstand denunziert, ausgrenzt, mit sozialer Ächtung und wirtschaftlichem Ruin bedroht. Wir schauen dabei zu, wie staatliche Institutionen dieser Politik unterworfen werden, Schulen, Universitäten, Polizei und Verfassungsgerichte politisiert und der Inlandsgeheimdienst instrumentalisiert werden. Die sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten sind zu Akklamationsmaschinen verkommen: „Die Geisteswissenschaften könnte man erst nach einer intellektuellen Währungsreform wieder ernstnehmen,“ so Norbert Bolz.

Auflagen fallen ins Bodenlose

Die Medien, allen voran die öffentlich-rechtlichen, klatschen Applaus. Sie wundern sich, dass ihre gedruckten Auflagen ins Bodenlose fallen. Internet und Corona-Begrenzungen tragen dazu bei, sind aber nicht die einzige Ursache: Viele Leser wenden sich immer schneller vom „Haltungsjournalismus“ ab, der sie im besten Fall in immer eindringlicherem Ton bekehren und belehren will, der sie im schlimmeren Fall beschimpft und diffamiert. Ob die geplanten Subventionen helfen, den Verlust der Leser zu kompensieren; ob es zusammen mit immer neuen Sanktionen für kritische Medien im Internet gelingt, das Vertrauen in die Haltungspresse zurückzugewinnen?

Die Rückkehr zu einer kühlen, weitgehend um Neutralität bemühten und nachrichtlich geprägten Berichterstattung wird schwierig und via Fernsehen mit den Gesichtern der bekannten Bannerträger nicht möglich sein. Während früher Teams von ARD und ZDF gerngesehene Gäste waren, um die man sich bemühte, werden sie heute von radikalisierten Gegnern angegriffen. Faktisch sind weite Teile Ostdeutschlands heute so etwas wie No-Go-Areas für diese Sender. Das ist keine Rechtfertigung für Pöbeleien, aber eine Zustandsbeschreibung der Kluft zwischen Sendern und Besendeten.

Die Wilden in den Wäldern

Da hilft es wenig, dass der komplette, irgendwie von den Parteien beeinflussbare und durchsetzte gesellschaftliche Machtapparat gegen Kritiker mit immer mehr Millionen aus Steuergeldern in Stellung gebracht und personell immer weiter aufgerüstet wird. Es ist nicht allein Kalkül einer Regierung, die glaubt, sich mit Spaltung an der Macht halten zu können. Es geschieht auch vielfach in vorauseilendem Gehorsam. Es braucht keine Weisung. Hier genügt das, was die Kollegin Evelyn Roll von der „Süddeutschen“ schon vor 15 Jahren als „freiwillige Gleichschaltung“ bezeichnet hat: Vorauseilende Anpassung und Duckmäusertum sind wirksamer als Anordnungen. Die Prinzipien einer offenen und demokratischen Gesellschaft werden über Bord geworfen. Die Regierung befiehlt es nicht, es geschieht im blinden Eifer der Angst, der Anpassung, mit gebeugten Rücken.

Die gesellschaftlichen Gewichte verschieben sich. Immer mehr Ausgegrenzte könnten bald eine neue Mehrheit sein, gerade weil die Ausgrenzung so willkürlich funktioniert und so unterschiedliche und immer neue Themen zum Anlass nimmt. Der Medienwissenschaftler Poensken, eher einer der Epigonen des Verlangten, spricht davon, dass ein Drittel der Bevölkerung nicht mehr am offiziellen Mediengeschehen teilnimmt.

Die Kluft der Sprachlosigkeit vertieft sich. Die Eliten ziehen sich in ihre gentrifizierten Geistesviertel zurück; die Wilden in den Wäldern werden täglich mehr und dort blühen Kunst, Kultur und Kreativität, jenseits der staatlich alimentierten Staatskünstelei und Bestätigungswissenschaft.

Die, die drin sind im System, haben es nur noch nicht gemerkt.

Der Deutschen liebstes Kind ist die jüdische „Familie Stolperstein“

Die Ergriffenheitsmafia und die Betroffenheitsschickeria dulden keinen Antisemitismus – jedenfalls nicht den gegen tote Juden.

Von Simone Schermann (Tapfer im Nirgendwo)

Gunter Demnig verlegt die Stolpersteine seit 1996 zur Erinnerung an Opfer aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Es wird kein Antisemitismus gegen tote Juden geduldet, dafür aber Judenhass gegen die Lebenden hofiert, denn der Deutschen liebstes Kind ist die Familie Stolperstein.

Es fällt Antisemiten heute nicht mehr so leicht, Juden als Religionsgemeinschaft oder als Volk zu hassen, daher hassen sie nun den jüdischen Staat. Das geht immer als akzeptable Israelkritik durch.

Wer Israel kritisiert, muss keinen Protest des Stadtparlaments fürchten, keinen Aufschrei der Anständigen aus den Fraktionen, kein Gebrüll bei den notorischen Mahnern, die sonst so gerne jegliche Form des Antisemitismus brandmarken, kein Aufschrei gegen Judenhass und kein übliches „Wehret den Anfängen“.

Wenn es gegen Israel geht, ist die Crème de la Crème der eifrigen Stolperstein-Führer still, ebenso die feine Auslese der Ergriffenheitsmafia, die Hautevolee der Betroffenheitsschickeria und des ewig ritualisierten Gedenktheaters. Die handverlesene, vornehme Gesellschaft, die sich alljährlich am 9. November zum gemeinsamen Rendezvous trifft und sich in ihrer ewigen Betroffenheit aalt, die Betroffenheitsfunktionäre schweigen, wenn Israel unter Freunden an den Pranger gestellt wird.

Am 9. November treffen sich sämtliche Hobbyjudaisten, Friedensstifter und Konvertiten im Gedenken an tote Juden. Für die lebenden Juden bleibt da keine Restkapazität mehr.

Heute rufen Israelkritiker dazu auf, die Stimme zu erheben gegen eine „organisierte israelische Regierungslobby in Deutschland, die legitime Kritik an israelische Regierungspolitik systematisch und erfolgreich zu unterbinden schafft.“

Das war ein Originalzitat eines typischen Israelkritikers. Hier haben wir die gute, alte, ewig funktionstüchtige Verschwörungstheorie einer einflussreichen und Deutschland umspannenden jüdischen „israelischen Regierungslobby“. Das ist alter Judenhass im neuen Kleid.

Antizionismus ist gleichzusetzen mit Antisemitismus, eine Feststellung, der auch Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel, die Leiterin des Fachgebietes Allgemeine Linguistik an der Technischen Universität Berlin beipflichtet. Wenn man wissen möchte, warum der Judenhass sich „in der Mitte der Gesellschaft“ so wohl fühlt und sich ausbreitet wie ein Virus, dann ist hier die Antwort darauf gegeben.

Statt den israelbezogenen Judenhass zu untersuchen, finden lieber dutzende Gedenkveranstaltungen statt. Von Funktionären der entsprechenden Gilden werden mit vor Betroffenheit zitternder Stimme Namen von Deportierten und Ermordeten vorgelesen, während Hetzjagden auf Juden in Deutschlands Straßen tatsächlich passieren, Rabbiner wirklich geschlagen und bespuckt und jüdische Schüler wieder aus deutschen Schulen vertrieben werden.

Über die Jahrzehnte hat sich ein „Wohlfühljudentum der toten Juden“ herausgebildet. Die Instrumentalisierung dieser toten Juden, die sich dagegen nicht mehr wehren können, ist in vollem Gange. Die Manege ist frei und jeder, der auf den Gedenkveranstaltungen den Namen eines Deportierten vorlesen darf, kann mit dem wohligen Gefühl nach Hause gehen, etwas sensationell Gutes getan zu haben, natürlich für tote Juden.

Die Rollen im Gedenktheater sind wohl verteilt. Schlecht konvertierte Juden haben an diesen Tagen endlich die Chance, sich fast als Juden zu fühlen, für einen Augenblick. Wenn der ungenügend konvertierte Deutsche, der natürlich der bessere Jude ist, die Gelegenheit am 9. November am Schopfe packt, um endlich zu fühlen wie ein Jid, dann muss er sich dazu der Toten bemächtigen. Für einen kurzen Moment befüllen die Namen der Toten das leere Gefäß, den Konvertiten. Endlich, ja endlich können sie in die Haut eines toten Juden schlüpfen, denn da ist der deutsche Konvertit beim Gedenkzirkus gnadenlos unerbittlich und scheut vor keiner Geschmacklosigkeit zurück, um zu zeigen, dass er, und nur er, heute der wahre Jude ist. Und der wahre Jude kritisiert Israel!

Es ist ein psychopathologisches Gedenkimperium, das alljährlich erbarmungslos zuschlägt. Es zeigt sich, dass es in Deutschland sogar gefährlich ist, ein toter Jude zu sein. Denn auch als toter Jude hat man gefälligst seiner Position nachzukommen und den Konvertiten und sonstigen Funktionären zu ihrer wahren Berechtigung zu verhelfen. Als Steigbügelhalter, als Kulisse in einem miesen Geschäft, that´s it. So werden Namen gehaucht vorgelesen, mit dem Beisatz, dass sie „wie Kerzen aus der Dunkelheit herausleuchten“ und das „Tyrannei und Verfolgung das Leid unseres Volkes“ sei.

Nun, mein Volk findet man einerseits in der Datenbank von Yad Vashem. Der Rest meiner geliebten Familie lebt in Israel.

Im Mai saß ich im Urlaub auf meinem Tuches in Tel Aviv, in einem der herrlichen Restaurants. Ein wahrlich unvergesslicher Abend, an den ich heute noch zurückdenke. Wunderbare Menschen, schlendern auf dem Greek Market, Handgefertigtes schauen und auch kaufen bis Mitternacht. Eine griechische Band spielte und dann das herrliche Essen. Zur gleichen Zeit, ich erfuhr das erst später, verteidigte meine kleine Nichte, im Alter von 20 Jahren, die Grenzen Israels. Ich habe leise in mich hineingeweint, vor Scham. Ich war nie in der Armee. Ich weiß nichts darüber, wie sich meine Cousine fühlt, deren Tochter in der Armee ist. Nichts über ihre Ängste, Nacht für Nacht, Tag für Tag. Ich kann nur versuchen, das nachzufühlen. Das ist es, was uns Juden ausmacht: Dieser ständige, auch innere Kampf.

CSU-Stiftung entsendet grünen Israelfeind in ihre marokkanische Dependance

Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung schickt einen Grünen-Politiker mit islamistischen Positionen als Büroleiter nach Marokko. Selbst die geschwisterlich verbundene Konrad-Adenauer-Stiftung wundert sich.

Von Alexander Wallasch (Tichys Einblick)

Eine Stiftung, die gar keine ist, sondern ein Verein. Eine Stiftung, die weitestgehend aus Steuermitteln finanziert wird. Eine Stiftung, die bitte trotzdem keine Pressefragen zu umstrittenen Personalien beantworten möchte … Was für ein Verein ist das eigentlich?

Hanns-Seidel-Stiftung mit umstrittener Personalie

Die Rede ist hier von der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung und die Personalie ist Dr. Mounir Azzaoui, seit neuestem Leiter des Büros der Stiftung in Marokko. Der Hanns-Seidel-Verein erhält gemeinsam mit fünf anderen Stiftungen (nur eine ist juristisch Stiftung) der im Bundestag vertretenen Parteien aus Bundesmitteln 581 Millionen Euro pro Jahr (Stand 2018) zum Zwecke der politischen Bildung. Die CSU-Veranstaltung allein erhält fast 60 Millionen – es sind Steuergelder. Auch die AfD will nach Erfüllung der restriktiven Formalien Zugang zum Geldtopf.

Auf Anfrage von „Tichys Einblick" will die Hanns-Seidel-Stiftung leider keine Auskunft geben über die Einsetzung eines Mannes als Leiter des Büros in Marokko, der seit Jahren mit einer Reihe konservativ- bis radikalislamischer Positionen aufgefallen ist bzw. die Nähe zu solchen Positionen immer wieder wiederholt. Die Hanns-Seidel-Stiftung hatte vorab die Gelegenheit leider nicht genutzt, entsprechende Fragen zu Azzaoui aus dem Weg zu räumen, die ihr von TE zugesandt wurden. Es kam folgende Antwort zurück:

„… beachten Sie bitte, dass sich die Hanns-Seidel-Stiftung grundsätzlich nicht zu Einzelheiten in Personalangelegenheiten äußert."

In einem von zwei Telefongesprächen wird sich der Pressesprecher später auf eine Fürsorgepflicht berufen, dann will er Azzaoui doch noch ins Gespräch holen, auch die Leitung der Hanns-Seidel-Stiftung soll darüber informiert worden sein, so der Sprecher, aber zuletzt will man wohl erst einmal abwarten, was die andere Seite präsentiert. Schattenboxen also im Wohlfühlschatten eines ziemlich üppigen Berges aus Steuergeldern.

Fragen, die einer Antwort bedürfen

Aber womit hatte „Tichys Einblick" den Pressesprecher zum Schweigen gebracht? TE wollte lediglich wissen:

1. Was befähigt den Grünen Mounir Azzaoui vor allen anderen, in Marokko das Büro der Stiftung (…) zu leiten?

2. Wenn es sich die Stiftung in Marokko zur Aufgabe gemacht hat, u.a. den demokratischen Übergang und rechtsstaatliche Strukturen zu fördern, warum macht man das mit einem politisch Grünen, der zudem Berührungspunkte zu Islamisten hat und beispielsweise eine explizite antiisraelische Haltung u.a. im Gaza-Konflikt?

3. Was verspricht/erhofft sich die Stiftung von der zukünftigen Arbeit von Mounir Azzaoui?

4. Die Stiftung betont immer wieder, ihr Ziel sei es, international tätig zu werden auf Basis von „christlich-sozialen Idealen" – wie sehr repräsentiert ihrer Meinung nach Mounir Azzaoui als Leiter des Büros diese Ideale?

5. Ein Zusammentreffen Mounir Azzaouis mit Vertretern der israelischen Regierung ist im Rahmen seiner Tätigkeit denkbar und wahrscheinlich. Mounir Azzaoui vertritt allerdings im Israel-Palästina-Konflikt explizit die Seite Gazas und wird nicht müde, antiisraelische Ressentiments in den sozialen Medien mitzuteilen. Was glauben Sie, hat das für Auswirkungen für die Stiftung? Und welche Maßnahmen werden sie dahingehend ergreifen, wird oder hat es schon Gespräche dazu gegeben mit Mounir Azzaoui?

Die Hanns-Seidel-Stiftung will diese Fragen aber nicht beantworten, nicht mit und nicht ohne Azzaoui. Aber wenn sie nicht will, was sie gegenüber dem Steuerzahler aber sollte, wenn der Stiftung hier so etwas wie Transparenzgedanke fremd ist, dann müssen wir eben zunächst ohne Zutun der Betroffenen über diese Personalie reden.

Vorab aber ein paar Worte zu diesem System der Stiftungen/Vereine, die mit über einer halben Milliarde Euro Steuergelder großzügig bedacht sind, zudem über oft üppig ausgestattete Dependancen überall in Deutschland verfügen und im Fall der Hanns-Seidel-Stiftung sage und schreibe fünfzig Büros überall auf der Welt u.a. auch in Marokko betreiben und unterhalten. Aber um dort was zu tun? Der Pressesprecher verweist TE in dieser Frage auf den Webauftritt. Dort heißt es explizit zu Marokko:

„Den Leitern unserer Auslandsbüros obliegt die Umsetzung der Ziele unserer Projektarbeit vor Ort. Diese können – wie für jedes Land – ganz transparent in unserem Internetangebot unter www.hss.de/weltweit-aktiv/afrika/marokko auch für Marokko nachgelesen werden."

TE wird also auf eine Seite verwiesen, die etwas über die Arbeit dort sagt und „ganz transparent" sein soll, aber wer da eigentlich tätig ist, dazu will man diese Transparenz dann lieber nicht angewandt wissen. Dr. Mounir Azzaoui wird auf besagter Webseite bereits als Leiter des Büros vorgestellt. Nebst einer Reihe von Zielen, die Azzaoui für seinen neuen Verein vertreten soll, der sich in seiner Satzung bzw. in der Rubrik „Unser Auftrag" auf die Fahnen geschrieben hat, „demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes" zu betreiben „auf christlicher Grundlage". Ist er dafür der Richtige?

Doch ja, man sei zwar von der CSU unabhängig, wird an anderer Stelle explizit betont, und muss auch betont werden, will man weiter von den Steuergeldern profitieren, aber der Nachsatz umarmt die Partei dahinter wieder: man arbeite „jedoch im Sinne deren Grundwerte" – also der CSU.

Würde sich wohl im Grabe umdrehen, wenn er von diesem Fall erführe: CSU-Übervater Franz Josef Strauß

> „CSU-Vertreter Mounir Azzaoui: „Man kann nur hoffen, dass die verantwortlichen Politiker jetzt konsequent handeln und die IGMG (Red.: Milli Görüs) aus den Berichten (Red.: Verfassungsschutzberichte) nehmen."

Christliche, anti-israelische Grundlagen in CSU-Praxis

Folgerichtig müsste das dann ja auch für die Personalie Azzaoui gelten. Was macht, dass die Stiftung über ihren Pressesprecher hier so zugeknöpft erscheint, wo doch Transparenz insbesondere gegenüber der die Öffentlichkeit informierenden Presse und gerade in umstrittenen Personalfragen eigentlich selbstverständliche Pflicht eines so finanzierten Vereins wäre?

Zur Person: Mounir Azzaoui postete beispielsweise im Juli 2014 via Twitter, „Israel ist für die gescheiterten Friedensverhandlungen vor zweieinhalb Monaten verantwortlich". Das ist eine gewagte These angesichts fortgesetzter Angriffe der Hamas auf israelische Siedlungen. Aber damit nicht genug, er fand damals nichts dabei, diese Raketenangriffe der Hamas auf Israel zu verteidigen, die seien eine Reaktion auf Tötungen und Verhaftungen von „Palästinensern" seitens Israel. Israel würde versuchen, die Hamas mit Angriffen auf Gaza zu schwächen. Kanzlerin Merkel, so Azzaoui, „sollte sich schämen in diesem Kontext davon zu sprechen ‚Deutschland stehe an der Seite Israels'".

Der neue Leiter der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung forderte 2014 „in den nächsten Jahren eine deutsch-muslimische Perspektive zu dem Konflikt zu entwickeln". Warum? „Damit diese Unverschämtheiten aufhören."

Welche meinte er? Etwa den Protest darüber, dass sich israelische Familien immer wieder ängstlich und von Sirenen dazu aufgefordert in Bunker zurückziehen müssen, weil regelmäßig Raketen auf Juden abgeschossen werden von extremistisch-terroristischen Muslimen? Für das deutsch-israelische Verhältnis ist es jedenfalls nicht förderlich, wenn die CSU jetzt einen Mann vor Ort schickt, der ein deutsch-muslimisches Projekt an seine Stelle setzen will.

Ein Grüner im Zentralrat der Muslime und in der CSU

Wer also genau ist der neue Leiter der Dependance der CSU-Stiftung in Marokko, der diesen Politikwechsel vorantreiben soll? Dr. Mounir Azzaoui war fünf Jahre lang Sprecher des „Zentralrates der Muslime in Deutschland“. Er ist oder war Parteimitglied der Grünen und in NRW Mitbegründer des „Arbeitskreises Grüne Muslime“, für die er auch als Sprecher tätig war. Da die Stiftung keine Auskunft geben mag, wer da für sie arbeitet, müssen wir weiter zurückgehen. So findet sich 2007 ein Interview Azzaouis in der „Islamischen Zeitung“, wo dieser über den Arbeitskreis „Grüne Muslime“ berichten soll. Dort kritisierte er u.a. von ihm behauptete Assimilierungsbemühungen an Muslimen durch die CDU/CSU und ihre Leitkulturdebatte, die „weit über die Verfassung“ hinausgehen würden. Die SPD sei im Übrigen die Partei, welche dem Islam sehr kritisch gegenüberstehen würde. Es gäbe in der SPD „noch viel stärker als bei den Grünen auch laizistische Strömungen“, welche „dem Islam und auch Religionen generell sehr kritisch gegenüberstehen.“ Das ist nun eine sehr gewagte Behauptung; eher parteipolitisch geprägt als tatsächlich. Und so geht es weiter.

Auch die FDP vertrete „grundsätzlich ein laizistisches Programm“. Die FDP wäre sogar an Gesetzen beteiligt gewesen, welche „die Muslime ausdrücklich diskriminieren“. Nur die Grünen hätten laut Azzaoui erkannt, „dass Religion auch in der Moderne weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird.“ Die Grünen wären die Partei des Umweltschutzes und die Bewahrung der Schöpfung sei für Muslime ein wichtiges Thema. Soll das tatsächlich die Tangente bzw. Referenz hinüber zur CSU (Hanns-Seidel-Stiftung) 2020 sein, im Sinne grundsätzlich gemeinsamer orthodox-religiöser Wertvorstellungen? Bizarr. Oder: dubios. Noch dubioser, weil Azzaoui in besagtem Interview auch noch den damaligen NRW-Integrationsminister Armin Laschet angreift, dieser hätte den islamischen Religionsunterricht zwar für über 250.000 muslimische Schüler versprochen, aber diesen dann ihre „grundlegenden Rechte vorenthalten“.

Und so geht es weiter, ziemlich weit weg von den Grundwerten der CSU und dem Auftrag ihrer Stiftung, die „demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes“ betreiben will „auf christlicher Grundlage“. 2011 forderte der grüne Azzaoui die Abschaffung des Verfassungsschutzes, dieser würde die liberale Demokratie nicht schützen. Damit ist er im Trend der aktuellen Grünen-Politik, die den Sicherheitsapparat schleifen will.

Wiederum 2014 teilte Azzaoui per Twitter einen Beitrag, der den „Spiegel“ kritisierte, der es gewagt hatte, eine Raketenwut der Hamas gegen Israel zu kritisieren. Im selben Jahr forderte Mounir Azzaoui, „man kann nur hoffen, dass die verantwortlichen Politiker jetzt konsequent handeln und die IGMG (Red.: Milli Görüs) aus den Berichten (Red.: Verfassungsschutzberichte) nehmen.“

Aber er ist auch ein Mann, der Beziehungen pflegt. Auch die Stiftung Mercator fand nichts dabei, Azzaoui als Projektmanager bzw. -leiter zu verpflichten und diesen beispielsweise über „Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft“ publizieren zu lassen. Für die Stiftung forderte der dann mehr „junge muslimische Führungspersönlichkeiten in der Gesellschaft“. Das sei wichtig, „damit Muslime als ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft betrachtet werden können.“ Nun ist allerdings die Mercator-Stiftung eine weit links verortete Stiftung mit fragwürdigen, meist an die Grünen eng angebundenen Handlungen und Partnerschaften.

Man beginnt das Schweigen der Hanns-Seidel-Stiftung zu verstehen: Diese Widersprüche sind nicht aufzulösen. Das Schweigen zieht Kreise.

Mittlerweile ist der Twitter-Account von Mounir Azzaoui nicht mehr erreichbar. Gelöscht oder gelöscht worden? Aber von wem und warum? Wir fragen auch das nach, bekommen aber auch dazu keine Antwort. Man wolle abwarten, was da kommt. Dass eine so abwartende Haltung keine besonders vertrauenserweckende Maßnahme wäre, nimmt der Sprecher zur Kenntnis. Ja, der Mann ist freundlich, man unterhält sich nett, aber der Plauderton kann ja nicht die fehlenden Informationen ersetzen.

Was also macht ein grüner Muslim, der u.a. mit einem speziellen Verhältnis zu Israel aufgefallen ist, für die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung als Leiter des Büros der Stiftung, die gar keine ist, sondern ein Verein, eigentlich in Marokko? Auch ein Interviewangebot mit der Stiftung bzw. Azzaoui wird abgelehnt. Selbst bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, eher am Rand des politischen Spektrums der CDU angesiedelt, ist man irritiert über die Personalpolitik der Schwester in München. Aber auch hier: Schweigen.

Der islamische Anschlag auf der Berliner Stadtautobahn und seine Vorgeschichte

Der Täter drohte schon vorher mit religiös motiviertem Mord, wurde bei den Behörden aber nicht als islamischer Gefährder geführt. Wie üblich versuchen die Politik und einige Journalisten diese Hintergründe zu vertuschen und aus ihm einen weiteren Einzelfall für die Psychiatrie zu machen.

Von Boris Reitschuster

Der mutmaßliche islamische Anschlag auf der Berliner Stadtautobahn wirft viele Fragen auf. Der tatverdächtige Iraker ist ein abgelehnter Asylbewerber und hat bereits mehrere Straftaten in Deutschland begangen, unter anderem Körperverletzungsdelikte. Laut Ermittlerkreisen soll er vor zwei Jahren in seiner Unterkunft ebenfalls wie jetzt bei dem Anschlag „Allah ist groß“ gerufen und gedroht haben, viele Menschen umzubringen. Er kam deshalb wohl auch in psychiatrische Behandlung. Gleichzeitig wurde er aber nicht als islamischer Gefährder geführt bei den Behörden. Hier stellt sich die Frage, inwieweit diese versagt haben. In vielen Medien wird dieses brisante Thema auf Sparflamme gekocht oder ganz verschwiegen. Dabei sollte es eigentlich im Vordergrund stehen.

Der 30-Jährige habe am Dienstagabend auf der Berliner Stadtautobahn, „quasi Jagd auf Motorradfahrer gemacht“, sagte Martin Steltner, Sprecher der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, auf einer Pressekonferenz. Die Strafverfolger gehen von dreifachem versuchten Mord aus. Der Tatverdächtige hatte mit einem Opel zwei Motorräder und ein Auto gerammt und ein weiteres gestreift. Auch ein Rollerfahrer wurde erfasst. Beim ersten Crash mit einem Motorrad wurde dessen Fahrer schwerst verletzt. Insgesamt wurden sechs Menschen verletzt, drei davon schwer. Die Taten sind laut Staatsanwaltschaft deshalb als „gezielte Angriffe auf andere Verkehrsteilnehmer“ zu werten. Es bestünde der Verdacht des dreifachen versuchten Mords.

Fast schon überraschend ist, dass tagesschau.de groß über die Tat berichtet und auch die Problematik mit der Quasi-Ankündigung und dem Nicht-Erfassen als Gefährder durch die Polizei aufführt. Dies wird zwar erst im hinteren Bereich des Artikels größer thematisiert, und der Widerspruch wird nicht explizit herausgearbeitet: Leser können sich aus den Informationen selbst ihren Reim machen. Unter anderem heißt es da: „Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios war der Mann bisher nicht als radikaler Islamist bekannt und wurde nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Er war auch nicht als islamistischer Gefährder eingestuft.“

Tagesschau.de nimmt die Behörden in Schutz: „Personen, die psychisch auffällig sind, sich nicht in einem islamistischen Umfeld bewegen und selbst radikalisieren, seien für die Sicherheitsbehörden in ihrer Gefährlichkeit besonders schwer einzuschätzen, erklärt ARD-Terrorismusexperte Michael Götschenberg. Grundsätzlich, so heißt es in Sicherheitskreisen, habe sich die Bedrohungslage mit Blick auf den islamistischen Terrorismus in den vergangenen Monaten spürbar beruhigt.“

Anders als bei „tagesschau.de“ ist bei „heute.de“ ein mögliches Karnevals-Verbot wegen Corona Hauptthema. Auf den Anschlag wird an siebter Stelle auf der Seite verwiesen. Von der Vorankündigung kein Wort.

Das Motiv war religiös, nicht politisch

Die „Süddeutsche Zeitung“ bringt einen Bericht auf ihrer Seite an 21. Stelle und vermeidet in ihrer Überschrift das Wort „islamistisch“. Da heißt es schamhaft: „Ermittler gehen von politischem Motiv aus.“ Das ist Irreführung der Leser. Korrekt wäre „religiös“. Auch hier kein Hinweis auf die Vorankündigung.

Die „Frankfurter Allgemeine“ bringt als Aufmacher „Was ist Belarus“ und versteckt den Beitrag an 23. Stelle in einer Video-Galerie und schreibt: „Islamistische Motivation naheliegend.“ Auch hier kein Hinweis auf die Vorankündigung.

Zeit.de und Spiegel.de informieren korrekt und weit oben auf der Seite. Der „Tagesspiegel“ als Berliner Regionalzeitung bringt die Meldung an zweiter Stelle und meidet ebenfalls das Wort „islamistisch“ in der Überschrift. Die „Berliner Zeitung“ berichtet vollständig und korrekt. In der „Bild“ ist die Tat Aufmacher, und sie schreibt groß: „Es war islamischer Terror“.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die israelische Luftwaffe auf Freundschaftsbesuch in Deutschland

Erstmals in der Geschichte nehmen israelische Kampfflugzeuge an einer Militärübung in Deutschland teil. Im Rahmen eines Flugmanövers wurde dabei auch das Konzentrationslager Dachau überflogen.

Christof STACHE, AFP

Der deutsche Luftwaffen-General Ingo Gerhartz mit dem zum Besuch passenden Mundschutz.

(Israelnetz) Im Gedenken an die im Holocaust ermordeten Juden haben kürzlich israelische Kampfjets das ehemalige Konzentrationslager Dachau überflogen. Der Rahmen für den Überflug war eine zweiwöchige Militärübung der deutschen und israelischen Luftwaffe. Kurze Zeit zuvor überflog die aus einem israelischen Passagierflugzeug, zwei israelischen und drei deutschen Kampfjets bestehende Formation den Fliegerhorst Fürstenfeldbruck in einer Höhe von 500 Metern. Dort kam es 1972 nach dem Olympiaattentat „palästinensischer" Terroristen zu einem misslungenen Befreiungsversuch der deutschen Polizei. Dabei starben neun israelische Geiseln und ein Polizist.

Nach dem Manöver besuchten deutsche und israelische Soldaten die KZ-Gedenkstätte Dachau. Teil der Delegation waren auch der israelische Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, und Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). Im Rahmen einer Gedenkfeier legten die beiden vor dem internationalen Mahnmal Kränze nieder.

„Es ist ein bewegender Moment für beide Delegationen. Heute stehen hier israelische und deutsche Soldaten Seite an Seite. Lasst uns an die schmerzhafte Geschichte erinnern – für eine bessere Zukunft", sagte Kramp-Karrenbauer. Issacharoff betonte die in den vergangenen Jahren „immer stärker gewordene" strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel.

Wichtiger Beitrag zur Erinnerung

Auf der Gedenkveranstaltung sprach auch der israelische Generalmajor Amikam Norkin, der zuvor in dem israelischen Passagierflugzeug das KZ Dachau überflogen hatte. Es sei eine Ehre, an diesem Tag hier zu stehen. „Das ist kein Traum, das ist Realität." Die enge Verbindung der beiden Länder mache ihn stolz. Der Stellvertreter des Sprechers im Bundesverteidigungsministerium, Oberst Arne Collatz-Johannsen, zeigte sich ebenfalls erfreut über die gemeinsame Übung in Deutschland, „nachdem auch die deutsche Luftwaffe mehrfach an Übungen in Israel teilgenommen hat." „Die Fähigkeiten und Erfahrungen der israelischen Kräfte für den militärischen Bereich sind von herausgehobener Bedeutung für die taktische Aus- und Weiterbildung der fliegenden Verbände der Luftwaffe", sagte Collatz-Johannsen.

In einem Telefonat mit Norkin betonte Israels Staatspräsident Reuven Rivlin die Bedeutung des Überflugs: „Die Zahl der Holocaust-Überlebenden, die noch unter uns weilen, schrumpft, und wir tragen die Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Schoah für die kommenden Generationen zu bewahren. Ihr heutiger Vorbeiflug ist ein wichtiger Beitrag dazu", sagte Rivlin.

In den ersten sieben Tagen des gemeinsamen Trainings wollen die Luftwaffen beider Länder verschiedene Übungsmanöver fliegen. Anschließend sollen im Rahmen einer NATO-Übung weitere Partnerorganisationen eingebunden werden. Operationsbasis ist der nordrhein-westfälische Luftwaffenstützpunkt Nörvenich. Das berichtet die Zeitung „Die Welt". Insgesamt nehmen rund 200 Angehörige der israelischen Luftwaffe an der Übung teil.

Geschichtsfälschung beim öffentlich-rechtlichen Fernsehsender arte

Mit Aussagen wie „Im Westjordanland lebten traditionell keine Juden." leugnet der GEZ-Sender 3.000 Jahre jüdische Geschichte und verschweigt u.a. auch das anti-jüdische Massaker in Hebron 1929.

Von Gerd Buurmann

Im August 2020 sendete arte eine Wiederholung des Berichts „Die Siedler der Westbank" von Shimon Dotan. In der Ankündigung heißt es:

„Die jüdische Besiedlung des Westjordanlands begann vor knapp 50 Jahren und hat heute ungeahnte Ausmaße angenommen. (…) Der israelisch-palästinensische Konflikt sorgt seit jeher für Spannung im gesamten Nahen Osten. Die jüdischen Gemeinschaften im Westjordanland spielen hier eine entscheidende Rolle: In der Region, wo traditionell keine Juden lebten, ließen sich nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 Hunderttausende Siedler nieder, die mit ihren unterschiedlichen Abstammungen, Sichtweisen, Ideologien und sozioökonomischen Milieus die ganze Bandbreite der israelischen Bevölkerung widerspiegeln."

Arte behauptet, in der Region, die hier Westjordanland genannt wird, hätten „traditionell keine Juden" gelebt. Schauen wir uns die Gegend mal etwas genauer an.

Die Region, die arte als „Westjordanland" bezeichnet, wird auch Judäa und Samaria genannt. Diese Bezeichnungen gehen auf die Bibel zurück. Judäa bedeutet „Land der Juden".

In der Region befindet sich die Stadt Bethlehem. Dort befindet sich eine Kirche an der Stelle, wo ein Jude geboren worden sein soll. Sein Name ist Jesus.

In der Region befindet sich ebenfalls die Stadt Hebron. Am dortigen Stadtrand befindet sich das Grab der Patriarchen, wo Abraham und Sara, Isaak und Rebekka, sowie Jakob und Lea bestattet worden sein sollen. Alle sechs Persönlichkeiten waren Jüdinnen und Juden. In Hebron soll König David 1011 Jahre vor dem Juden, der in Bethlehem geboren wurde, zum König des jüdischen Volks gesalbt worden sein.

Was also hat es mit der von arte so bezeichneten Tradition auf sich, dass dort keine Juden lebten?

Als im Jahr 1517 die Juden in Hebron ihr Laubhüttenfest feierten, führte der Stellvertreter des osmanischen Sultans und Herrscher von Jerusalem, Murat Bey, ein Massaker an den dort feiernden Juden durch und plünderte sie aus. Nur wenigen gelang die Flucht.

Im Jahr 1929 wurde in Hebron ein Massaker an Juden verübt, bei dem siebenundsechzig Juden ermordet und zahlreiche verletzt wurden. Ein Teil der jüdischen Gemeinde floh daraufhin nach Jerusalem.

HAZEM BADER, AFP

Jüdische Siedler in Hebron

Im April 1936 kam es erneut zu Unruhen gegen Juden. Am 23. April wurden daher alle Juden der Stadt von den Briten evakuiert. Seitdem war die Stadt judenrein.

Das ist also die Tradition, von der arte spricht. Arte nennt es Tradition; ich nenne es Judenverfolgung.

Die überfällige Umbenennung der U-Bahnstation „Karl-Marx-Straße“

In der aktuellen Phase der immer stärker Blüten treibenden „antirassistischen“ Umbenennungsforderungen sollten auch linke Rassisten wie Karl Marx & Friedrich Engels nicht verschont bleiben.

Sehr geehrter Herr Dr. Rolf Erfurt,

es ist gut, dass sich die BVG seit Anfang Juli plötzlich so intensiv gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit engagieren will und über die Umbenennung von Bahnhöfen diskutiert. Leider ist einer ihrer U-Bahnhöfe nach einem der übelsten Rassisten, Antisemiten und Menschenfeinde Deutschlands benannt. Gerade für Juden ist es schwer erträglich, seinen Namen noch immer im Berliner Stadtbild zu sehen. Die Rede ist von Karl Marx und Ihrem U-Bahnhof „Karl-Marx-Straße“ im Bezirk Neukölln. Der Name ließe sich ohne große Diskussionen entfernen und ersetzen, da die zahlreichen menschenverachtenden Aussagen, die der Vater des Kommunismus tätigte, bestens dokumentiert sind.

Hier einige Beispiele*:

Marx schrieb 1862 über den SPD-Gründer Ferdinand Lassalle:

„Der jüdische Nigger Lassalle hat glücklich wieder 5.000 Taler bei einer Spekulation verloren. ... Es ist mir jetzt völlig klar, dass er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von den Negern abstammt.“

1843 verfasste Karl Marx den antisemitischen Aufsatz „Zur Judenfrage“:

„Wir erkennen also im Judentum ein allgemeines gegenwärtiges antisoziales Element, welches durch die geschichtliche Entwicklung, an welcher die Juden in dieser schlechten Beziehung eifrig mitgearbeitet haben, auf seine jetzige Höhe getrieben wurde, auf eine Höhe, auf welcher es sich notwendigerweise auflösen muss. Die Judenemanzipation in ihrer jetzigen Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom Judentum.“

In seinem bekannten Werk „Das Kapital“ schrieb Marx:

„... dass alle Waren im Glauben und in der Wahrheit Geld, innerlich beschnittene Juden sind, und zudem wundertätige Mittel, um aus Geld mehr Geld zu machen.“

1861 schrieb Marx über eine Bekannte:

„Dieses Fräulein ist das hässlichste Geschöpf, das ich je in meinem Leben gesehen habe, mit einer garstigen jüdischen Physiognomie.“

Marx 1853:

„Die Deutschen und die Skandinavier, die beide zu der gleichen großen Rasse gehören, bereiten nur den Weg für ihren Erbfeind, den Slawen, wenn sie miteinander streiten, statt sich zu verbinden.“

Karl Marx 1854 zum Islam:

„Der Islam schafft einen Zustand permanenter Feindschaft zwischen Muselmanen und Ungläubigen.“

Marx ergoss seine Menschenverachtung nicht nur zu Lebzeiten über seine Mitbürger und Familienangehörigen. Er ist außerdem der geistige Brandstifter für alle kommunistischen Gewaltherrschaften in Vergangenheit und Gegenwart. Im Namen des Marxismus wurden von Lenin, Stalin, Pol Pot, Mao, Mengistu, Kim Jong-un und anderen rund 100 Millionen Menschen getötet. Keine andere politische Ideologie forderte mehr Opfer.

Die Sachlage ist klar. Bitte ändern sie den Namen umgehend! Wir freuen uns über Ihre Einladung zur Umbenennungsfeier!

** alle Beispiele aus dem Buch und Hörbuch "Marx & Engels intim" mit Gregor Gysi, Harry Rowohlt und Anna Thalbach*

Besonderer Silikonring soll Frühgeburten vermeiden

Jedes Jahr sterben weltweit Hunderttausende Babys, weil sie zu früh geboren werden. Eine israelische Erfindung soll dabei helfen, Frühgeburten zu verhindern.

(Israelnetz) Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden weltweit jedes Jahr rund 15 Millionen Babys zu früh geboren. Mehr als eine Million von ihnen überleben diese frühe Geburt nicht. Das israelische Unternehmen „PregnanTech“ hat nun ein Gerät entwickelt, das Frühgeburten verhindern soll.

Bei dem Produkt mit dem Namen „Löwin“ handelt es sich um einen Silikonring mit einer besonderen Struktur. Durch einen einfachen Eingriff wird dieser um den Gebärmutterhals platziert. Eine Narkose der werdenden Mutter ist nicht nötig. Unter anderem die spezielle Struktur des Rings unterscheidet ihn von bisherigen Pessaren zur Verhinderung von Frühgeburten. Sie sorgt dafür, dass der Ring an Ort und Stelle bleibt, so dass sich der Gebärmutterhals auch bei Kontraktionen nicht verkürzt und sich der Muttermund nicht öffnet.

Der Druck auf den Gebärmutterhals wird reduziert, was eine Frühgeburt um mehrere Wochen verzögern kann. Sollte es dennoch zu einer früheren Geburt kommen, wird bei dem Ring automatisch ein Freigabemechanismus ausgelöst.

Neue Studie in Großbritannien

Der Geschäftsführer von „PregnanTech“, David Schaschar, erklärte gegenüber der Zeitung „Jerusalem Post“: „Als Gynäkologe kenne ich das Ausmaß an Leid, das eine Frühgeburt für Neugeborene und Familien mit sich bringt, sehr gut. Jede zusätzliche Woche im Mutterleib ist entscheidend für die Entwicklung des Fötus. Allein eine zusätzliche Woche kann den Unterschied ausmachen und entscheiden, ob ein Baby gesund sein oder sein Leben lang an einer Vielzahl von Problemen leiden wird.“

Derzeit führt das Unternehmen eine klinische Studie mit Frauen durch, die kurz vor einer Entfernung der Gebärmutter stehen. Bei den Untersuchungen wird die Sicherheit beim Tragen des Silikonrings bewertet. Die bisherigen Ergebnisse seien erfolgreich.

Geplant ist eine weitere Studie mit schwangeren Frauen, bei denen das Risiko einer Frühgeburt besteht. Die Untersuchungen sollen am „King's College Hospital“ in London durchgeführt werden. Sie werden von führenden Geburtshelfern in Großbritannien unterstützt.

Hohe Kosten für das Gesundheitswesen

Schaschar weist darauf hin, dass sich Frühgeburten nicht nur auf die körperliche Gesundheit und Verfassung von Müttern und ihren Babys auswirkten. Auch Gesundheitseinrichtungen weltweit würden dadurch finanziell „nachteilig“ beeinträchtigt. So betrügen die Kosten für die Frühgeborenenversorgung etwa das Zehnfache der Kosten für die Pflege eines Neugeborenen, das nach neun Monaten zur Welt kam.

Laut Schaschar betrachten Ärzte in Israel und weltweit die „Löwin“ als Durchbruch. Bislang gebe es keine erfolgreiche Lösung, die Frühgeburten verhindern konnte. Ärzte versuchten dies immer wieder durch Medikamente, Hormone, einfache Pessare oder einen Verschluss des Muttermundes. Doch diese Methoden seien meist erfolglos oder nicht ausreichend gewesen.

2005: Vor 15 Jahren wurde Gaza den Araber geschenkt und Juden wurden von Juden vertrieben – für nichts und wieder nichts.

15 Jahre zurück wurden Gusch Katif und andere blühende jüdische Siedlungen im südlichen Gaza-Streifen im Rahmen eines einseitigen und umstrittenen Rückzug-Plans evakuiert und zerstört. In den folgenden Monaten wurde das Gebiet an die „Palästinensische Autonomiebehörde" übergeben. Seitdem sind Jahre 15 Jahre des ununterbrochenen Terrors der Hamas gegen Israel und jüdisches Leben vergangen. Gusch Katif bleibt mehr denn je ein Symbol einer politischen Fehlentscheidung und der nationalen Schande.

Von Evgenia Kravtschik

Im April 1982, drei Jahre nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages, wurden Avi und Lora Farhan mit ihren kleinen Kindern aus dem israelischen Städtchen Yamit im Nordosten der Sinai-Halbinsel zwangsumgesiedelt.

Am 14. August 2005 reservierte ich, ohne zu zögern, einen Platz im Bus der IDF, der um drei Uhr nachts aus Eschkol nach Elei Sinai (damals eine israelische Siedlung am Nordrand des Gaza-Streifens, - Anm. d. Übers.) fuhr. Am frühen Morgen des 15. August, auf dem großen Platz in Elei Sinai, wurde ich Zeuge eines surrealen Bildes – die Siedlung verschmilzt im dichten Nebel gemischt mit ätzenden Rauch: Teenager verbrennen Autoreifen.

Es ist noch sehr früh, und trotzdem schläft niemand in Elei Sinai. Am Vorabend fand im Bürgerzentrum eine Abschiedsveranstaltung statt. Und jetzt besprühen die Oberstufenschüler – die Augen rot von Schlafmangel und Tränen – den Asphalt; ich lese: „Elei Sinai – eine Familie". „Und jetzt unterliegt diese Familie der Liquidation": Das sagt, wie mit sich selbst redend, eine junge Frau neben mir. Sigal, so heißt sie, lebt hier seit 15 Jahren. „Wir haben drei Kinder", erzählt sie, „das jüngste war erst zwei Jahre alt, als wir hierher gekommen sind. Dass wir jetzt wie Hunde auf die Straße geworfen werden, nicht mal das ist so schrecklich; schrecklich ist, dass wir gewaltsam auseinandergerissen werden: Hier, in Elei Sinai, herrschte immer eine fröhliche, familiäre Atmosphäre, alle sind einander so nah wie Geschwister! Verzeihen sie…", Sigal wischt sich die Tränen vom Gesicht und geht. Einige Dutzend Meter von mir entfernt tritt aus dem Nebel eine Gruppe von Schülern heraus; ein Junge ist mit einer Decke umhüllt, das hat etwas Gespenstisches.

Auf dem Weg zu Familie Farhan überkommt mich ein seltsames Gefühl: In der Tat bin ich im Gespenster-Tal, dieses Städtchen ist agonisiert. Ein Teil der Bewohner, erzählen mir später die in der Synagoge versammelten Mütter, wollte nicht auf den „Tag des Jüngsten Gerichts" warten: Um den Kindern ein fürchterliches Trauma zu ersparen, fuhr man los, einfach weg – außer einem Hotelzimmer in Aschkelon bekam man nichts angeboten. „Mein Haus ist nicht zu verkaufen!" steht auf dem Tor eines Einfamilienhauses, das idyllisch im Grünen steht. Vor ein paar Monaten, als alles bereits beschlossen war, feierten die Anwohner den 23. Jahrestag der Gründung von Elei Sinai. Auf einer Wiese am Meer, in den rosa-goldenen abendlichen Sonnenstrahlen, sprach der Gründer der Siedlung, Oberst der Reserve Avi Farhan, Worte der Hoffnung aus. Der letzten Hoffnung; nicht auf die Regierung, sondern auf ein Wunder. Auf den Ewigen. Auf die Gerechtigkeit, die auf diesem von Gott gegebenem Land triumphieren wird.

Nein, der Ewige schenkte der verzweifelten, flehentlichen Bitte keine Beachtung, auch am vorigen Donnerstag nicht, als sich in Tel Aviv auf dem Platz der Könige Israels (1995, nach der Ermordung Yitzhak Rabins, wurde der Platz zu dessen Ehren in Rabinplatz umbenannt, - Anm. d. Übers.) über einer Viertelmillion unserer Landsleute versammelten. Der heutige Tag ist der letzte Tag. Der letzte Tag des Elei Sinai…

Ich gehe durch das sterbende Städtchen. Die Fensterscheiben vieler Häuser sind zerbrochen, es fehlen Türen, und so sind die Gebäude Skeletten

Eine vom Gaza-Abzug 2005 betroffene jüdische Familie trauert.

ähnlich, man kann durch sie hindurchsehen. An der Wand eins leeren Hauses steht: „Die israelische Regierung verkündet mit Bedauern den Tod der Demokratie." Wie eine Gedenkkerze, brennt im Eingang des Hauses eine Neonlampe. Daneben, an den Zaun angelehnt, steht eine aus dem Boden herausgerissene, entwurzelte Palme.

„Verzeihung, suchen Sie jemanden?" – eine leise männliche Stimme bringt mich zurück in die Realität.

„Ja, ich möchte zu Familie Farhan."

„Sie müssen hier rechts weiter… Warten Sie! Geht es Ihnen nicht gut?... Möchten Sie Kaffee? Ein Glas Wasser? Oder vielleicht Herztropfen?"

Ich zwinge mich zu einer Antwort, habe jedoch keine Stimme, bringe es nur zu einem kaum zu hörenden „nein danke". Der Mann reicht mir einen Fetzen Toilettenpapier: „Trocknen Sie ihre Tränen. Wir haben geschworen, nicht zu weinen."

„Ich weine nie, nie! Seit zwölf Jahren berichte ich über die palästinensischen Terrorattacken; es ist besser, sich nicht daran zu erinnern, was ich alles gesehen habe; ich stand in einer Blutlache, und trotzdem weinte ich nicht."

„Bitte trocknen sie Ihre Tränen; sie wollten doch Lora Farhan besuchen? Sie hat es heute am schwersten, man darf sie nicht noch trauriger machen: Sie und Avi mussten bereits eine Zwangsdeportation mitmachen, aus Yamit…"

Der Anker

Vor dem Haus von Avi und Lora Farhan stolpere ich fast über einen massiven Eisenanker. Später werde ich im Hof noch mindestens drei weitere Anker entdecken: Familie Farhan kam nach Elei Sinai, um für immer zu bleiben.

Es ist sieben Uhr morgens, die Haustür ist abgeschlossen. Es gibt keinen Container, keine Umzugskartons – nichts deutet darauf hin, was der Pressesekretär des US-Außenministeriums „Abzug von Truppen" nennt und in Israel verschämt „Evakuierung" heißt.

Ich sitze vor dem Haus und warte. Bald hört man die Stimme des Rabbiners über Megafon: „Meine Brüder und Schwestern, innerhalb der nächsten Stunde wird aus der Synagoge die Thorarolle herausgetragen: Ich warte auf euch. Itzig Levi, dich erwarte ich. Auch dich, Haim, auch dich, Ofer und dich, Avi Farhan."

Neben mir steht plötzlich ein älterer Kollege vom Fernsehen, ein Riese mit weißen Haaren. „Gestern habe ich die ‚Evakuierung' der Grabsteine vom Friedhof gefilmt", sagt er. „Ich war bei Militär, hatte im Krieg gekämpft, und trotzdem nichts dergleichen gesehen. Ich schäme mich, das zuzugeben, aber ich musste weinen wie ein Kind."

Es versammelten sich immer mehr Journalisten: In einer halben Stunde werden hier Offiziere der IDF eintreffen, um den Einwohnern Anordnungen für die Deportation zu übergeben, laut deren man binnen 48 Stunden die Häuser und das gesamte Gebiet freiwillig zu verlassen habe. Anderenfalls würde man mit Anwendung von Gewalt abgeschoben, dabei würde ein Drittel der zustehenden Geldentschädigung wegfallen. Sogar BAGAZ (der Oberste Gerichtshof Israels, - Anm. d. Übers.) bezeichnete diesen Gesetzparagraphen als „drakonisch"; verworfen wurde er jedoch nicht.

Um acht Uhr morgens tritt ein bärtiger Mann aus dem Haus der Farhans heraus; das ist Abraham Gersi, Avi Farhans bester Freund.

„Avi und ich haben gemeinsam als Fallschirmspringer gedient. Ich wohne im Kibbuz Bejt ha-Schita; meine Frau und ich kamen nach Elei Sinai, um Avi und Lora in dieser schweren Stunde beizustehen. Alle nächsten Freunde der Farhans kamen hierher."

„Was denken Sie als Reserveoffizier über diese Geschehnisse hier?"

„Ich werde Ihnen nicht als Offizier antworten, sondern als Jude: Niemand auf der Welt lässt so etwas zu! Niemand verhält sich so! Kein einziger Staat deportierte eigene Bürger, um dem Feind die bestellten Felder und dort erbauten Häuser zu überlassen. Zu meinem größten Bedauern und der Schande ist das heutige Israel ganz anders als es nach dem Sechstagekrieg war. Die Schwäche und Rückgratlosigkeit der Führung treffen die Nation am härtesten. Ich bin mir sicher, dass nach der schändlichen Flucht aus dem Gazastreifen und dem nördlichen Samaria viele meiner Landsleute, insbesondere junge Menschen, auswandern werden. Es gibt keinen Grund, hier zu bleiben und mit dem erniedrigenden Gefühl der Zugehörigkeit zu einer bezwungenen Nation zu leben."

Das Unvermeidliche lässt sich nicht verdrängen

Während wir mit Abraham reden, tritt Avi Farhan aus dem Haus heraus, grüßt trocken die Journalisten. Charismatisch, sonst immer voller Energie, ist Avi heute völlig anders. Man hat den Eindruck, dass er mit aller Kraft versucht, sich vom Gedanken an das Unvermeidliche abzulenken und dass es ihm nicht vergönnt ist.

Lora und ich begrüßen uns wortlos. Ich sehe das Wohnzimmer mit einer Vielzahl der Familienfotos an den Wänden; aus der Tiefe des Hauses hört man die Stimme der jüngsten, 11-monatigen Enkelin von Lora und Avi. 1982 suchte Minister Ariel Scharon persönlich einen Ort aus, wo die aus Yamit deportierten Menschen eine neue Siedlung gründen können. Und dieses Haus, dachten die Farhans, würde für die Ewigkeit gebaut.

Wir begeben uns zur Synagoge, die Männer gehen voran. Unterwegs sagt die Frau von Abraham Gersi: „Schaut, eine Bibliothek! Was wird denn jetzt aus ihr? ...“

Synagoge: Zum Abriss freigegeben

In der Synagoge versammelten sich alle Einwohner. Einige Schritte von hier entfernt steht bereits der Bus, der die Soldaten herbrachte, dennoch lässt sich der Rabbi Zeit: Er betet und gedenkt namentlich jedes einzelnen der Freunde und Angehörigen, die gefallen sind oder alters- sowie krankheitsbedingt in Elei Sinai verstorben sind. Mit jedem Namen hört man aus der Frauenhälfte des Raums das Schluchzen, wie auf einer Beerdigung.

Ein Mann – Vater? Großvater? – mit Tränen im Gesicht drückt jemand einen laut weinenden Jungen an sich. Einer der Männer sinkt plötzlich zu Boden.

„Er ist bewusstlos!“. „Soll ich die Ambulanz rufen?“ – frage ich den neben mir stehenden bekannten Sänger Ariel Silber; es ist nicht so lange her, als er aus Protest gegen die Deportation nach Elei Sinai kam.

„Nicht nötig, der Arzt ist hier, zusammen mit den Anderen…“

„Brauchen Sie einen Arzt?“ – zu uns eilt einer der Offiziere, die herkamen, um die Deportation durchzuführen.

Währenddessen warnen die Oberstufenschüler: „Soldaten versuchen, die Synagoge zu besetzen!“ In der Tat, manche Soldaten, die momentane Verwirrung ausnutzend, befinden sich bereits in der Synagoge.

„Seien sie so nett, lassen sie uns in Ruhe und verlassen sie diese Räume“, spricht Oberst Farhan sie entschieden an und führt sie zur Tür.

Ich trete ein. Der ältere Mann ist wieder bei Bewusstsein, man gibt ihm zu trinken. Avi und Lora mit dem Sohn und zwei ihrer Töchter umarmen sich und gehen in Richtung ihres Hauses. Ich sehe, wie Lora zittert.

Vor Loras Augen wird immer dieses eine Bild stehen, immer und immer wieder denkt sie daran zurück, als sie am Tag der Deportation aus Yamit die Töchter – Michal (14), Ganit (12) und Keren (10) – alleine zuhause ließ und zusammen mit Avi ins Zentrum der Siedlung ging, zu einem Monument. Jemand aus der Siedlung rief ihnen zu: „Was macht ihr hier? Die Soldaten stehen schon vor eurem Haus!“ Avi und Lora rannten nach Hause und sahen von weitem, wie Soldaten das Haus umkreisen, eine dichte, starre, regungslose Kette. Hinter dem niedrigen Zaun standen die Töchter. Sie hatten bereits verkündet: „Dieses Haus wird nicht betreten, bevor unsere Eltern zurück sind.“ Und die Soldaten hatten nicht genug „Kampfgeist“, um über den Zaun zu schreiten.

Und heute? Wird sie die gleiche Situation erneut erwarten? Nur würden sich diesmal auch die Enkel den Soldaten in den Weg stellen…

Im Namen des Staates Israel...

Die Prozession – sie erinnert an eine Trauerprozession – erreicht das Haus der Farhans. Inzwischen stehen draußen die Umzugskartons, der Fernseher, die Waschmaschine. Lora umarmt die Nachbarin, beide weinen. Die Atmosphäre ist wie auf einem Friedhof vor der frisch ausgehobenen Grabstätte. Die Nachbarn – Ilana und David Ben Schimon – sitzen schweigend am Eingang ihres leeren Hauses, die Möbel sind bereits weg. David führt Avi und mich hinein; an der Wand im ehemaligen Wohnzimmer lese ich mit einem schwarzen Stift geschriebene Zeilen: „Ich muss euch hassen, denn ihr habt mich des Allerliebsten beraubt. Ihr konntet mich vertreiben, und dennoch heißt das nicht, dass dieser Ort, mit dem mich so viele Erinnerungen verbinden, aufhört, mein Zuhause zu sein.“

Avi Farhan spricht mit Soldaten

In einem anderen Zimmer steht: „Wir haben dieses Haus zu viert bezogen: Vater, Mutter und zwei Kinder. Im Laufe der Jahre wurden wir sechs. Wir träumten davon, hier, in diesem Haus unsere eigenen Familien zu gründen. Unser Traum wurde vernichtet. Mit größtem Bedauern, Familie Ben Schimon.“

Wir gehen hinaus, auf die Straße. Ja, sie warten längst auf die Farhans: Eine Gruppe Soldaten und Polizisten, geleitet von einem Oberst. Diesmal ist es Farhans mittlere Tochter, Ganit, die die Nerven verliert und beginnt, bitterlich, laut zu weinen.

Avi Farhan spricht: „Ich bin Oberst der Reserve; ich habe das schon einmal erlebt, in Yamit. Euch trifft keine Schuld: Sie müssen diese demütigende Mission durch den Beschluss der Regierung und der Knesset durchführen. Als Oberst der Reserve versichere ich Ihnen: Die Ereignisse der letzten Tage werden als eine der dunkelsten Seiten nicht nur in die Geschichte des Staates Israel eingehen, sondern in die gesamte Geschichte des jüdischen Volkes. Die israelische Regierung merzt jüdische Siedlungen aus, völlig nutzlos für die Zukunft des Landes. Dies begann in Yamit, hier, in Elei Sinai, geht es weiter. Ich weiß nicht, wann es uns gelingt, diesen, für die Nation zerstörerischen, Prozess zu stoppen; ich kann nur die Hoffnung aussprechen, dass Sie, ihren Militärdienst quittieren, auf unserer Seite stehen werden.“

Der junge Oberst hört zu und schweigt regungslos, ein junger Journalist neben ihm kann hingegen die Tränen kaum verbergen, das Diktafon in seiner Hand zittert.

Avi fährt fort: „Es ist schwer zu glauben, dass die israelische Verteidigungsarmee“, (das Wort „Verteidigung“ betont Avi nachdrücklich) „eine umfassende Militäroperation, einschließlich Informationsbeschaffung, Ausrüstungstraining und Kampfübungen durchführt, die zum Ziel die Deportation jüdischer Bürger hat. Mein einziges Gefühl dabei ist – Scham.“

Beim Wort „Scham“ fließen Tränen über das Gesicht von Ofer, dem jüngsten Sohn der Farhans.

Er sagt: „Ich bin Soldat der Reserve bei der Golani-Brigade. Ich hätte nicht an einer solchen ‚Militäroperation‘ teilnehmen können.“

Sein Vater hält jetzt die israelische Flagge in den Händen; er hat sie in Yamit vor der Zerstörung der Siedlung von der Fahnenstange genommen.

„Ich trage diese Fahne schweren Herzens, aber erhobenen Hauptes“, sagt Avi Farhan. „Denn neben mir stehen mein Sohn Ofer und mein Enkel, die hier in Elei Sinai geboren wurden. Ich werde diese Fahne von der Stange nehmen und zu Fuß nach Jerusalem gehen, genau so, wie ich es vor 23 Jahren machte. Aber diesmal werden mich nicht nur meine Kinder, sondern auch meine Enkel begleiten.“

„Wir haben schon einmal eine Deportation erleben müssen, unser Haus wurde niedergerissen; wird das jetzt wieder passieren?“, weint Lora.

„Scharon soll hierherkommen und mir in die Augen schauen“, sagt der Nachbarsjunge unter Tränen. „Wie könnt ihr dieses Verbrechen gegen das eigene Volk unterstützen?“, ruft er den Soldaten zu.

Satellitenbild des Gazastreifens vor 2005 mit Gusch Katif im Südwesten (blau markiert).

Gleich mehrere Frauen stürzen sich auf ihn: „Hör‘ auf! Wir dürfen die Soldaten nicht dazu drängen, Befehle zu missachten! Unser Schicksal ist besiegelt!“

„Aber ich habe kein anderes Land, kein Jischuv mehr!“, der junge Mann kann nicht aufhören, zu weinen.

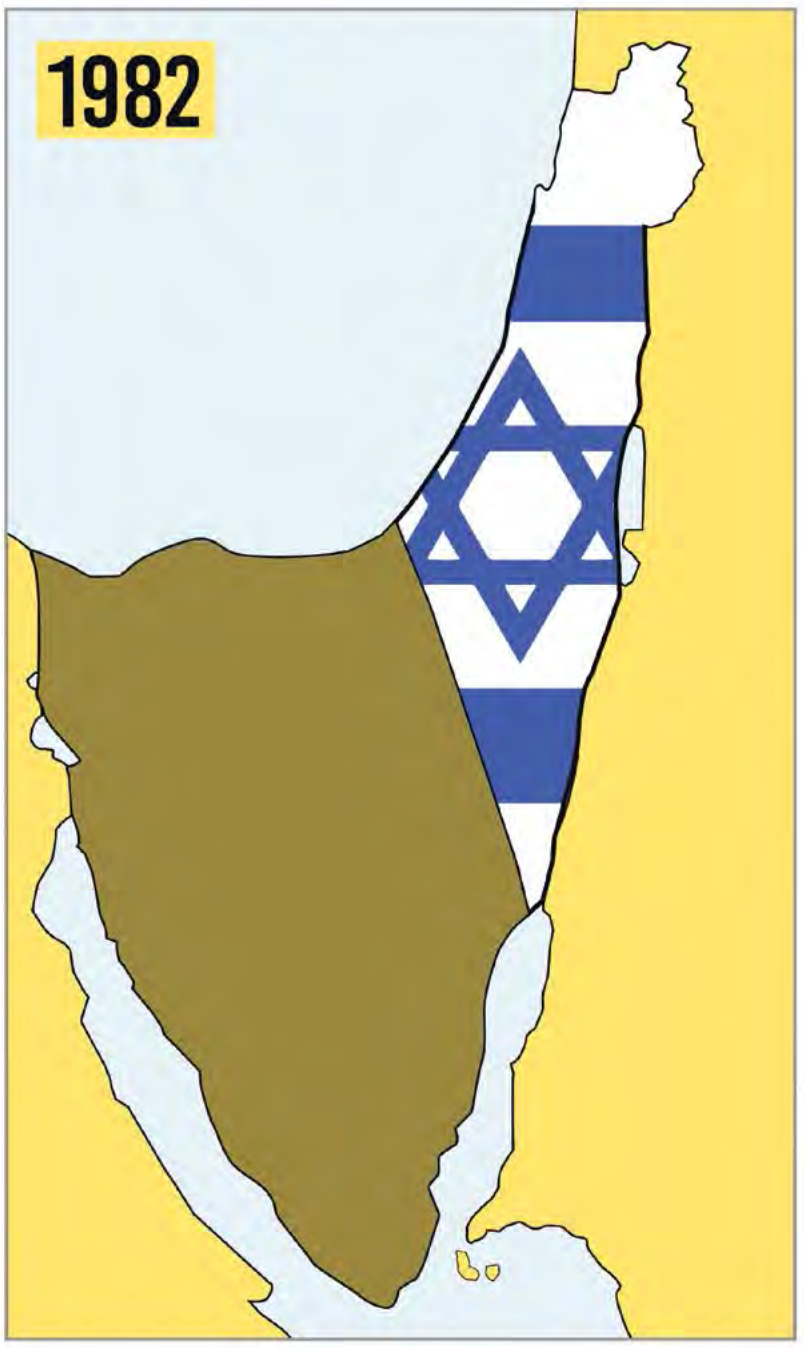
Ariel Scharons Plan wird realisiert. Aber zu welchem Preis?

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

LAND FÜR KEINEN FRIEDEN

ISRAELS KAUM GEDANKTE LANDGESCHENKE AN DIE ARABER SEIT 1982 BIS HEUTE

1967 Im von den arabischen Staaten provozierten Sechstagekrieg kann Israel die Golanhöhen von Syrien und die Sinai-Halbinsel von Ägypten unter seine Kontrolle bringen.



1982 Israel schenkt Ägypten die Sinai-Halbinsel im Tausch gegen einen Friedensvertrag. Um die Bedrohung durch die im Libanon sitzende PLO einzudämmen, nimmt Israel den Süd-Libanon ein.

2000 Israel zieht sich freiwillig aus dem Süd-Libanon zurück. Das Vakuum wird von der Hisbollah gefüllt, die von nun an den Norden Israels mit Raketen beschießt. Ab 1994 haben die „palästinensischen" Araber dank Israel erstmals Autonomie.

2005 bis heute Israel zieht sich freiwillig aus dem Gaza-Streifen zurück. Das Vakuum wird von der Hamas gefüllt, die von nun an den Süden Israels mit Raketen beschießt.

Jüdische Rundschau / Angi Walch

Die vergessenen säkularen Terrororganisationen der „Palästinenser“

Neben den islamischen Terroristen von Hamas, Hisbollah und „Islamischer Dschihad“ sind die weltlichen „palästinensischen“ Mörderbanden von PFLP und DFLP trotz ihrer umfangreichen Terroraktivitäten und der hohen von ihnen verursachten Opferzahlen nahezu vergessen.

Von Tina Adcock

Kommt man heutzutage auf „Palästinensische Terrororganisationen“ zu sprechen, so denken die meisten Menschen bei dem Begriff als allererstes an die den Gazastreifen regierende radikal-islamische Hamas und den „palästinensischen“ „Islamischen Dschihad“ (PIJ). Dies dürfte vor allem daran liegen, dass in den letzten Jahren die Proteste in Gaza an der Grenze zu Israel und die mannigfachen Raketenbeschüsse von Seiten der beiden Terrororganisationen in den deutschen Medien für Aufsehen gesorgt haben.

Die Ideologie der beiden Gruppierungen fußt zu einem Großteil auf dem Fundament des islamischen Extremismus. Es gibt allerdings auch noch andere Organisationen, die der Spielart des „palästinensischen“ säkularen Terrorismus zuzuordnen sind und die trotz der von ihnen zahlreich verübten Terroranschläge weitaus weniger bekannt sind: Fatah, „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP), „Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando” (PFLP-GC) und die „Demokratische Front zur Befreiung Palästinas“ (DFLP).

Vor allem der arabische Nationalismus, der mit der islamischen Intellektuellenbewegung und der kulturellen Revolution Ende des 19. Jahrhundert entstand, spielt eine wichtige Rolle. Zwei primäre Ziele sind hierbei insbesondere hervorzuheben: Die Unabhängigkeit und Einheit. Konkret umfasst dies die Unabhängigkeitsbewegungen der verschiedenen arabischen Staaten und den pan-arabischen Traum, nach dem alle Muslime, Araber und arabischsprachigen Gruppen in einem arabischen Nationalstaat zusammenleben sollen. Eine weitere wichtige Komponente dieser Ideologie ist das Streben nach der Beseitigung jeglicher kolonialer Fragmente in der arabischen Welt, wenn nötig mit Gewalt.

Dem arabischen Nationalismus zu Folge ist Israel eine koloniale Besatzungsmacht, die über arabisches Land herrscht. Es handelt sich hierbei also um einen Kampf zwischen dem „palästinensisch“-arabischen Nationalismus und dem Zionismus. Hinzu kommt eine religiöse Komponente, die vor allem bei der Hamas und dem „Islamischen Dschihad“ zu finden ist. Laut dieser ist es ein Affront, dass Juden, also sogenannte Dhimmis, über Muslime herrschen. Dies kann wiederum als Konflikt zwischen einem arabisch-islamischen und einem jüdischen Staat verstanden werden und spiegelt die theologische Komponente wider, die beim „palästinensischen“ säkularen Terrorismus kaum eine Rolle spielt.

Die PLO kam erst nach der Fatah

Die im Jahr 1959 von den damaligen Studenten Jassir Arafat, Chalid el-Wesir, Saleh Kahlen und Faruk al Kaduwi gegründete Fatah hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Israel mit Waffengewalt zu bezwingen und auf seinen Trümmern einen „palästinensischen“ Staat zu errichten. Dies wird bereits im Namen der Organisation deutlich, da das Wort „Fatah“ ein Akronym ist und „Eroberung“ bedeutet. Die im Jahr 1964 gegründete „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO), welche von der Arabischen Liga und dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdul Nasser hauptsächlich koordiniert wurde, war der Fatah ein Dorn im Auge, insbesondere, da ihre Organisation unter den „Palästinensern“ weitaus weniger Popularität genoss. Trotzdem schlossen sie sich nach dem Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 der PLO an und residierten fortan als eine der vielen Tochterorganisationen an ihrer Seite. Als Vorbilder der Fatah galten die „Front de Liberation National“, die mittels ihres bewaffneten Widerstandes den französischen Kolonialismus in Algerien beendet hatte und die Schriften des Revolutionärs Franz Fanon. Aufgrund der fehlenden Unterstützung von Seiten Nassers begaben sich die Anführer der Fatah nach Kuwait und Katar, und lenkten von dort aus den militärischen Arm der Organisation in Gaza und im Westjordanland, al-Asifa (der Sturm), der im Jahr 1995 durch „Tanzim“ (die Organisation) ersetzt wurde. Später verlagerten Arafat und die anderen Anführer ihren Lebensmittelpunkt nach Jordanien und sie fusionierten im Jahr 1968 endgültig mit der PLO. Im selben Jahr kam es zwischen der Organisation und den israelischen Streitkräften zur sogenannten Schlacht von Karameh, die heute noch in der „palästinensischen“ Gesellschaft glorifiziert wird. Nur kurze Zeit später übernahm Arafat die Führung der PLO.

Souhaila Andrawes war 1977 als Mitglied der PFLP an der Entführung des deutschen Flugzeuges „Landshut“ beteiligt. Sie war nach der Befreiung durch die GSG 9 die einzige Überlebende der Terroristen, die zuvor den Kapitän Jürgen Schumann ermordet hatten.

> „Nach dem Fall der Sowjetunion kam der arabische Schwenk vom Sozialismus zum Islamismus.“

Flugzeugentführungen und der israelische Einmarsch im Libanon 1982

Als die PFLP im Jahr 1970 erfolgreich drei Flugzeugentführungen in Jordanien durchführte, entschied der jordanische König Hussein gegen die vielen „palästinensischen“ bewaffneten Terrorgruppen gewaltsam vorzugehen, was als „Schwarzer September“ in die Geschichte eingehen sollte. Daraufhin verlagerte die PLO ihr Hauptquartier in den Libanon. Vor allem die PFLP, die mit ihren internationalen Terrorattacken einige Aufmerksamkeit auf sich zog, galt bereits in frühen Jahren als starker Konkurrent der Fatah in der PLO. Dieser Faktor und die Rachegelüste gegenüber Jordanien führten zur Gründung der Terroreinheit „Schwarzer September“, die vor allem durch die Ermordung des jordanischen Premierministers Wasfi Tal und den Terroranschlag auf die israelischen Olympioniken in München 1972 traurige Berühmtheit erlangte. Die Fatah breitete sich im Laufe der Zeit immer weiter im Libanon aus, sodass der Süden des Landes als „Fatahland“ bekannt wurde. Seit den 1970er Jahren konzentrierte sich die Gruppe primär auf Angriffe auf den Norden Israels anstatt sich dem internationalen Terrorismus zuzuwenden. Als Reaktion auf die anhaltenden Angriffe, das Eindringen in israelisches Territorium und die Geiselnahmen von Seiten durch verschiedene „palästinensische“ Terrororganisationen griff der jüdische Staat im Jahr 1978 und 1982 zu den Waffen und marschierte in den Libanon ein.

Die Odyssee der PLO durch die arabischen Länder

Die Spitze der Fatah und PLO floh daraufhin nach Tunesien, Algerien, in den Jemen und den Irak, was ihre Position im Westjordanland und Gaza weiter schwächte. Dies änderte sich allerdings wieder im Zuge der Intifada im Jahr 1987. Die PLO erregte mittels dieses gewaltsamen Aufstandes internationale Aufmerksamkeit und wandte sich immer weiter der politischen Weltbühne zu, was schlussendlich zu den Verträgen von Oslo 1993 und der Schaffung der „Palästinensischen Autoritätsbehörde“ (PA) führte. Laut der Oslo-Verträge sollte eine Voraussetzung für die Schaffung eines „palästinensischen“ Staates ein gemeinsames Vorgehen der „Palästinenser“ mit den israelischen Streitkräften gegen den Terror sein. In der Konstitution der Fatah ist jedoch nach wie vor zu lesen, dass die Zerstörung Israels eines der primären Ziele ist, und auch die Terroranschläge wurden nicht gestoppt, sondern werden vielmehr nach der „Pay-for-Slay“-Methode finanziell unterstützt.

Während der zweiten Intifada, im Jahr 2000, ermutigten Fatah-Mitglieder die „Palästinenser“ dazu, Terroranschläge auf israelische Zivilisten zu verüben. Zur selben Zeit gründete sich eine weitere Splittergruppe der Fatah, die Al-Aksa-Brigade. Dass die PA-Führung die Beschlüsse der Oslo-Verträge missachtete und sich sogar auf einen Angriff auf Israel vorbereitet, war jedoch spätestens nach ihrer Verwicklung in den Waffenschmuggelversuch mittels des Karine-A-Schiffs im Jahr 2002 klar.

Die kommunistische PFLP wurde von einem Christen gegründet

Die PFLP, auch als „Roter Adler“ bekannt, ist nach der Fatah die zweitgrößte Gruppierung der PLO. Sie wurde als direkte Folge des Sechs-Tage-Krieges im Jahr 1967 durch George Habash, einen christlichen Araber, gegründet. Die PFLP vereint drei Aspekte: (1) Die

Arabische Einheit, (2) die „palästinensische“ Einzigartigkeit, (3) die marxistisch-leninistische Philosophie. Das primäre Ziel der Organisation ist es, alle „Palästinenser“ unter eine marxistisch-säkularen Regierung zu vereinen und ganz „Palästina“ von den zionistischen Kolonialherren zu befreien. Eines der Vorbilder der PFLP sind die Guerilla-Lehren von Fidel Castro. Verhandlungen mit Israel werden kategorisch abgelehnt und terroristische Aktivitäten befürwortet und unterstützt. Ihrer Vorstellung nach soll, nach der Befreiung „Palästinas“, die ganze Arabische Welt unter einer marxistischen Führung geeint werden. Bereits kurz nach ihrer Gründung und der Niederlassung der Führungsspitze in Jordanien wurde die PFLP als eine der gewaltbereitesten „palästinensischen“ Terrororganisationen bekannt, die sich zunehmend auf den internationalen Terrorismus spezialisierte.

Die Logos der weltlichen „palästinensischen“ Terrororganisationen DFLP (links) und PFLP (rechts).

Bomben in Flugzeugen und Schulbussen

Nach einer Reihe interner Auseinandersetzungen spaltete sich die Gruppe im Jahr 1970 in die PFLP, die PFLP-GC und die DFLP auf. Die PFLP-GC waren u.a. der Meinung, dass die PFLP sich zu sehr auf die politischen Aspekte der Gruppierung konzentrieren würde. Ihr Ziel war es hingegen, den primären Fokus auf die gewaltsame Auseinandersetzung mit Israel zu legen. Zu den dramatischsten Anschlägen zählt der Sprengstoffanschlag auf ein Flugzeug der Swissair am 21. Februar 1970. Das Flugzeug nahm Kurs auf Tel Aviv als die Detonation einer Bombe allen 47 Menschen an Bord das Leben nahm. Ein weiteres Beispiel ist der Terroranschlag auf einen israelischen Schulbus im Jahr 1970. Die PFLP-GC beteiligte sich ebenfalls aktiv am Bürgerkrieg im Libanon in den frühen 1980er Jahren und attackierte US-Truppen in Beirut.

Die DFLP hingegen stieg sehr schnell zur drittgrößten Gruppierung unter den zahlreichen PLO-Fraktionen auf und forderte die Revolution der Arbeiterklasse, welche allerdings zu einem demokratischen Einheitsstaat für Juden und Araber führen sollte. Ab 1973 änderte sich diese Haltung jedoch und eine „Zweistaatenlösung“ wurde zur favorisierten Lösung erklärt. Abgesehen von der demokratischen Pointe stand die DFLP in Hinblick auf Terrorakte gegen zivile und militärische Ziele ihren Schwesterorganisationen in nichts nach. Im Jahr 1993 spaltete sich die Gruppierung in die „Palästinensische Demokratische Union“ (FIDA) auf, welche, im Gegensatz zur DFLP, Arafat zumindest nicht völlig ablehnte und im Jahr 2000 sogar als offizielle Delegation bei den Verhandlungen von Camp David teilnahm.

Der Gründer der PFLP, George Habash, begann während der Zeit der Spaltung der Organisation damit, Verbindungen zu anderen linken Terrororganisationen zu knüpfen, wie z. B. der RAF, was unter anderem zu der Flugzeugentführung der „Landshut“ führte, bei der PFLP-Mitglieder die Freilassung der Bader-Meinhof-Gruppe erreichen wollten, sowie zu der sogenannten „Operation Entebbe“, bei der sowohl PFLP-, als auch RAF-Mitglieder eine Maschine der Air France entführten und die Freilassung von 53 in Israel, der Schweiz, Deutschland und Frankreich inhaftierten „Palästinensern“ forderten.

Während der ersten Intifada (1987) verübte die PFLP zahlreiche Terroranschläge gegen Israelis, die in Judäa und Samaria lebten. Nach der Unterzeichnung der Oslo-Verträge trennte sich die PFLP formell von der PLO, da sie, wie bereits erwähnt, jegliche Verhandlungen mit Israel ablehnt und kehrte erste im Jahr 1999 zur Fatah zurück. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem damit einhergehenden Fall der Sowjetunion, verloren die linksradikalen Terrororganisationen an Bedeutung und Einfluss. An ihre Stelle trat die radikal-islamische Hamas und der „Islamische Dschihad“. Aus diesem Grund rückte die PFLP von ihrer marxistisch-leninistischen Position ab und strebt heute nach einem „demokratisch-sozialistischen“ „palästinensischen“ Staat. Dem vormaligen Anführer der PFLP, George Habash, folgte Abu Ali Mustafa, dem es gelang, das Hauptquartier der Organisation von Syrien nach Ramallah zu verlegen und während dieser Zeit zahlreiche Terroranschläge gegen Israelis zu verüben. Nach seiner Liquidierung im Jahr 2001 durch die israelische Armee, folgte Ahmad Sadat als Anführer der PFLP. Unter seinem Kommando wurde u. a. der damalige Tourismusminister Rechavam Zeev ermordet.

Bis heute sind die beschriebenen „palästinensischen“ Splitterorganisationen aktiv und umso wichtiger ist es, ihre Existenz und ihre Ideologie zu verstehen. Denn, wie ein altes deutsches Sprichwort verlautet: „Wer den Feind und sich selber kennt, kann ohne Gefahr hundert Schlachten schlagen.“

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Die Hagia Sophia und der jüdische Tempel von Jerusalem

Die Umwandlung der okkupierten größten Kirche der Ost-Christen in eine Moschee erregt nicht annähernd so viel Empörung wie die nicht einmal angedachte Rückwidmung des jüdischen Tempelberges zu seiner ursprünglichen und legitimen Bestimmung.

Von Anastasia Iosseliani

BULENT KILIC, AFP

Die Hagia Sophia ist um viele Jahrhunderte älter als der Petersdom in Rom.

Geehrte Leser,
gewiss fragen Sie sich, was die Hagia Sophia mit dem jüdischen Tempel, der einst auf dem Tempelberg in Jerusalem stand, gemeinsam hat. Nun, es ist ganz einfach: Seit geraumer Zeit werden wir Juden beschimpft, bedroht und gar umgebracht wegen des Verdachts, dass Israel anstelle der Al-Aksa-Moschee und des Felsendoms den Tempel wieder aufbauen wolle. Wegen der Umwidmung der wichtigsten Kirche der Ost-Christen aber, der Hagia Sophia, zur Moschee geschieht - nichts. Man lässt Erdogan gewähren, während er, besessen vom osmanisch-islamischen Imperialismus, die Säkularität der türkischen Republik praktisch beerdigt.

Offensichtlich sehen zivilisierte Staaten sein Verhalten, der sich als neuer Sultan und Kalif und somit als Führer aller Gläubigen sieht, als eine Art Folklore an. Deshalb ignoriert und relativiert man den Wahnsinn, der dieser Tage aus Ankara und Istanbul kommt, und hofft darauf, dass die schon beim Regime der Islamischen Republik Iran gescheiterte Politik des «kritischen Dialogs» und des «Wandels durch Annäherung» diesmal funktionieren möge. Gerade beim «Wandel durch Annäherung» fragt sich unsereiner immer noch: Warum sollte jemand, der moralisch nicht vollkommen verwahrlost ist, überhaupt eine Annäherung in irgendeiner Form an das AKP-Regime wollen?

Mit der türkischen Besatzung Zyperns haben sich alle abgefunden

Was Erdogan selbst angeht, der sich zu allem Übel auch noch gerne griechische Inseln einverleiben würde, so muss man bedenken, wie schlecht es um die Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen und die Rechte von Minderheiten in der Türkei im Besonderen steht, und wie die offizielle Türkei Gebäude wie Kirchen und Klöster, die nicht in Moscheen umgewandelt werden konnten, verrotten lässt, um dann das nicht-türkische, vorislamische kulturelle Erbe der Region verleugnen zu können. Es soll auch nicht vergessen werden, dass die Türkei immer noch Nord-Zypern okkupiert und dort ein Marionettenregime installiert hat. Erdogans Politik zeigt, dass er ein Heuchler ist. Wenn Juden Land besitzen, ist das böse. Wenn sich die Türkei, dank der untergegangen Sowjetunion, die Wiege der georgischen Zivilisation einverleibt und Nord-Zypern und die Kurdengebiete okkupiert, so ist das zu begrüßen.

Aber nicht nur Erdogan misst mit zweierlei Maß: Auch die, die konstant den Juden unter den Staaten, Israel, wegen angeblicher Mängel kritisieren und dabei Elendsgestalten wie Erdogan, Chamenei und andere Potentaten aus der MENA-Region ignorieren, praktizieren einen «Rassismus der niedrigeren Erwartungen» gegenüber Muslimen und Menschen mit Wurzeln in der MENA-Region. Gleichzeitig fördert man mit diesem Rassismus auch Antisemitismus. Denn während man, angestachelt durch seine ureigenen Ressentiments, sein Mütchen an Israel kühlt, wächst und gedeiht der Antisemitismus in der Türkei und in Europa.

Man muss nur daran denken, wie «Israelkritiker», nämlich mit Schaum vor dem Mund, sich darüber echauffieren, dass sich Juden auf dem Tempelberg bewegen, möglicherweise gar beten! Und in Israel wird darüber diskutiert, ob man den Tempel, der durch die Römer zerstört wurde, wieder aufbauen soll oder nicht. Genau diese «Israelkritiker» sind auf Tauchstation gegangen, als Erdogan die Hagia Sophia in eine Moschee umwandeln ließ und diese Umwandlung mit einer pompösen Feier begangen wurde. Denn wohin die Reise geht, sollte jedem, der kein Apologet des politischen Islam ist, klar sein, da nun selbst die alles andere als konservative «Zeit» darüber berichtet hat, wie der islamischen Regierung nahestehende Kreise in der Türkei reagiert haben.

Kulturzerstörer gegen Buddhismus und Christentum

Im Beitrag «Mit einem Schwert in der Hand» vom 24. Juli 2020 wird geschildert, wie ein Historiker der Universität Sakarya gefordert hat, die prächtigen Mosaiken in der Hagia Sophia zu zerstören, weil es für Muslime nicht zumutbar wäre, unter dem Bildnis einer «Hure» zu beten. Damit ist das Bildnis der byzantinischen Kaiserin Zoe gemeint, die während ihrer Herrschaft im 11. Jahrhundert nicht nur mehrere Ehemänner gehabt hatte, sondern der auch mehrere außereheliche Verhältnisse nachgesagt wurden. Das Zerstören von unbezahlbaren Mosaiken, die zum Kulturerbe der Menschheit gehören, wie es die Taliban mit den Buddha-Statuen in Bamiyan gemacht haben, gehört wohl zum Selbstbild der «neuen Türkei» unter dem Möchtegern-Sultan.

Währenddessen wächst und gedeiht, hüben wie drüben, Antisemitismus wie Unkraut. Dies lässt sich schon daran beobachten, wie Juden behandelt werden – wegen jüdischer Präsenz auf dem Tempelberg. Der Rabbiner und Likud-Politiker Yehuda Glick wurde angeschossen und hat nur mit großem Glück – Menschen wie Rabbi Glick würden sagen mit Gottes Hilfe – den Anschlag auf sein Leben und seine Gesundheit überlebt. Dies geschah nur, weil sich Yehuda Glick dafür engagiert, dass Juden auf dem Tempelberg beten dürfen. Wie es Muslimen momentan gestattet ist. Yehuda Glick hat weder zur Gewalt gegen Muslime angestachelt, noch wollte er ihnen etwas wegnehmen – er wollte Gleichberechtigung für Juden und Muslime auf dem Tempelberg und das Engagement für diese Gleichberechtigung hat ihn fast sein Leben gekostet.

Scharon auf dem Tempelberg

Damit ist Herr Rabbiner Glick nicht allein. Seit geraumer Zeit werden Juden beschimpft, bedroht und man versucht sie zu töten, wenn sie auf dem Tempelberg beten wollen. Man möge sich nur die Reaktion der Araber auf den Besuch von Ariel Scharon auf dem Tempelberg in Erinnerung rufen: die zweite Intifada! Eine Serie von Terroranschlägen, bei denen an die 700 jüdische Zivilisten gestorben sind, weil Ariel Scharon, der damals Oppositionspolitiker war, in Begleitung von 100 Polizisten und abgestimmt mit dem Sicherheitschef Jibril ar-Radschub, die Jerusalemer Altstadt besucht und den Tempelberg betreten hat, und Terroristen von PLO, Hamas und «Islamischem Dschihad» dies mit Gemetzel beantworten mussten.

Nun kann man diese Reaktionen mit der Reaktion der zivilisierten Welt auf die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee vergleichen. Fällt etwas auf? Weder gibt es Morde an Muslimen, noch wird zu Gewalt gegenüber Muslime aufgerufen wegen der Hagia Sophia. Stattdessen bemüht sich die zivilisierte Welt darum, die Situation zu beruhigen während Despoten wie Erdogan Öl ins Feuer giessen. Man redet immer noch von Diplomatie, von einem «kritischen Dialog», der bei im Wahn gefangenen Regimen offensichtlich nicht funktioniert, und von einem «Wandel durch Annäherung». Dieses Recycling von offensichtlich gescheiterten Methoden im Umgang mit der Türkei lässt mich entsetzt zurück. Denn so demonstrieren zivilisierte Staaten, dass sie nur Papiertiger und im Umgang mit gefährlichen und autokratischen Regimen maßlos überfordert sind. Dies, während der Jude unter den Staaten, bestenfalls die kalte Schulter gezeigt bekommt und im schlimmsten Fall wie ein Fussabtreter behandelt wird. Das wiederum führt dazu, dass Antisemitismus, im Gewand der Israelkritik, weiterhin Urstände feiern kann und es für Juden weltweit, mit Spaziergängen auf dem Tempelberg oder ohne, immer gefährlicher wird.

Das kleine Israel und seine 66 Nationalparks

Die Kulturnation Israel hat auch zahlreiche Naturschätze zu bieten – die JÜDISCHE RUNDSCHAU stellt die schönsten dieser Reservate vor.

Von Dr. Nikoline Hansen

Dass Israel zwar ein junges Land, aber eines mit bewegter Geschichte ist, weiß jeder. Dass Israel aber ein Land ist, das sich mit großem Engagement dem Naturschutz widmet, ist nur Eingeweihten bekannt. Dazu trägt nicht nur der jüdische Nationalfond JNF-KKL mit Aufforstung und dem Anlegen von Wasserreservaten entscheidend bei, sondern auch die Politik und nicht zuletzt der Tourismus. Wer die Natur liebt und eine Vielzahl unterschiedlicher Landschaften entdecken will, der sollte eine Reise zu den Naturreservaten Israels ins Auge fassen. Verwaltet werden diese von einer eigenständigen Behörde, der „Israel Nature and National Parks Protection Authority". Neben dem Erhalt der vielfältigen Flora und Fauna bekommen auch Touristen hier die Gelegenheit, einen Einblick in diese faszinierenden Naturlandschaften zu bekommen. Wer nicht in einer Gruppe mit einer Führung unterwegs sein kann, ist auch als Individualtourist ein gerngesehener Gast – mit dem „Israelpass" kann man ein Kombiticket für Eintritt und bei Bedarf auch öffentliche Verkehrsmittel erwerben.

Römertempel und ein Wasserfall

In vielen Parks, insbesondere in den größeren, die für Touristen besonders interessant sind, ist es inzwischen möglich, vor dem Besuch eine Einführung in die Geschichte des Ortes in Form eines kurzen Films anzusehen, der in verschiedenen Sprachen angeboten wird. So weiß man, was einen erwartet und ist gut auf den Besuch vorbereitet. Die Bandbreite der dargebotenen Attraktionen ist groß: Von natürlichen Wüstenformationen über archäologische Objekte und andere wichtige Orte der jüdischen Geschichte bis hin zu den Naturreservaten, die man eher an anderen Orten der Welt erwartet hätte: Dazu zählen etwa fruchtbare grüne Flusslandschaften im Norden Israels wie der Tel Dan, einer der Quellflüsse des Jordans oder der Hermon bzw. Banyas, ein weiterer Quellfluss, mit einem beeindruckenden Wasserfall – es ist der größte Israels. In diesem Naturreservat sind Archäologie und Natur vereint: neben dem Wasserfall gibt es eine Quellhöhle aus römischer Zeit, die dem Gott Pan gewidmet war – auch Namensgeber für den Fluss. Vor der Höhle des Quellbeckens errichtete Herodes einen Augustus-Tempel. Seit 1980 werden in dem Gebiet archäologische Grabungen durchgeführt und die ausgegrabenen Überreste können ebenfalls besichtigt werden. Das Naturreservat „Hermon Stream (Banias) Nature Reserve" gehört zu den Gebieten, die Israel im Rahmen des Sechstagekriegs 1967 erobert hatte. Ebenfalls dort zu sehen ist eine Wassermühle, die nach wie vor in Betrieb ist und die Bewohner der Dörfer Mas'ada und en Kiniya mit Mehl versorgt. Weitere Mühlenruinen aus römischer Zeit bzw. der Zeit der Kreuzritter säumen den Flusslauf des Hermon. Darüber hinaus ist das Naturreservat ein Sammelbecken für eine reichhaltige Flora mit Bäumen wie orientalischen Platanen, Weiden, Eichen, syrischen Eschen und für Menschen giftigen Brennnesselbäumen aber auch

Der Banyas-Wasserfall ist der höchste Wasserfall Israels.

von Menschen gepflanzten Obstbäumen. Dazu kommen Farne und Kräuter sowie Blühpflanzen, etwa die Amaryllis, blaue Lupinen, Alpenveilchen und verschiedene Krokusarten: So sieht das Gebiet in jeder Jahreszeit etwas anders aus, auch wenn die Landschaft tendenziell einem Urwald mit dichtem Unterholz gleicht.

Die Temperatur des Hermons liegt das ganze Jahr hindurch konstant bei etwa 15° Celsius, was zu der üppigen Vegetation beiträgt. Darüber hinaus gibt es eine reichhaltige Tierpopulation, darunter seltene und geschützte Arten wie die Hermon-Schnecke, der rote Salamander und die gemeine Pipistrelle – eine seltene kleine Fledermausart sowie weitere Fledermausarten oder Einwanderer wie die aus Afrika stammenden Felsenhyrax, Hirsche, Füchse, Wildschweine, Schakale und eine eigene Feldmausart.

Ein weiteres, in Deutschland eher unbekanntes Reservat ist das „Meet Ayun Stream"-Naturreservat, bekannter unter dem Begriff „Finger des Galilee". Auch hier gibt es eine Schlucht mit Wasserfällen, das Naturreservat ist gut ausgebaut, es gibt eigens Wege, die auch für Kinderwagen und Rollstuhlfahrer geeignet sind sowie reichlich Picknickplätze, um die Natur und das Wasser zu genießen. Seit 2009 wird der Fluss durch die israelische Behörde künstlich bewässert, da er aufgrund der extensiven Wassernutzung durch libanesische Bauern regelmäßig im Sommer austrocknete. In der Nähe der Schlucht, außerhalb des Reservats, befand sich die antike Stadt Avel Bet Ma'akha, die in der Bibel zusammen mit den Stätten Ayun und Dan als nördliche Grenze des Königsreichs Israels genannt wird.

500 Millionen Vögel

Besonders bei Ornithologen beliebt und bekannt ist das Hula-Tal, das eine weltweite Bedeutung für Wasservögel hat und der wichtigste Ort für diese Vögel im Nahen Osten ist. Einst trockengelegt, um der Malaria Einhalt zu gebieten, wurde der See wieder neu angelegt und bietet rund um das Jahr die Möglichkeit, Vögel zu beobachten, wobei insbesondere im Frühjahr und Herbst über 500 Millionen Vögel mit knapp 400 Arten im Hula-Tal Rast machen, darunter Kormorane, Reiher, Pelikane, Greifvögel und Kraniche. Rund um das Jahr werden auch Sonnenaufgangs- oder Nachttouren angeboten, auf denen die Möglichkeit besteht, nachtaktive Tiere zu beobachten. Darüber hinaus gibt es Touren mit einem traktorbetriebenen Safariwagen, aus dem heraus die Vögel aus der Nähe beobachten können. Besonderes für die morgendlichen und abendlichen Touren empfiehlt sich die Übernachtung im nahen Kibbutz Gonen, der ein Feriendorf betreibt und ausgesprochen gastfreundlich ist. Das Naturreservat hat seit 2006 ein Besuchercenter, das verschiedene dreidimensionale Videos und interaktive Medien anbietet und das ganze Jahr über geöffnet ist. Es gibt regelmäßig geführte Touren zu den Highlights – darunter einen Beobachtungsturm, der aus drei Stockwerken besteht sowie eine 600 Meter lange schwebende Brücke, eine überdachte und geschlossene Plattform zur Beobachtung der Vögel.

Die Wiederbewässerung und ein ausgestorben geglaubter Frosch

Das Reservat selbst ist nur in den für Besucher offenen Teilen zugänglich, neben dem Beobachtungsturm und der Brücke zur Vogelbeobachtung gibt es noch einen weiteren Aussichtspunkt am Eingang zum Reservat, der einen Blick über das Tal und die unmittelbare Nachbarschaft bietet; die Hügel von Naftali, die Anhöhen des Golan und den Berg Hermon.

Das Gebiet im Hula-Tal wurde 1964 zum Naturreservat erklärt, es ist das erste, das in Israel eingerichtet wurde. Bis zur Gründung der Naturreservatbehörde 1964 hatte sich übrigens der Jüdische Nationalfond um das Gebiet gekümmert. 2011 wurde hier der seit über 50 Jahren ausgestorben geglaubte Israelische Scheibenzüngler (Latonia nigriventer), auch als Hulasee-Scheibenzüngler oder schwarzbäuchiger Scheibenzüngler bezeichnet, ein Frosch aus der Familie der Alytidae, wiederentdeckt. Dies beweist, dass der Erhalt der natürlichen Lebenswelt für Tiere ein wichtiger Beitrag zum Erhalt seltener Arten ist. Die Wiederbewässerung des Gebietes war ein langjähriges Projekt, das 1971 begann und sieben Jahre lang dauerte. In dieser Zeit war das Gebiet für Besucher nicht zugänglich. Seit 2004 wurden die Bemühungen um die Verbesserung der Wasserqualität verstärkt. Besonders stolz ist man darauf, dass es gelungen ist, den Seeadler in der Gegend wieder anzusiedeln. Seit 1992 wird die Aufzucht betrieben und die erwachsenen Jungvögel werden in die Wildnis entlassen.

Israel ist immer eine Reise wert – und es gibt immer wieder Neues zu entdecken!

Informationen über die Nationalparks und Naturreservate finden Sie auf der offiziellen Webseite der zuständigen Behörde unter www.parks.org.il.

Tour de France 2020: Erstmals ist ein israelisches Team dabei

Ein jüdischer Unternehmer sponsert den Rennstall „Israel Start-Up Nation“.

Von Dr. Manfred Schwarz

Der kanadisch-israelische Unternehmer Sylvan Adams (rechts im weißen Hemd) präsentiert sein Tour de France-Team.

Große Dinge passieren oft in Israel. So auch im Dezember 2019 – hoch über den Dächern von Tel Aviv. Der israelisch-kanadische Milliardär Sylvan Adams hatte zu einer internationalen Pressekonferenz auf einer großen Dachterrasse eingeladen. Adams – selbst ein begeisterter Hobby-Radrennfahrer und zweifacher Straßenweltmeister der Senioren – präsentierte den Journalisten aus aller Welt mehrere Dutzend Profi-Radsportler aus Europa, Nordamerika und Israel.

Die Profis, so schrieb die „taz“ verwundert, „bekamen Trikots überreicht, auf denen ‚Friedensbotschafter‘ stand, und andere, auf denen der Schriftzug ‚Israel Start-Up Nation‘ zu lesen war“. Eine radsportliche Sensation für den weltweiten Profi-Radrennsport: Der Deutschlandfunk berichtete – auch eher verdutzt – über „das erste Profi-Team des Landes“, das „den Radsport in Israel populär machen und wenn möglich bei der Tour de France eine Etappe gewinnen“ soll.

Der Titel „Friedensbotschafter“ war der Mannschaft bereits zwei Jahre zuvor vom „Peres Center for Peace“ (Jaffa) verliehen worden, als das Team noch den Namen „Israel Cycling Academy“ trug und in der „zweiten Klasse“ des internationalen Radsports fuhr. Begründung für die Verleihung des Ehrentitels: Die Mannschaft baue „Brücken zwischen verschiedenen Nationen und Religionen“.

Wie kam es zu dem Rennstall-Namen „Israel Start-Up Nation“?

Namensgeber des neuen israelischen Teams, das nun in der aktuellen Saison in der „Champions League“ des Radsport, in der WorldTour, fährt, ist der israelische Co-Sponsor „Start-Up Nation Central“, ein „Inkubator“ für junge israelische Technologieunternehmen – ein Gründerzentrum also, das Starthilfe für Jungunternehmen leisten will. Jetzt, in der Ersten Klasse der „Ritter der Landstraße“, geht es um hochgesteckte Ziele. Nun werden spektakuläre Erfolge nicht nur bei der diesjährigen legendären 108. Tour de France angepeilt – die am 29. August starten soll –, sondern auch beim Giro d’Italia, der Spanien-Rundfahrt (Vuelta) sowie bei etlichen Eintages-Rennen wie dem Klassiker Paris-Roubaix.

Der 62-jährige Teameigner Sylvan Adams hat lange darauf hingearbeitet, dass seine Pedaleure – auf den Renntrikots unübersehbar geschmückt mit dem großen israelischen Logo – jetzt bei dem drittgrößten Sportspektakel der Welt, der Tour de France, für Israel Flagge zeigen werden. Nur die Olympischen Spiele und die Fußball-Weltmeisterschaften machen noch mehr Schlagzeilen als die Tour.

Erstmals soll bei der geschichtsträchtigen Tour der Leiden auch ein jüdischer Radsportler aus Israel dabei sein, wenn es in Paris – nach 3.470 Renn-Kilometern über 21 Tages-Etappen – rund um den Arc de Triomphe de l'Étoile darum geht, dem krönenden Endspurt auf der Avenue des Champs-Élysées entgegenzurasen.

Wie ist Adams‘ Mannschaft in die „Champions League“ aufgestiegen?

Sylvan Adams, dessen rumänische Eltern Holocaust-Überlebende sind, hatte kurz vor dem Presse-Event in Tel Aviv die Renn-Lizenz für die erstklassige WorldTour vom russisch finanzierten Rennstall Katusha übernommen. Mit der teuren Lizenz übernahm der umtriebige Adams gleich auch einige international erfolgreiche Fahrer wie André Greipel, Nils Politt und Rick Zabel, den Sohn des legendären Rundfahrt-Spezialisten Erik Zabel, dem es gleich sechsmal gelang, das begehrte Grüne Trikot des Tour-Punktbesten zu gewinnen. In der nächsten Saison 2021 wird das Team „Israel Start-Up Nation“ durch den viermaligen, britisch-kenianischen Tour-Sieger Chris Froome komplettiert. Der Rennstall ist angekommen – bei der Crème de la Crème des internationalen Radsports.

Selbstbewusst hat Sylvan Adams seine Ziele umrissen: „Wir wollen ein Klassiker-Monument gewinnen, bei der Tour de France einen Fahrer unter die Top 10 bringen und je eine Etappe bei den drei großen Rundfahrten gewinnen.“

Adams‘ WorldTour-Team soll auch das Image Israels verbessern. Schon 2018 hatte Adams schlagzeilenträchtig den Start des internationalen Giro d’Italia nach Jerusalem geholt. Der „Spiegel“ schrieb damals: „Dem Kampf gegen die Uhr in der Heiligen Stadt folgen zwei weitere Etappen in Israel, bevor der Giro-Tross schließlich am Montag nach Sizilien reist.“ Bei diesem Giro gelang einem jüdischen Rennfahrer ein Erfolg, der noch nie zuvor einem israelischen Sportler beschieden war: „Mit Guy Sagiv beendete auch erstmals ein israelischer Profi eine Grand Tour“ („Neue Zürcher Zeitung“).

Adams ist ein Patriot

Adams’ Ziel ist es, in der Welt Bilder eines „normalen“ Israels zu verbreiten. Sportjournalisten sagte er: „Sie sind jetzt hier, Sie sehen, dass wir wie normale Leute leben. Aber diese Botschaft kommt kaum durch. Die Leute denken, wir leben in einer Konfliktzone. Das dominiert das Bild von Israel, denn die Nachrichten sind sehr eindimensional.“ Ein betont friedliches israelisches Bild will nun auch der Radprofi Nils Politt vermitteln – in seiner neuen Rolle als „Friedensbotschafter“: „Jetzt mit einer Botschaft zu fahren und zu sagen, ich bin Teil eines Projekts, das die Welt besser macht, ist schon deutlich cooler als nur für einen Radhersteller oder irgendeinen Sponsor zu fahren.“

Sylvan Adams weiß, dass er mit seiner Mannschaft eine große sportpolitische Verantwortung übernommen hat. Er ist sich „der großen Fallhöhe bewusst“ („taz“). Denn was passiert, wenn einer seiner „Friedensbotschafter“ mit Dopingmitteln erwischt wird? „Das würde für unser Team ganz besonders schrecklich sein“, räumt der Radsport-Enthusiast ein. Deshalb wählten seine Sportlichen Leiter für ihr Team solche Fahrer aus, die als besonders charakterstark gelten.

Es gibt auch zwei arabische Teams – aber ohne Araber

In der Champions League des Radsports fahren unter den 19 Teams auch zwei arabische Mannschaften (Bahrain-Merida und UAE Team Emirates). Bisher hat es mit ihnen noch keine wesentlichen Probleme gegeben. Was daran liegen mag, dass kurioserweise mit diesen Teams keine arabischen Fahrer an den Start gehen, sondern nur Ausländer.

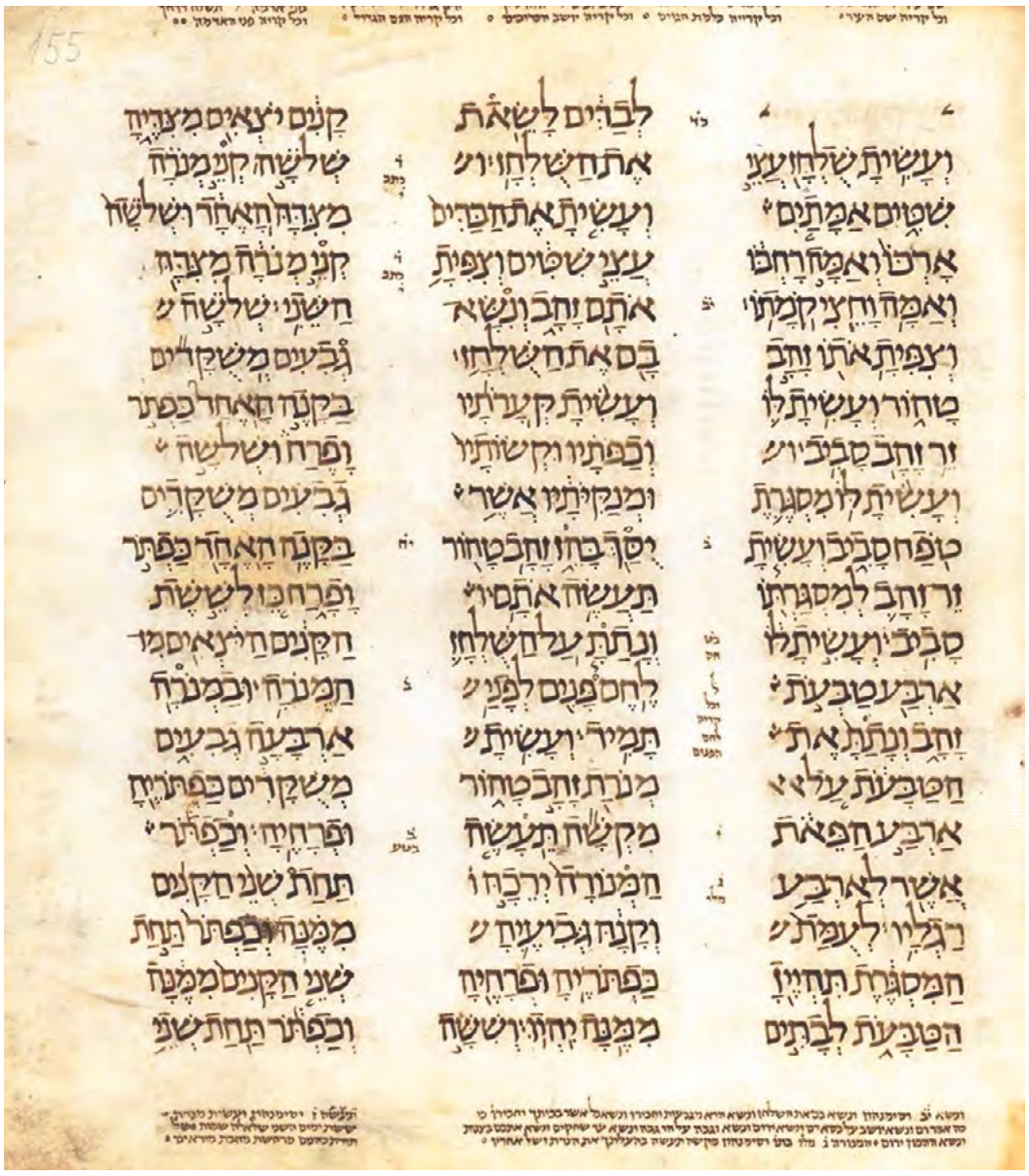
Aber Konflikte mit Muslimen gibt es öfter. So hatte der israelische Rennstall nur einige Monate einen muslimischen Türken unter seinen Rennfahrern. Radikale türkisch-muslimische Gruppierungen wollten jedoch nicht, dass ein Türke für Israelis Rennen fährt. Schnell war dessen Familie zu Hause massiven Repressalien ausgesetzt. Der türkische Sportler kapitulierte schließlich, um das Leben seiner Familie nicht zu gefährden: Mit großem Bedauern verließ er das israelische Team.

Auch die muslimischen Araber im Nahen Osten beäugen die israelische Mannschaft zumeist auffällig feindselig. Und bisweilen sind, so schreibt auch der „Spiegel“, die arabischen Länder ein „Problem, die regelmäßig israelischen Sportlern die Einreise verweigern oder sich grob unsportlich verhalten“. Aber das ficht Sylvan Adams kaum an. Der umtriebige Chef von „Israel Start-Up Nation“ ist fest davon überzeugt, dass sein Rennstall international Furore machen wird. Die NZZ meint: „Der Velosport hat einen neuen, äußerst ehrgeizigen Player.“ Jetzt müsse „nur noch die Leistung mit den Erwartungen mithalten“.

Israel bewahrt die „Kronen von Damaskus“

Der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad hat Anfang der 1990 Jahre in einer bis heute weitgehend unbekannten Operation ein Manuskript einer der frühesten fast vollständig erhaltenen Bibelabschriften aus der „ethnisch gesäuberten“ und nunmehr nahezu „judenfreien“ syrischen Hauptstadt Damaskus nach Israel gerettet.

Von Ulrich W. Sahm und Elisabeth Lahusen



Wie israelische Medien berichten, arbeitete der israelische Mossad-Geheimdienst mit der kanadischen Aktivistin Judy Feld-Carr und Rabbi Abraham Hamra, dem letzten Führer der jüdischen Gemeinde in Damaskus, zusammen, um die Kronen aus Damaskus von Syrien nach Israel zu bringen. (Bibelbücher nennt man auch Keter (Krone) nach der Krone, die früher auf jede Thorarolle gesetzt wurde.) Die Texte wurden ursprünglich im 13. bis 15. Jahrhundert in Europa kopiert und reich illustriert, bevor sie nach der Vertreibung der Juden aus Spanien nach Damaskus kamen. Diese hebräischen Bibeln enthalten, anders als die traditionellen Thorarollen, auch Vokale, Interpunktions- und andere Zeichen, die für eine korrekte Aussprache aushelfen. Die aufwendig verzierten Bibeln wurden von der jüdischen Gemeinde in Damaskus sehr geschätzt und nur bei seltenen Gelegenheiten herausgenommen.

In einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Gericht sagte Feld-Carr, dass sie 1993 in Absprache mit Rabbi Hamra eines der Manuskripte einem kanadischen Diplomaten übergeben habe, der es in einer schwarzen Plastiktüte aus Syrien herausschmuggelte. Die Nationalbibliothek in Jerusalem, deren Aufgabe es ist, jüdisches Erbe und Kulturgüter zu sammeln und zu bewahren, behütet diese Kronen seit ihrer Ankunft in Israel. Nachdem bekannt geworden war, dass die kostbaren Bücher in Israel sind, forderten die in Israel überlebenden syrischen Gemeindeglieder die Bücher für sich zurück, während die Nationalbibliothek erklärte, dass sie die alten Manuskripte fachgerecht restauriert habe und es für archäologische Laien kaum möglich sei, eine entsprechende klimatische Umgebung zu schaffen, um diese alten Werke vor weiterem Verfall zu bewahren.

Rechtsstreit

Rabbi Hamra behauptet seit langem, israelische Beamte hätten versprochen, dass die Bücher an ihn zurückgegeben würden, damit sie in einem dem syrischen Judentum gewidmeten Kulturzentrum untergebracht werden könnten. Er sagte, ihm sei für das Zentrum ein Grundstück in einem Vorort von Tel Aviv zugeteilt worden. Doch Jahrzehnte später hat der Bau noch nicht einmal begonnen. Er verklagte die Bibliothek auf Eigentum an den Kronen, und die Bibliothek erhob 2014 Gegenklage und bat das Gericht, sie in einen öffentlichen Trust unter der Autorität der Institution zu stellen.

Das Jerusalemer Bezirksgericht beendete diesen Streit nun mit einem geradezu salomonischen Urteil und entschied jetzt am 17. August 2020, dass die Bücher „Schätze des jüdischen Volkes“ seien. Sie hätten „historische, religiöse und nationale Bedeutung“ und müssten erhalten werden. Es verfügte, dass der beste Weg, dies zu tun, darin bestünde, sie in der Nationalbibliothek unter öffentlicher Bürgschaft aufzubewahren.

Das Gericht entschied weiter, dass zwar die Kronen in der Bibliothek verbleiben, dass aber alle sich gemeinsam darum kümmern sollten. Sowohl die Mitglieder der syrisch-jüdischen Gemeinde in Israel, als auch Vertreter der Nationalbibliothek, der sephardische Oberrabbiner Israels und der Präsident der Hebräischen Universität sowie Rabbiner Hamra wurden von dem Gericht zu den Treuhändern bestellt.

Es ist nicht die erste Krone aus Damaskus, die in der Bibliothek in Jerusalem gehütet wird. Eine weitere Bibel, die ursprünglich 1260 in Burgos (Spanien) hergestellt wurde, war seit Jahrhunderten in der Synagoge von Hushbasha Al'anabi aufbewahrt worden. Dieses Manuskript erreichte Damaskus zu einem unbekannten Zeitpunkt – daher die Bezeichnung „Keter Damesek“.

Das Kolophon lautet: „Ich, Menahem, Sohn von Abraham ibn Malek, möge seine Seele in Frieden ruhen, schrieb diese vierundzwanzig [Bücher] für den lieben, verehrten ... Isaac, Sohn des geehrten Weisen Abraham ... Haddad und vollendete sie am Montag, dem 17. Tag des Monats Adar im Jahr 5020 in Burgos ...“. Die Masorah Magna ist in mikroskopischen Ornamenten sowie auf farbigen „Teppich“-Seiten geschrieben, deren Konturen eine Kombination aus Blumenmotiven und geometrischen Formen bilden. Das 1962 bei Sotheby's in London versteigerte Manuskript wurde durch großzügige Spender für die Bibliothek erworben. Bekannt und berühmt ist auch der Damaskus-Pentateuch, der ebenfalls in der Bibliothek in Jerusalem bewahrt wird.

Wer sind die syrischen Juden?

Syrische Juden stammen aus zwei Gruppen: von den Juden, die seit der Antike in der Region des heutigen Syrien lebten (bekannt als Musta'arabi-Juden und manchmal als Mizrahi-Juden klassifiziert, ein Oberbegriff für Juden mit einer erweiterten Geschichte in der Mitte Ost- oder Nordafrika); und von den Sephardi-Juden (die sich auf Juden mit einer längeren Geschichte auf der Iberischen Halbinsel beziehen, d. h. Spanien und Portugal), die nach dem Alhambra-Dekret nach Syrien flohen, das 1492 die Vertreibung der Juden aus Spanien erzwang. Das Edikt ordnete die Vertreibung der Juden aus allen Territorien der Krone von Kastilien und der Krone von Aragón zum 31. Juli des Jahres an, sofern sie bis dahin nicht zum Christentum übergetreten waren. Es gab jahrhundertelang große Gemeinden in Aleppo („Halabi-Juden“, Aleppo ist Halab auf Arabisch) und Damaskus („Shami-Juden“) und eine kleinere Gemeinde in Qamischli an der türkischen Grenze in der Nähe von Nusaybin.

Die meisten syrischen Juden flohen nach der Gründung Israels 1948 aus dem Land, vertrieben durch die schweren Ausschreitungen gegen die 3.000 Jahre alte jüdische Gemeinde. Die wenigen Verbliebenen wurden unterdrückt. Erst in den 1990er Jahren gewährten die syrischen Behörden mehr Freiheiten. Nach Syriens jahrzehntelangem Bürgerkrieg ist nur noch eine Handvoll Juden im Lande verblieben. Die Diskriminierung, Flucht und Vertreibung der Juden aus Nahost und Nordafrika hatte auch die reiche Kultur der Juden in Syrien untergehen lassen. Weitere unermesslich kostbare Bibelabschriften konnten aus der Synagoge von Aleppo gerettet und nach Israel gebracht werden, ehe diese schönste, schon vom Erzvater Abraham vor 5.000 Jahren gegründete Stadt im Laufe des dort wütenden Bürgerkriegs dem Erdboden gleichgemacht worden ist.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Auf Sommer-Besuch bei den Juden Kroatiens

Die dalmatinischen Küstenstädte Split und Dubrownik besitzen kleine, aber lebendige jüdische Gemeinden und beherbergen u.a. die ältesten sephardischen Synagogen Europas.

Von Filip Gaspar

Lea und Albert Altarac in der Synagoge zu Split

In Kroatien leben um die 2.000 Juden, verteilt auf zehn, teils sehr kleine Gemeinden, wovon die meisten in der Hauptstadt Zagreb leben. Die Gemeinde mit der zweithöchsten Mitgliederanzahl ist Split mit etwa 100 Mitgliedern.

Die jüdische Gemeinde von Dubrovnik zählt derzeit um die 50 Mitglieder. Dies sind Informationen, die ich schnell mithilfe einer Internetrecherche in Erfahrung bringen konnte. Da ich den Sommerurlaub traditionell bei meinen Eltern in Dalmatien verbringe, deren Heimat sich von der Kilometeranzahl her genau zwischen Split und Dubrovnik befindet, beschloss ich mir das Ganze einmal selbst anzuschauen. Beide Gemeinden kontaktierte ich im Vorfeld per E-Mail und konnte so relativ schnell und unkompliziert einen Termin ausmachen. Da ich mich nicht entscheiden konnte, welcher der beiden Gemeinden ich zuerst einen Besuch abstatten sollte, warf ich eine Münze und Split gewann.

Split: Diokletianpalast und Altstadt

Die Gründung der Stadt Split geht auf den römischen Kaiser Diokletian (284-305 n. Chr.) zurück. Dieser stammte aus der Region und ging insbesondere für die folgenden Dinge in die Geschichte ein: eine nahezu vollständige Verwaltungs- und Heeresreform des von Krisen geschüttelten Römischen Reiches am Ende des 3. Jahrhunderts, Durchführung brutaler Christenverfolgungen, der von ihm errichtete Palast, der auch als Ruhestandssitz fungierte, auf welchen Split zurückgeht, und natürlich für den von ihm betriebenen Kohl- und Gemüseanbau im selbigen. Am Eingang zum Palast bin ich mit Lea verabredet, die Englisch und Italienisch unterrichtet, und als Gemeindemitglied Touristenführungen zum „jüdischen Erbe der Stadt Split“ anbietet. Die nächsten drei Stunden werden wir zusammen den Spuren jüdischen Lebens in Split folgen. Mir brannte bereits vor meiner Anreise die Frage unter den Nägeln, ob Lea mit Adriana Altaras und ihrem Sohn Aaron Altaras verwandt sei. Erstere ist für ihr Buch „Titos Brille“ bekannt, und ihr Sohn spielte in der Netflix-Produktion „Unorthodox“ mit. Sie bejahte meine Frage mit einem Schmunzeln und wollte wiederum von mir wissen, wie ich die Serie fand. Meine Antwort verrate ich nicht, nur soviel, dass ich Lea die Netflix-Produktion „Fauda“ ans Herz legte.

Die ersten Hinweise auf jüdisches Leben findet man in Salona (Solin), einer Kleinstadt nahe Split. Dort wurden Artefakte gefunden, die auf eine Synagoge im 3. bis 5. Jahrhundert schließen lassen. Kriegerische Auseinandersetzungen zwangen die Gemeinde damals Zuflucht im Diokletianpalast zu suchen.

Nach der Reconquista 1492 kamen die ersten Sepharden auf ihrer Flucht vor der Inquisition in die Region. Viele fanden Zuflucht in Bosnien und Herzegowina, das damals zum Osmanischen Reich gehörte. Viele von ihnen fanden auch in Dalmatien Zuflucht.

Wir betreten den Palast bzw. genauer gesagt die Kellergewölbe und Lea führt mich in den östlichen Teil. Der Kaiser selbst wohnte in der zweiten Etage, im Keller die Bediensteten. Lea erzählt, dass man hier unten den Standort einer alten Synagoge vermutet, weil man in vielen Räumen noch heute eine in den Stein gemeißelte fünfarmige menoraartige Form vorfindet. Weitere Hinweise auf jüdisches Leben sind im östlichen Teil gefundene Relikte, die aus dem Jahr 1507 stammen, als ein Brand große Teile der Stadt zerstörte. Wir verlassen das Kellergewölbe durch den Hinterausgang und gelangen auf den Luxor-Platz, der so heißt, weil hier eine Sphinx-Nachbildung zu finden ist. Ursprünglich soll Diokletian zwölf davon

Der jüdische Friedhof von Split

aufgestellt haben. Trotzdem ist es ein sehr schöner Platz, wo man abends zu Livemusik sein Getränk genießen kann. Ich erfahre, dass bis ins 19. Jahrhundert die Juden von Split mit zur Oberschicht in der Region gehörten. Deutlich wird dies unter anderem an der Figur des Kaufmanns Daniel Rodriguez (Rodriga). Er finanzierte 1581 ein Lazarett samt Quarantänestation am Hafen von Split. Vielleicht ein makabrer Treppenwitz der Geschichte, dass gerade jetzt Split als Corona-Hotspot gilt. Auf diesen sephardischen Kaufmann geht auch die Einrichtung des Friedhofs auf dem Marjan-Berg zurück, wohin Lea mich später noch führen wird. Wir gehen weiter und kommen an der nach ihm benannten Rodriga-Gasse vorbei. In einigen Türeingängen sieht man noch Einlassungen, die für die Mesusen gedacht waren. Wir erreichen schließlich die Synagoge, die sich im Židovski Prolaz (Judengasse) befindet, an der man leicht vorbeilaufen kann, ohne sie zu bemerken. Das liegt auch daran, dass man im Gegensatz zu Deutschland vor einer Synagoge in Kroatien keine Polizei findet, was hoffentlich auch so bleiben möge. Das enge Gässchen befindet sich im Osten des Palastes und das Ghetto entstand hier relativ spät. Bis auf 1942 durch die italienischen Faschisten kam es hier nie zu Pogromen, worauf eine Gedenktafel am Boden vor dem Eingang in die Gasse hinweist. Ich kenne Split seit Kindheitstagen und muss zu meiner Schande gestehen, dass wenn Lea mich nicht darauf hingewiesen hätte, mir die Gedenktafel gar nicht aufgefallen wäre – ebenso wenig wie die 1860 vom Juden Vid Morpurgo gegründete erste Buchhandlung von Split, die sich davor befindet.

Synagoge

Eine Treppe führt hinauf zur Synagoge, in der uns bereits Leas Vater Albert Altarac erwartet. Von ihm erfahre ich noch vieles mehr über die Geschichte der Gemeinde. Zum Beispiel, dass viele Überlebende der Schoah im Tito-Jugoslawien zwar nicht verfolgt wurden, aber ihren Glauben nicht frei ausleben durften, und deswegen nach Israel auswanderten. Das derzeitige Verhältnis zur katholischen Kirche in Kroatien könnte man als „es ist kompliziert“ bezeichnen. So erfahre ich, dass zu den hohen jüdischen Feiertagen die anderen Glaubensrichtungen und Konfessionen regelmäßig eingeladen werden, und bis auf Vertreter der Katholiken, die noch nicht einmal absagen würden, auch alle erscheinen. Doch weg von der Politik und zurück zur Synagoge. In einem rechteckigen Raum mit Rundbogenfenstern ist der Aron HaKodesh hinter einem bestickten Vorhang zu erblicken. Zusammen mit dem Thoraschrank sind beide in die Westwand des Diokletianpalastes gebaut und Richtung Jerusalem ausgerichtet. Man kommt hier am Schabbat zusammen und zu größeren Feiertagen hält auch ein aus Zagreb anreisender Rabbiner einen Gottesdienst ab. Doch die Gemeinde selbst ist weniger religiös und vor allem auf Zusammenhalt aus. Dies merke ich, als ich Herrn Altarac selbstgebrannten Sljivovic (Pflaumenschnaps) überreiche, den ich extra mitgebracht hatte, weil Sljivovic als koscher gilt. Herr Altarac war natürlich dankbar, doch machte mich darauf aufmerksam, dass man in Dalmatien eigentlich Loza (Grappa) trinke. Grappa wiederum ist nicht koscher.

Vor Corona nahmen auch viele Gemeindemitglieder ihren morgendlichen Kaffee in der Synagoge ein. Der letzte Überlebende der Schoah verstarb vor vier Jahren im Alter von 96 Jahren.

Die Gemeinde finanziert sich größtenteils über Spenden und nicht über staatliche Zuwendungen. Den Wink mit dem Zaunpfahl habe ich verstanden und werfe beim Hinausgehen etwas in die Spendenbox.

Der jüdische Friedhof von Split von 1573

Der jüdische Friedhof von Split befindet sich auf dem Berg Marjan, und allein die wunderschöne Aussicht auf Split ist bereits den Aufstieg wert. Lea und ich erreichen diesen auch relativ schnell, da er nicht weit weg von der Promenade ist.

Der Friedhof ist von einem Zaun umgeben und der Eingang ist zum Meer gelegen. Direkt am Friedhof befindet sich das ehemalige Totenhaus, welches heute als Bistro dient. Im Inneren finden sich hebräische Inschriften und am Eingang steht, dass der Friedhof 1573 errichtet wurde. Das Friedhofstor steht die meiste Zeit geöffnet und wir treten ein. Die letzte Beerdigung soll kurz nach dem Krieg gewesen sein, und der Zustand des Friedhofs sieht leider auch so aus. Die Stadtverwaltung ist für die Pflege und Instandhaltung der Bäume zuständig, jedoch müssen die Gräber von der Gemeinde selbst gepflegt werden. Dennoch möchte ich hier keinen falschen Eindruck hinterlassen, denn der Friedhof ist nicht verwahrlost und überwuchert, sondern braucht einfach ein wenig Pflege. Vielleicht hat ein Leser dieses Artikels eine Idee, wie man das bewerkstelligen könnte? Auf vielen der Grabsteine liegen Steine und die Inschriften sind noch gut lesbar. Von diesen stammt der älteste noch erhaltene von 1717. Ich komme mir vor, als würde ich anhand der Grabinschriften eine kurze Reise durch die jüngere Geschichte des herbeiersehnten „jüdisch-christlichen“ Abendlandes machen. Da sind natürlich hebräische Inschriften, die manchmal durch kroatische und italienische ergänzt wurden. Man findet alte neben modernen Gräbern, und würde die brutale Augustsonne nicht auf mich herunterscheinen, so könnte ich mir vorstellen, problemlos einen halben Tag mit der Besichtigung dieses Friedhofs zu verbringen. An der Altstadtpromenade verabschiede ich mich von Lea und begebe mich Richtung Busbahnhof, wo es direkt neben der Statue des ersten kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman die beste Pizza der Stadt gibt.

Die Synagoge von Dubrovnik

Dubrovnik

Hinter den dicken Stadtmauern der kroatischen Küstenstadt Dubrovnik findet man nicht nur die Schauplätze der derzeit vielleicht erfolgreichsten Serie der Welt, „Game of Thrones“, und von „Star Wars: Episode IX“ (für den letzteren Film, so erfahre ich, schämt man sich bis heute in Dubrovnik), sondern auch eine der ältesten sephardischen Synagogen Europas. Stand heute, am 30. August, gehört Dubrovnik nicht wie Split zum Corona-Risikogebiet und ich kann jedem nur raten, die Chance zu ergreifen und die Stadt gerade jetzt zu besuchen, denn sie ist nicht so überlaufen wie sonst. Und wenn man vor den dicken Mauern, die bereits Angriffen verschiedener Armeen standgehalten haben, steht, beginnt man wirklich zu glauben, dass selbst das Corona-Virus es nicht in diese Stadt hineinschafft.

Vor dem Stadttor, auch Pile-Tor genannt, der ehemaligen Republik Ragusa (mittelalterliche Bezeichnung von Dubrovnik) bin ich mit Matija Singer verabredet. Wie sein Nachname vermuten lässt, entstammt er einer aschkenasischen Familie, die aus dem ungarischen Teil des K.u.K.-Reiches nach Kroatien übersiedelte. Als der kroatische Vaterlandskrieg begann, und die jugoslawische Armee, die zu diesem Zeitpunkt in serbischer Hand war, begann die Stadt zu bombardieren, flohen die Singers nach Wien und von dort weiter nach Israel. Da Matija noch relativ jung bei seiner Ankunft in Israel war, durchlebte er eine „normale“ israelische Jugend mit allem, was dazu gehört. Nach dem Armeedienst diente er noch ein paar weitere Jahre, heiratete eine Israelin und entschied sich dann 2004 samt Familie sein Glück in der alten Heimat zu versuchen. Matija ist der einzige Hebräisch sprechende Reiseleiter Kroatiens und seine Dienste sind selbst zu Corona-Zeiten gefragt. Am Tag meines Besuchs ist der erste Flieger 2020 aus Israel gelandet und Matijas Telefon wird noch öfters klingeln.

Auch die spanische Inquisition trieb Juden nach Kroatien

Zu Beginn unserer gemeinsamen Tour macht er mich auf einen Brunnen aufmerksam. Dieser wird auch als „jüdischer Brunnen“ bezeichnet, weil er ausschließlich von Juden verwendet werden durfte. Schließlich wurden diese fälschlicherweise des Verbrechens der Brunnenvergiftung bezichtigt, also musste ein eigener Brunnen her. Erstmals erwähnt wurde er im 16. Jahrhundert und stand ursprünglich innerhalb der Stadtmauern unter dem Glockenturm. Nach dem Fall der Republik Ragusa wurde der Brunnen vor die Stadtmauern transferiert, wo er vielen Touristen Erfrischung spendet.

Der Eingang zur ehemaligen Mikve in Dubrovnik.

Auch die spanische Inquisition bescherte Dubrovnik seine jüdische Gemeinde. Viele Sepharden ließen sich hier auf ihrer Reise durch den Balkan nieder. Wir steigen eine Treppe herunter und befinden uns im Stadtteil Pile. In einem Café nehmen wir einen Espresso und ich bestelle noch eine süchtig machende Limonade, die man in ganz Kroatien – warum auch immer – überall frisch zubereitet. Hier am Pier wurde eine der letzten Szenen von „Game of Thrones“ gedreht und die Juden Dubrovniks gingen hier der Ledergerbung nach. Da bei diesem Handwerk starke Gerüchte entstanden, mussten sie diesem Gewerbe außerhalb der Stadtmauern nachgehen. Juden gingen natürlich auch anderen Berufen nach und handelten mit Seide, Wolle, Leder und Gewürzen. Auch viele Ärzte in den Diensten der Republik befanden sich unter ihnen, die zur Behandlung von Christen eine Genehmigung aus Rom benötigten. Nachdem Limonade und Kaffee ausgetrunken waren, machten wir uns auf den Weg in die Stadtmitte, wo wir auch schnell ankamen. Ich erwähne dies, weil zu normalen Zeiten im August riesige Menschenschlangen vor dem Tor auf Einlass warten. Das Ausbleiben der Touristen tut dem kroatischen Tourismus natürlich nicht gut, mir allerdings schon.

Ghetto - Altstadt

Matija erzählt, dass im Jahre 1546 ein erstes Ghetto errichtet wurde und einige Jahre später vergrößert werden musste. Zu der Zeit lebten ca. 50 Juden mit ihren Familien in Dubrovnik.

Als eine der wichtigsten, wenn nicht gar die wichtigste jüdische Familie im 16. Jahrhundert kann die Familie von Rabbi Aaron ben David Ha-Kohen aus Florenz bezeichnet werden. Sie schaffte es, Handelsbeziehungen zu allen Juden europaweit aufzubauen. Wir biegen in die Parallelstraße zur „Žudioska ulica“ (Judenstraße) ein und ich sehe den Eingang zu einer Galerie. In dieser Galerie war früher die Mikve und man hatte einen direkten Durchgang ins Ghetto zur Judenstraße und auch zur Synagoge. Zu dieser gehen wir auch gleich, doch vorher steigen wir die Treppen empor, damit ich den Eingang zum Ghetto sehen kann. Die Pforten sind entfernt worden, aber wenn man oberhalb des Ghettos steht, das direkt mit der Hauptflaniermeile Stradun verbunden ist, kann man sich vorstellen, wie einengend es gewesen sein muss.

Museum - Synagoge

Durch den schmalen Türeingang und einige Treppenstufen nach oben treffe ich auf ein Gemeindemitglied, das an dieser Stelle normalerweise Eintrittsgeld von mir verlangen würde. In der ersten Etage werden Artefakte des jüdischen Lebens in Dubrovnik gezeigt: Angefangen bei einer Liste des schweren Erdbebens von 1667, über das Dekret des französischen Marschalls Marmont, der 1808 den Juden Dubrovniks die Befreiung aussprach, bis hin zur Verfolgung während der Schoah. Und auch eine sehr alte und noch gut erhaltene Thora-Rolle, für die bereits mehrmals eine Menge Geld geboten worden ist – selbst, um nur aus ihr rezitieren zu dürfen. Keine Chance, versichert man mir, für kein Geld der Welt! Das Museum ist zwar klein, bietet aber doch eine Menge an interessanten Dingen.

Im Stockwerk über dem Museum befindet sich die Synagoge. Sie gilt als eine der ältesten funktionierenden sephardischen Synagogen der Welt und als die älteste in ganz Europa. Zumindest erzählt man mir das. Hier befindet sich der Aron HaKodesh bestehend aus drei Bögen. In der Mitte des Raums ist ein florentinischer Kronleuchter, und überhaupt wurde vieles im italienischen Barockstil eingerichtet. Während des letzten Krieges wurde auch die Synagoge von serbisch-montenegrinischen Granaten getroffen und beschädigt. Doch wie durch ein Wunder blieb vieles heil. Matija und ich setzen uns in ein nahegelegenes Café und ich erfrage bei einer selbstgemachten Limonade, wie es um die Beziehungen zwischen Israel und Kroatien steht, wie sich das Gemeindeleben entwickelt und wie viele Juden aus Kroatien und Ex-Jugoslawien eine bedeutende Rolle in der Geschichte Israels gespielt haben. Aus meinen geplanten zwei Stunden werden am Ende fast sechs und ich verlasse Dubrovnik mit dem starken Bedürfnis schnell wiederzukommen.

Arabischer Brief an Theodor Herzl: „Guter G'tt, historisch betrachtet ist es wirklich Ihr Land!“

Wie sich die Nation Israel zu Beginn des 20. Jahrhunderts schon vor der offiziellen Staatsgründung heranbildete.

Von Karl Pfeifer

Die Behauptung „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ ist zu einem antizionistischen Stehsatz geworden, der unterstellt, die Zionisten hätten nicht wahrgenommen, dass in Eretz Israel Araber lebten. Doch dieses Zitat stammt von Lord Shaftesbury, einem frommen Christen, der in den 1840er Jahren, wie viele andere britische Christen, daran glaubte, dass nach Auflösung des Osmanischen Reiches die Juden in das Land ihrer Vorfahren zurückkehren sollten. Diese Rückkehr sollte das zweite Erscheinen des christlichen Messias bewirken.

Eretz Israel war bis zur britischen Eroberung 1917 keine politisch unabhängige geografische Einheit, sondern Teil des Osmanischen Reiches. Die Juden im Lande sahen in den Arabern vor dem Ersten Weltkrieg keine separate Nation und nahmen sie nur als Muslime oder Christen wahr. Sie selbst wurden vom Osmanischen Reich ja auch nur als eine Religionsgemeinschaft von „Schutzbedürfigen“ (dhimmi) wahrgenommen. Bei der arabischen Elite führte erst das Erstarken der jüdischen Besiedlung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu Unabhängigkeitsbestrebungen. Zu dieser Elite gehörte auch Jusuf Khalidi, Vorsitzender des Stadtrates von Jerusalem, der 1899 einen privaten Brief an den Pariser Oberrabiner Zadok Kahn sandte mit der Bitte diesen an Theodor Herzl weiterzuleiten. Khalidi hatte zuvor das Buch „Der jüdische Staat“ gelesen und dessen Autor als „jüdischen Patrioten“ qualifiziert. Khalidi fand die zionistische Idee „völlig natürlich, gut und richtig“ und gab zu: „Guter Gott, historisch betrachtet ist es wirklich ihr Land“. Doch er verwies auf die mögliche Reaktion der Muslime und Christen, deshalb sei es nötig, dass die zionistische Bewegung „innehalte“.

Herzl antwortete Khalidi direkt: „Wie sie selbst sagen, haben die Juden keine Militärmacht hinter sich. Als Volk haben sie vor langer Zeit ihren Geschmack am Krieg verloren, sie sind ein durchaus friedliches Element und ganz zufrieden, wenn man sie in Ruhe lässt. Deswegen gibt es absolut keinen Grund, Angst vor ihrer Einwanderung zu haben.“ Herzl wies auch darauf hin, dass Muslime und Christen vom Zionismus profitieren würden. „Glauben Sie, dass ein Araber, der Land- oder Hauseigentümer ist, bedauern würde, wenn der Wert seines Eigentums sich auf das fünffache oder zehnfache steigert?“

Natürlich bedauerten die arabischen Landbesitzer nicht, dass sie sogar Sand- und Sumpfgebiete zu einem völlig überhöhten Preis an Juden verkaufen konnten. Doch das löste bei ihnen keine Sympathie für die Käufer aus, da es sich um von ihnen verachtete „Dhimmi“ handelte.

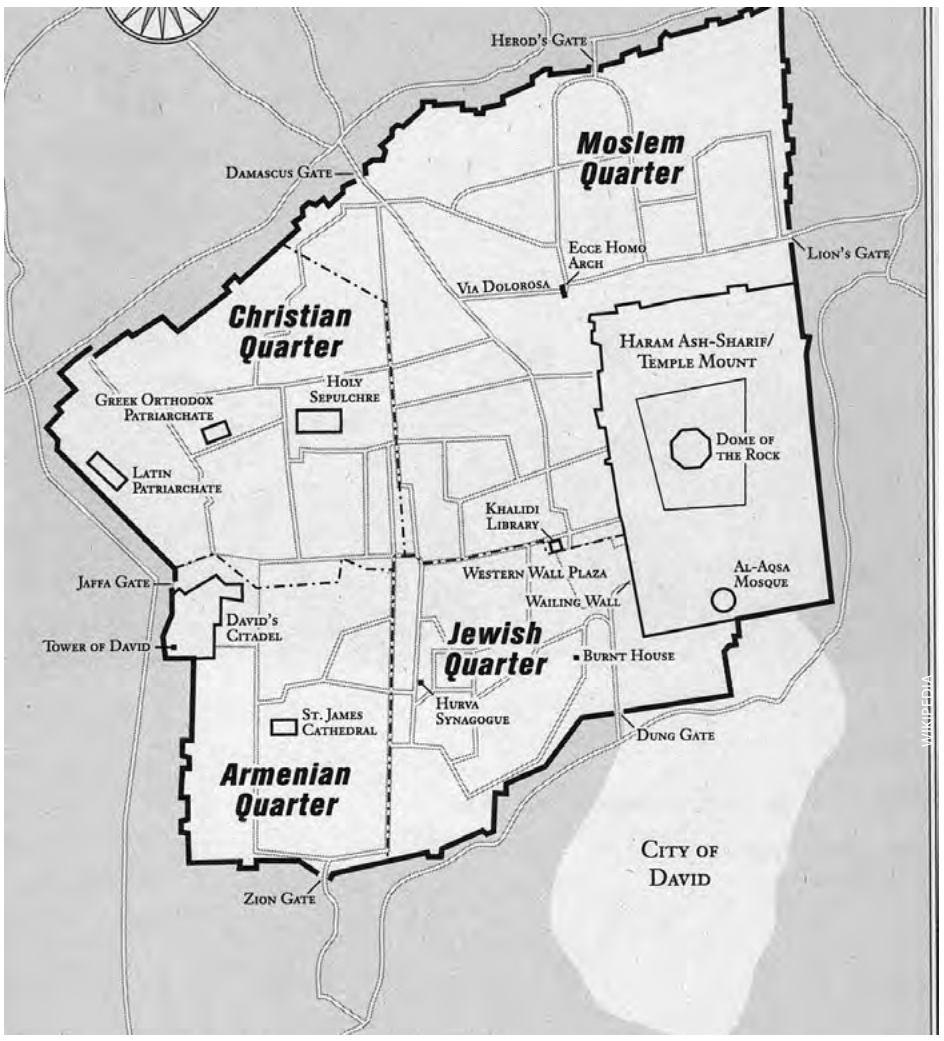
Der Jerusalemer Stadtrat wurde nur von einem engen Kreis gewählt, die meisten Räte waren Angehörige prominenter Notabelnfamilien, wie den Alamis, Husseinis, Asalis, Khalidis und Dajanis. Die Muslime waren immer in der Mehrheit, aber der Druck der Konsuln führte dazu, dass auch einige christliche und jüdische Räte zugelassen wurden. Ein türkischer Beamter in Jerusalem schilderte 1906 in einem Schreiben an den Großwesir in Konstantinopel die Verhältnisse: „In einem Land, in dem mehr als die Hälfte seiner Bewohner fremde Staatsangehörige sind, ist es in städtischen Angelegenheiten unmöglich, die Ausländer als nicht-existent zu betrachten. Das ist der Grund dafür, weshalb die Konsuln danach streben, in den Angelegenheiten der Stadtverwaltung vor allem in der Praxis beteiligt zu sein.“

Eine Nation bildet sich

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts konnte man feststellen, dass während der vergangenen 20 Jahre eine neue Generation in Eretz Israel herangewachsen war. Die Erziehung dieser gründete auf der neuen zionistischen Ideologie, auf dem Benutzen der hebräischen Sprache, der Entwicklung einer neuen zionistischen nationalen Kultur. Es waren Personen aus dem alten Jischuv, wie Elieser Ben-Yehuda, der Erneuerer der hebräischen Sprache und andere, die dafür die Initiative ergriffen. Überall in Eretz Israel wurden öffentliche hebräische Büchereien, Schulen und Kindergärten eröffnet. Die hebräischsprachigen Lehrer gründeten eine Lehrergewerkschaft und wanderten mit ihren Schülern im Land, um die Liebe zum Land zu wecken.

In seiner Autobiographie vermerkte der erste Präsident Israels, Chaim Weizmann, die Differenzen der russischen Juden – die sich für die sofortige Einwanderung nach Eretz Israel aussprachen – mit dem politischen Zionismus von Theodor Herzl, für den der praktische Zionismus fremd war.

„Heute verstehe ich das Wiener Milieu, in dem Herzl aufwuchs – so fern von all unseren Schwierigkeiten – insbesondere wenn ich ihn mit anderen Wiener jüdischen Intellektuellen seiner Zeit oder knapp nachher vergleiche, Schnitzler, Von Hofmannsthal, Stefan Zweig – all diese talentierten Männer – bin ich erstaunt über die Größe von Herzl, über die Tiefe seiner Intuition, welche ihn befähigte so viel von unserer Welt zu verstehen… Mit all den Begrenzungen und seinen großartigen Fähigkeiten und seiner kompletten Hingabe, hat er der Sache unberechenbaren Dienst geleistet.“



Die Altstadt von Jerusalem mit dem christlichen, dem moslemischen, dem jüdischen und dem (ebenfalls christlichen) armenischen Viertel.

> Natürlich bedauerten die arabischen Landbesitzer nicht, dass sie sogar Sand- und Sumpfgebiete zu einem völlig überhöhten Preis an Juden verkaufen konnten.

Während des sechsten zionistischen Kongresses 1903 wurden zwei wichtige Beschlüsse über den Beginn der Tätigkeit der zionistischen Bewegung in Eretz Israel gefasst:

1.) Der jüdische Nationalfonds sollte sofort beginnen Land zu kaufen und es wurde ein kleines Budget für Forschung bereitgestellt.

2.) Die Anglo Palestine Company in Jaffa sollte die zionistische Organisation in Erez Israel vertreten.

Nach dem frühen Tod von Theodor Herzl folgte David Wolffsohn als Präsident der zionistischen Bewegung. Er versuchte wie Herzl von der osmanischen Regierung eine Charta zu erlangen, was ihm nicht gelang. Der politische Zionist Wolffsohn versuchte eine Brücke zu bauen zu den praktischen Zionisten. Der achte zionistische Kongress 1907 bestätigte die Entscheidung von Wolffsohn den deutsch-jüdischen Rechtsanwalt und Soziologen Dr. Arthur Ruppin (1876 – 1943) ins Land zu senden. Ruppin hat nach seiner Reise im Mai 1907 einen detaillierten Bericht präsentiert, in dem er den Plan skizzierte, ein N-förmiges von Juden dicht besiedeltes Gebiet zwischen Jaffa und dem See Genezareth zu schaffen.

Ruppin schilderte in seiner Autobiographie die furchtbare Armut seiner Kindheit in Rawitsch bei Posen. Er wurde als 15-jähriger Lehrling in einer Getreidehandelsfirma und hatte beschlossen genug Geld zu verdienen, um an der Universität Volkswirtschaft, Philosophie und Rechtswissenschaft zu studieren. Später begann er sich für die Soziologie und Demographie des Judentums zu interessieren. Er veröffentlichte eine Reihe von Untersuchungen, die viele Jahre als Standardwerke galten.

1908 wurde der damals 31-jährige Ruppin zum Leiter der zionistischen Organisation in Eretz Israel mit Sitz in Jaffa, und nicht in Jerusalem gemacht. In Jaffa kamen die jüdischen Einwanderer an und deshalb wählte später auch der neue Jischuv diese Stadt als vorläufiges Zentrum. „Was kann getan werden?“, fragte Ruppin nach seinem ersten Besuch Jerusalems und antwortete selbst: „Wir müssen das Chalukka-System, von dem die meisten Juden immer noch leben, abschaffen und durch Arbeit ersetzen.“

Auf die religiösen Juden Jerusalems blickten die modernen Juden herab

Die frühen zionistischen Einwanderer und vor allem die Sozialisten, die mit der Zweiten Alija in großer Anzahl nach 1904 ins Land kamen, blickten auf Jerusalem herab. Besonders verachteten sie, was sie als das Parasitentum der strenggläubigen Jerusalemer Juden ansahen, nämlich deren Abhängigkeit von der Wohltätigkeit der Juden in Europa und Nordamerika. In der hebräischen Literatur gab es während der letzten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts viel Liebe zu Zion und Jerusalem. Die modernen Dichter und Romanschriftsteller jedoch, die Anfang des 20. Jahrhunderts wirkten, wie Chaim Nachman Bialik, Josef Chaim Brenner, Nathan Alterman und Avraham Schlonsky hatten nichts übrig für Jerusalem. David Ben Gurion, der erste Ministerpräsident von Israel besuchte erst drei Jahre nach seiner Alija, die Stadt, die er ein paar Jahrzehnte später zur Hauptstadt Israels machte.

Der osmanische Gouverneur und die Eifersüchteleien unter Christen

Erst 1995 wurden die Depeschen und Dokumente von Ali Ekrem veröffentlicht, der zwischen 1906 und 1908 als osmanischer Gouverneur in Jerusalem amtierte. Er schilderte wie er in der ersten Woche seines Aufenthaltes in Jerusalem zur Schlichtung eines Streits gerufen wurde. Der griechisch-orthodoxe Patriarch schenkte dem muslimischen Schlüsselbewahrer der Grabeskirche ein neues Kissen, worüber sich der lateinische (katholische) Patriarch beim Gouverneur beschwerte. Wenn lediglich der griechisch-orthodoxe Patriarch das Recht hat neue Kissen zu schenken, dann würde das heikle Gleichgewicht zwischen den Religionsgemeinschaften verändert. Nachdem Ekrem mehrmals mit beiden Würdenträgern gesprochen hatte, bestimmte er an welchen Feiertagen wer ein Kissen schenken dürfe.

Als er eines der größeren Dörfer in der Umgebung aufsuchte, wurde er eingeladen in jedem der drei dort befindlichen Klöster zu Mittag zu essen. Um keinen Streit zwischen dem griechischen, katholischen und armenischen Kloster aufkommen zu lassen, beschloss Ekrem alle Einladungen anzunehmen, aber nur wenig zu essen.

In der französischsprachigen Broschüre „Unser Programm“ war der Text einer hebräischsprachigen Rede von Menachem Ussischkin enthalten. Dieser zionistische Führer beschrieb die Lage in Eretz Israel als Konkurrenz zwischen Juden und Arabern. Der Sieg wird an diejenigen gehen, die mehr Geld investieren und eine gut funktionierende Infrastruktur schaffen. Er resümierte „Die Juden müssen siegen“.

Nachdem Ekrem diese gelesen hatte, berichtete er darüber an den Palast. Seine Vorgesetzten verstanden nicht, wieso so viele Juden, die ihre Pässe in Jaffa den Behörden übergeben mussten und im Land blieben, nicht von der Polizei gefunden werden konnten. In Jaffa zählte man im Hafenbüro 2.373 Pässe. Ekrem schrieb seinen Vorgesetzten: „Die Juden in Jerusalem sind stärker als irgendeine unserer Schätzungen.“ Er erklärte, wenn ein Jude nach Jerusalem kommt, „dann ist er in seinem Land, in seiner Heimat in seinem Heim.“ Die Polizei kann ihn nicht finden, weil seine Freunde ihn beherbergen. Er wandert von Haus zu Haus und bleibt nirgendwo lange. Es macht ihm nichts aus, dass er keine fixe Adresse hat, so lange er in Jerusalem leben kann. Ekrem bat um mehr Polizeistationen und um mehr Polizisten und sogar um ein Polizeiboot für den Hafen von Jaffa, der verhindern sollte, dass Menschen ohne Kontrolle an Land gehen. Doch dafür gab es kein Geld.

Die Araber verachtete Ekrem aber noch mehr als die Juden. Er beschrieb sie als Insekten und Hunde. Manchmal erwähnte er die Familien, die ihn verärgerten in einem langen Wort „Khalidi-Naschaschibi-Husseini“, aber er nannte sie auch kurz und bündig „die Korrupten“. In seinen Berichten an den Palast schrieb er über seine Schwierigkeiten „mit den Juden und den Korrupten“.

Im August 1908, einen Monat nach der Machtergreifung junger Armeeoffiziere, die sich Jungtürken nannten, gab es eine Feier in Jerusalem und Ekrem begann seinen Bericht pathetisch „Die Stimmen des Glücks der Stadt Jerusalem, für die es kein Beispiel gibt in der ganzen Welt…“ um sich dann über Gerüchtemacher zu beschweren.

Ekrem schrieb kurz danach einen Bericht an den Innenminister, in dem er diesen über neue arabische Schulen und Klubs informiert. „Die Erklärung einer Verfassung und ihre Durchführung haben allmählich Unabhängigkeitsgefühle unter den Arabern erweckt… Diese Idee ist gegenwärtig geheim, aber man kann fühlen, dass das Volk in diese Richtung tendiert.“

Er bat Konstantinopel etwas dagegen zu tun. „Es ist meine Meinung, dass das Konzept der Freiheit hier zum bedauerlichen Missbrauch führen wird… Die korrupten Banden der Vornehmen, welche die analphabetische lokale Bevölkerung als ihre Beute sehen, werden die Idee der Freiheit als ein wichtiges Mittel des Ungehorsams und der Revolte betrachten.“ Er schlug vor, für hohe Posten in Jerusalem nur Türken und keine Araber zu ernennen. Die Araber waren dagegen, das Türkisch die offizielle Sprache des Staates war und forderten das Recht, die offiziellen Schreiben und Petitionen auch in arabischer Sprache schreiben zu dürfen. Sie missbilligten, dass sie im Gericht einen türkischen Übersetzer anheuern mussten, wenn sie ihr Begehren nicht in türkischer Sprache vorbringen konnten.

Die Einwanderer der zweiten Alija hatten viele Probleme zu bewältigen. Ein Problem der Siedlungen waren die arabischen Wachleute, die verdächtigt wurden, oft mit arabischen Dieben gemeinsame Sache zu machen. Damals zur Zeit der Pogrome in Russland entwickelte sich die Idee der Selbstverteidigung unter den osteuropäischen Juden, die von den Juden in Eretz Israel an die lokalen Bedingungen adaptiert wurde. Im April 1909 wurde der „Haschomer“ (Die Wache) gegründet und bald wurden die Felder, das Eigentum der jüdischen Siedler und auch ihr Leben von jüdischen Wachleuten verteidigt. Was von den türkischen Behörden und den Arabern nicht gerne gesehen wurde.

Auch in Jerusalem entstand eine zionistische Gemeinschaft, die Hebräisch sprach, eine hebräischsprachige Bibliothek, moderne Schulen und Kindergärten, eine Akademie für Lehrer und die Bezalel-Kunstschule betrieb. 1909 wurde das zweite hebräische Gymnasium eröffnet. Viele Sefardim gehörten diesem aufgeklärten Teil der jüdischen Gemeinschaft an.

Jüdische Firmen wurden in Jerusalem gegründet, die Bücher und Zeitungen druckten und auch die Leichtindustrie entwickelte sich sowie der Bausektor, Geschäfte, Handel und sogar Beherbergungsunternehmen für Touristen. Doch es gab noch immer das Chalukka-System in der Stadt. Vor dem Ersten Weltkrieg waren von den 70.000 Einwohnern 45.000 Juden. Doch war es klar, falls eines Tages schwere Zeiten kommen sollten, die Juden Jerusalems diese nicht durchstehen könnten.

Der Balkan steht auf gegen das Osmanische Reich

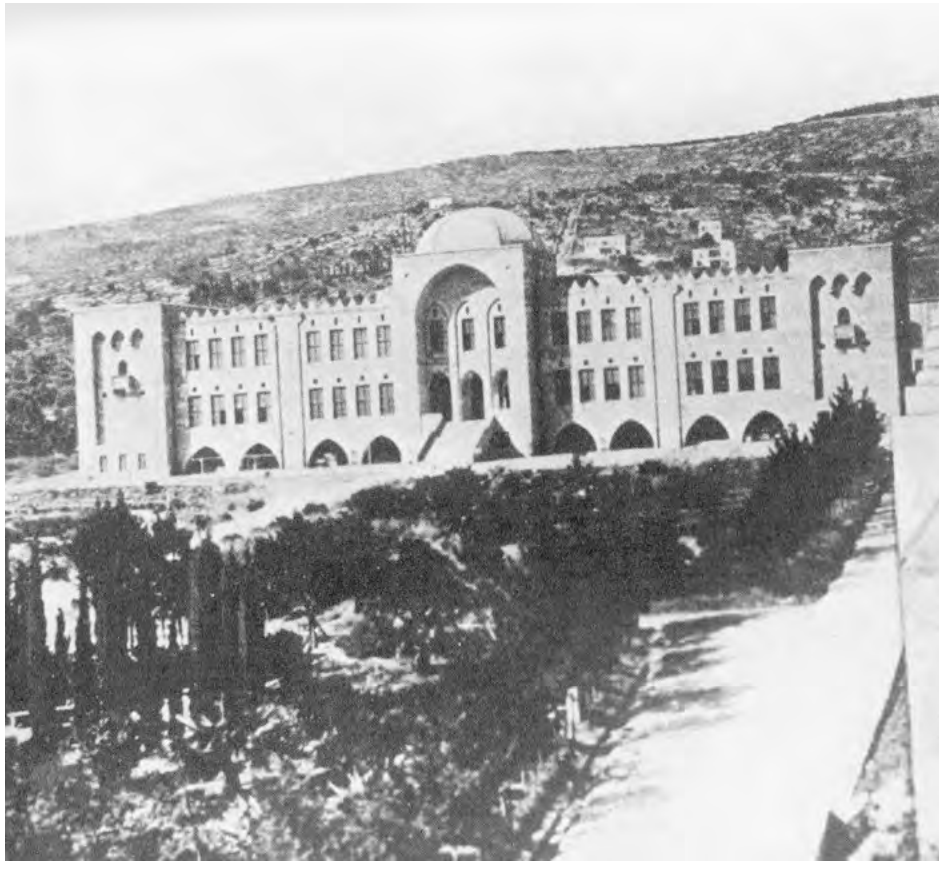
Ab 1912 hatte das Osmanische Reich mehrere politische Konflikte zu bewältigen. Serbien, Bulgarien und Griechenland gründeten eine Balkan-Liga. Im Oktober 1912 erklärte der König von Montenegro dem Sultan den Krieg und eine Woche später haben sich die anderen drei Balkan-Länder angeschlossen. Sie forderten ethnische Autonomie in den von den Osmanen kontrollierten europäischen Provinzen. Die osmanische Armee wurde mobilisiert, doch angesichts der schweren Verluste gab das Osmanische Reich nach und willigte in einen Waffenstillstand und später in Friedensverhandlungen ein.

Die Jungtürken hatten aber auch zuhause Probleme. Eine liberale Partei entstand, die im Juli 1912 die Wahlen gewann. Doch im Januar 1913 putschten die Jungtürken wieder, sie drangen mit Gewalt in den Palast, erschossen den Kriegsminister und stellten die anderen Regierungsmitglieder vor die Wahl, zurückzutreten oder erschossen zu werden. Alle traten sofort zurück.

Das Triumvirat Ismail Enver, Mehmed Talaat und Ahmed Dschemal regierten das Osmanische Reich bis zur Niederlage am Ende des Ersten Weltkriegs. Eine der ersten Aktionen der neuen Regierung war den Kampf gegen die Balkan-Liga wieder aufzunehmen, um verlorene Gebiete zurückzuerobern. Doch im März 1913 sahen sich die osmanischen Truppen in Adrianopel (Edirne) gezwungen, sich der bulgarisch-serbischen Armee zu ergeben. Ismail Enver gelang es Adrianopel zurückzuerobern, doch im Londoner Friedensvertrag vom Mai 1913 hatte das Osmanische Reich mit Ausnahme eines kleinen Gebiets rund um Konstantinopel alle europäischen Besitzungen verloren und damit den größten Teil seiner christlichen Bevölkerung.

Ruppin sah in dieser Entwicklung eine Bedrohung des zionistischen Aufbauwerkes, denn das Osmanische Reich wurde nunmehr in der großen Mehrheit muslimisch. Er meinte entweder werde das Regime alle Zeichen des Nationalismus unterdrücken oder aber würde es den Arabern entgegenkommen. Ruppin folgerte, die Regierung würde sich noch stärker gegen die Einwanderung von Juden und gegen deren Landerwerb stellen. In einem Memorandum vom Januar 1913, über die Ergebnisse der letzten zwei Jahren brachte er es auf den Punkt: „Die Araber werden von dieser … Krise gestärkt herauskommen.“ Doch seine Bilanz war positiv, „ein beträchtliches Gebiet“ wurde in dieser kurzen Zeit erworben, fast 50.000 Dunam (ein Dunam = knapp 1000 m^2) im ganzen Land. In den Städten, so auch in Jerusalem gab es Landkäufe. Diese waren notwendig „um uns für die zu erwartenden schweren Zeiten zu bestärken“.

Doch natürlich hatten die Juden nicht genug Land. Um weiteres zu erwerben war es notwendig dieses von arabischen Besitzern zu erwerben. Doch „wenn das arabische Nationalbewusstsein bestärkt wird“, kam der Bericht zum Schluss, „dann werden wir einen Widerstand erleben, der vielleicht mit Geld nicht mehr beseitigt werden kann… sollten die Araber den Verkauf ihres Landes an Juden als ein nationales Unglück und als Verrat betrachten, dann wird die Situation für uns beträchtlich schwieriger.“



Das Technion, die weltberühmte Technische Universität Israels mit Sitz in Haifa. Erste Unterrichtssprache war Deutsch.

Ruppin nahm neben der Erstarkung des Jischuv auch die Tatsache wahr, dass die Araber in Eretz Israel begannen sich von der Loyalität zum Osmanischen Reich abzusetzen, was die zionistischen Ziele bedrohte. „Bislang sind die Araber nicht organisiert und nicht stark genug, um sie gegenwärtig als Bedrohung zu empfinden.“ Doch das könnte sich sehr schnell ändern, meinte er bei einem privaten Gespräch. „Wir müssen mit einem Feind rechnen, der sehr ernstgenommen werden muss in naher Zukunft“.

1913 waren sich die führenden zionistischen Persönlichkeiten einig, dass Hebräisch die Sprache im Gelobten Land werden wird. Ruppin hatte jahrelang versucht die Sprache zu erlernen. In diesem Jahr zog S.Y. Agnon, der bedeutende hebräische Schriftsteller und spätere Nobelpreisträger in Ruppins Haus, um ihm in seiner Freizeit die Sprache beizubringen. Doch auch er war erfolglos. Ruppin machte sich Sorgen, ein schlechtes Beispiel abzugeben. In seinem Tagebuch merkte er an, Hebräisch muss die Sprache des Jischuv werden, denn sonst kommt es zum Streit zwischen den Befürwortern von Arabisch, Deutsch und Französisch.

Zunächst war damals am Technion (TU) in Haifa die Unterrichtssprache Deutsch, doch bald sollte sich das ändern und auch dort wurde wie in den meisten jüdischen Schulen Hebräisch die Unterrichtssprache. Die arabische Zeitung „Filastin“ qualifizierte das Hebräische als „nutzlos für die Welt“ in einem Leitartikel, „ausgenommen als Waffe des Zionismus.“

Hebräisch war nicht nur die Sprache der Bibel, sondern wurde während der nächsten Jahrzehnte zu einer lebendigen Sprache des Jischuvs und später des Staates Israel.

Auch die moderne hebräische Literatur hat die Weltliteratur bereichert und heute gibt es in den meisten arabischen Staaten an den Universitäten Lehrstühle für Hebräisch.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

L 330 =
1.7.35.

Jüdische Rundschau

GESEZIMME

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen) vierteljährlich:
I. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
II. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

✡ Organ ✡
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststr. 49a.
Geschäftsstunden der Expedition: täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion:
Berlin N W. 52, Melanchthonstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 36-40. Berlin, 8. Ellûl 5665 — 8. September 1905 X. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Basler Programm.)

Ein Brief der englischen Regierung

Der Zionismus und seine Gegner
Von Heinrich Sachse

Mitteilungen des Zentralbureaus

Lehren des VII. Kongresses
Von Dr. Kalmus, Hamburg

Die Politik im Zionismus
Eine Stimme aus dem Parterre von Tubal

Ussischkin und Greenberg
Von Hans Block

Massenmeeting in London

Aus der Bewegung
Mainz. Cassel. Lübeck. Franfurt a. M.

Rundschau
Aus dem christlichen Russland
Ein elementares Unglück
Deutsche Sprachkurse für Ausländer
Judentag
Der neue Riegel
Schafft armen Hebräern ein Vaterland
Jüdischer Antisemitismus
Rundschau der Presse

Sprechsaal

Nationalfond

Briefkasten der Redaktion

Literaturblatt No. 12

Vorgeschichtliches vom Zionismus
Von Heinrich Loewe

Ueber das Wesen des Judentums
Von Elias Auerbach

Literaturbericht

Gedenket

Zentral-Sammelstelle für Materialien
Frau Dr. Margarete Joel,
Lübeck, Beckergrube 58

des

Nationalfond-Zentrale f. Deutschland
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

Herzlwaldes!

Eine jüdische Theater- und Filmkarriere: Paul Muni zum 125. Geburtstag

Der jiddische Muttersprachler Muni aus Österreichisch-Galizien wurde in Amerika zu einem der berühmtesten Theater- und Filmschauspieler seiner Zeit.

Von Dr. Stefan Winckler

In seinem aufschlussreichen Werk „Die Welt von gestern" beschreibt Stefan Zweig den wertvollen Beitrag jüdischer Bürger für das Kaisertum Österreich und v.a. für die Stadt Wien. Sie wussten zu schätzen, dass sie seit 1867 gleichberechtigt waren, und gaben dem geliebten Wien etwas zurück, was das christliche Bürgertum, der Adel und der Kaiserhof nicht leisten wollten oder konnten. So war laut Zweig rund 90 Prozent dessen, was als Wiener Kultur des 19. Jahrhunderts gilt, „eine vom Wiener Judentum geförderte, genährte oder sogar schon selbst geschaffene Kultur".

Ähnlich dürfte es sich mit der Leistung von Juden europäischer Herkunft in Amerika verhalten haben: Sie kamen in ein Land, das ihnen Aufstiegsmöglichkeiten bot, ungeachtet von Stand und Religion. Im Gegensatz zu Russland und anderen Teilen des östlichen Europas gab es in den Vereinigten Staaten keine Pogrome oder antijüdische Gesetze. So identifizierten sich jüdische Einwanderer mit den USA und erlangten aufgrund ihres Talents und Fleißes auch in der Theater- und Filmszene eine erhebliche Bedeutung. Aus Anlass seines 125. Geburtstages soll hier die Karriere des Schauspielers Paul Muni beschrieben werden.

Paul Muni

Jugend und Aufstieg

Der jiddische Muttersprachler Muni wurde am 22. September 1895 in Lemberg (Österreichisch-Galizien; heute: Lwiw) unter dem Namen Frederich Meshilem Meier Weisenfreund geboren. Mehr als ein Viertel der etwa 160.000 Einwohner war jüdisch, die Hälfte polnisch. Jüdisches Leben lässt sich dort seit dem Mittelalter nachweisen; um 1900 hatte sich sowohl eine orthodoxe wie auch eine liberale Gemeinde herausgebildet, die beide strikt getrennt voneinander lebten. In der mitteleuropäisch geprägten Stadt gab es vor dem Ersten Weltkrieg kaum Nationalitätenstreit; im Übrigen stammt von Kaiser Franz Joseph der Satz: „Ich dulde keine Judenhetze in meinem Reiche. Jede Antisemitismusbewegung muß sofort in ihrem Keime erstickt werden".

Dennoch wanderte die Familie 1902 nach Amerika aus. Sie ließ sich in Chicago nieder. Dem elterlichen Beispiel folgend, wurde Muni Schauspieler: bis ins 32. Lebensjahr hinein trat er ausschließlich in jiddischen Bühnenstücken auf. Seine schauspielerischen Fähigkeiten, oft unterstützt durch eine aufwendige Maske, müssen schon im Kindesalter hervorragend gewesen sein – so spielte er mit zwölf Jahren einen 80-Jährigen: das war seine erste Bühnenrolle. 1921 heiratete er eine Kollegin vom Jiddischen Theater, Bella Finkel, mit der er bis zu seinem Tode zusammenblieb. Nachdem Muni 1925 als zweitbester Darsteller nach Ludwig Satz (jiddischer Komiker, auch er ein gebürtiger Lemberger) bezeichnet wurde, gelang ihm ein langfristiges Engagement am Broadway, und schon bald der „Sprung" nach Hollywood.

Charakterdarsteller in Spielfilmen

Für die Darstellung eines Mörders in seinem ersten Film „The Valiant" (1929) erhielt er eine Oscar-Nominierung. In „Seven Faces" (1929) stellte er sieben unterschiedliche Charaktere dar, beginnend mit einem alten Aufseher im Wachsfigurenkabinett, gefolgt von Napoleon, Franz Schubert, einem Afrikaner, einem Cockney-Londoner u.a.. Beide Streifen gehören zu den frühen Tonfilmen.

> „Kaiser Franz Joseph: „Ich dulde keine Judenhetze in meinem Reiche. Jede Antisemitismusbewegung muß sofort in ihrem Keime erstickt werden."

Kommerzieller Erfolg war ihm erst mit „Scarface" (1930 gedreht, 1932 aufgeführt) beschieden, einem der ersten stilprägenden Gangsterfilme. Muni überragte in der Hauptrolle als italo-amerikanischer Verbrecherboss, so dass Filmstar Al Pacino noch 1983 sagen konnte, Muni sei ihm ein Vorbild, jedenfalls was seine Hauptrolle in der Neuverfilmung von „Scarface" anginge. 1932 folgte mit „Jagd auf James A." der nächste Film – über einen entflohenen Kettensträfling, ebenfalls ein originelles, sozialkritisches Werk. Für seine Leistung in der Titelrolle nominierte ihn die „Academy of Motion Picture Arts and Sciences" für den Oscar. Nach einer weiteren Oscar-nominierten Hauptrolle im gesellschaftskritischen Film „In blinder Wut" (1936) wandte sich Muni anspruchsvollen historisch-biografischen Stoffen zu. Unter Regie des deutschen Exilanten Wilhelm Dieterle war er als Louis Pasteur (1936), Emile Zola (1937) und Juarez (1939) überzeugend: Für die Hauptrolle in „Louis Pasteur" erhielt er den Oscar, als erster jüdischer Schauspieler überhaupt.

Louis Pasteur erscheint hier als Gegner von Ignoranz und Vorurteilen, als heftig angefeindeter Neuerer. Eine weitere Oscar-Nominierung folgte. Diese „biopics" (Filmbiografien) entstanden nicht zufällig zwischen 1933 und 1939. Dieterle und seine Autoren mahnten humanistische Werte an, etwa den Einsatz Zolas gegen den Antisemitismus am Beispiel der Dreyfus-Affäre. Selbst die Romanverfilmung „Die gute Erde" mit Muni als chinesischem Bauern kann als völkerverbindend eingeschätzt werden.

Kennzeichnend war für ihn neben der äußerlichen Angleichung die intensive Vorbereitung auf die Rolle. Er wollte die entsprechende Persönlichkeit so genau wie möglich kennen, um ihr vor der Kamera gerecht zu werden.

In den folgenden Jahren war der Publikumsgeschmack verstärkt auf „Helden" in Western, Kriegs- und Abenteuerfilmen ausgerichtet, und Darsteller mit einer Körpergröße von 1,90 Meter waren gefragt (John Wayne, Gary Cooper, später Gregory Peck und Charlton Heston). Demgegenüber stand Muni mit einer Körpergröße von 1,75 Meter etwas zurück. Gleichzeitig war Muni durch eine lebenslange Herzschwäche behindert und sehr wählerisch in Bezug auf Filmangebote. So war er nach 1939 fast nur noch in Nebenrollen zu sehen. Muni lehnte Angebote ab, die er für künstlerisch oder gesellschaftlich „belanglos" hielt. Selbst ein 800.000-Dollar-Vertrag über mehrere Filme konnte ihn 1940 nicht locken.

Das pro-zionistische Theaterprojekt

Umso stärker war er wieder auf den Bühnen am Broadway präsent. 1946 wirkte er in „A Flag Is Born" mit. Dieses Drama von Ben Hecht mit der Musik von Kurt Weill, produziert von der „American League for a Free Palestine" (ALFP) warb für politische und finanzielle Unterstützung zugunsten der jüdischen Gemeinschaft im Mandatsgebiet, und nicht zuletzt für die jüdische Zuwanderung dorthin. Dieses offen politische Stück war kommerziell erfolgreich genug (120 Aufführungen alleine in New York), um auf Tournee durch die Vereinigten Staaten zu gehen. Eleanor Roosevelt, Lion Feuchtwanger und Leonard Bernstein gehörten dem Sponsorenkreis an. Muni spielte darin einen älteren, kranken Schoah-Überlebenden auf dem Weg nach Palästina, der am Vorabend des Schabbat auf einem Friedhof in Europa betet und in seinen Visionen biblischen Personen begegnet.

Karriereende

Angesichts der künstlerischen Erfolge in den 1930er Jahren und der kontinuierlichen Theaterarbeit über Jahrzehnte geraten die wenigen weiteren Filmauftritte Munis zur Nebensache – auch wenn er 1960 ein weiteres Mal für den Oscar als Hauptdarsteller in „Der Zorn des Gerechten" nominiert war. Damit schloss er die Kinokarriere ab. Ein Tony Award („Bühnen-Oscar") 1955 fiel zeitlich zusammen mit einer weiteren gesundheitlichen Krise: Dem 60-Jährigen musste wegen eines Tumors das linke Auge entfernt werden, so dass er sich allmählich auch vom Theater zurückzog.

Seine letzten Lebensjahre verbrachte Muni in Montecito bei Santa Barbara, wo er am 25. August 1967 verstarb.

Ein glamouröser, nur an Geld und Medienrummel interessierter „Star" war Paul Muni nie. Zweifellos war er der bedeutendste jüdische Charakterdarsteller seiner Zeit in Amerika, dicht gefolgt von Edward G. Robinson.

Rav Kook: Ein prophetischer Denker der jüdischen Wiederfindung und Rückkehr in die heilige historische Heimat

Der Großrabbiner hatte in den 1920er Jahren großen Anteil daran, auch orthodoxe Juden für die Idee des Zionismus zu gewinnen und gilt als geistiger Vater des religiösen Zionismus und Wegbereiter der Staatsgründung Israels. Am 1. September jährt sich sein Todestag zum 85. Mal.

Von Richard Blättel

Abraham Isaac Kook im Jahre 1924

Zionismus und Kabbala: Eine heilvolle Allianz

Als Rav Kook 1904 in Jaffa ankommt, wird er in dieser Stadt erster Oberrabbiner, wobei auch die wachsenden jüdischen Ansiedlungen im britischen Mandatsgebiet Palästinas unter seinem Einfluss stehen. In innerer Verbindung mit dieser Jahreszahl stehen Gedichte von Chaim Nachman Bialik wie „Auf der Schlachtbank“ und „In der Stadt des Tötens“, mit denen er auf die Pogrome im russischen Kischinew reagiert. Es ist auch der Zeitraum, der zur zweiten Auswanderungswelle führt, um eben der Schlachtbank zu entgehen. 1914 reist Rav Kook nach Frankfurt zu einer Konferenz der ultraorthodox geprägten „Agudat Jisrael“, um für seine zionistische Vision zu werben, die im charedischen Umfeld auf großen Widerstand stieß. Der jähe Ausbruch des Ersten Weltkriegs leitet indes eine Zeit des Exils ein, die ihn über St. Gallen nach London führt. Da hat er eine Rabbinatsstelle inne, schärft aber vor allem seinen persönlichen und sehr eigenen Blick auf das zionistische Anliegen im Kontext kabbalistischen Geschichtsbewusstseins: Die unermessliche Destruktivität des Ersten Weltkriegs erscheint ihm insofern als metaphysische Katastrophe, als diese selbst die Gegenwart Gottes in eine Exilsituation versetzt. Kook spürt dem jüdischen Schicksal der Diaspora nach und verbindet mit seiner Sehnsucht nach Zion jene Heilung der innerweltlichen Sphäre, welche Gott in die Welt zurückbringt – wobei auch säkulare Zionisten ihren Beitrag leisten.

Israel wird dabei zum Fluchtpunkt einer ganzheitlichen Vision, die den zerstörerischen Nationalismen entgegengesetzt ist. So richtet Kook in einem offenen Brief im Mai 1917 an Claude Montefiore, der das englische Reformjudentum mitbegründete, folgende Worte:

„In this extraordinary time, in which God´s hand is seen so wondrously in world history and in our nation´s history, it is bewildering that there are people with dim minds and unfeeling hearts who have the presumption to speak out with the purpose of minimizing and dissolving the great original Jewish wholeness – at this moment when the awareness of it is so necessary or our whole status in history.”

Wenige Monate später wird Kook Zeuge der Balfour-Deklaration und sieht sich in seiner Vision bestätigt. Mit der Rückkehr nach Jaffa 1919 übernimmt er das Oberrabbinat von Jerusalem und wird 1921 zum ersten aschkenasischen Großrabbiner ernennt. Als unkonventionelle – gar revolutionäre – berühmt gewordene halachische Entscheidung sei hier folgende außerordentliche Verfügung erwähnt: Säkulare Zionisten leisteten in der Landwirtschaft Pionierarbeit und Rav Kook gewährte ihnen, auch im Schmitta-Jahr landwirtschaftliche Dienste zu verrichten, was streng halachisch verboten wäre. Seine Vision vom Wiederaufbau Israels paarte sich mit einem beeindruckenden Pragmatismus: Die situative Dringlichkeit gebot ihm diese Priorisierung, was ihm im ultraorthodoxen Lager aber auch Feinde schuf. Diese historisierende Skizze verdeutlicht klar Rav Kooks zionistische Wirkungsmächtigkeit.

Im Zeichen eines ganzheitlichen Denkens

Es ist indes bedauerlich, dass Rav Kook allzu oft auf eine Symbolfigur reduziert wurde, was der Vielschichtigkeit seiner Persönlichkeit in keiner Weise gerecht wird. Denn durch sein Wirken ist nichts Geringeres als eine jüdische Renaissance angelegt, indem er die rabbinisch-talmudische Auslegetradition mit Kabbala, Philosophie und Poesie verknüpft und daraus ein genuin eigenes und faszinierendes Denken schafft, das sich jeglicher Schubladisierung entzieht. Sollte man sich um eine Einordnung bemühen wollen, dann passt das Etikett „Spiritualität“ einigermaßen auf ihn zu. Dieses darf indes nicht dahingehend missverstanden werden, als schwebe Rav Kooks Gedankenuniversum abgehoben in den Lüften, denn dieses bleibt grundsätzlich im orthodoxen Boden der Halacha als dem Religionsgesetz verwurzelt.

Als dialektischer Denker sucht er jedoch nach den Spannungsbögen und bindet das zur Sprödheit tendierende Gesetz an die Aggada, worunter die verlebendigende Anschaulichkeit narrativer Elemente zu verstehen ist. Das kreative und gleichzeitig schöpferische Zusammenspiel zwischen Halacha und Aggada befruchtet ein schöpferisches Denken, dem eine holistische Dynamik innewohnt: Als lebendige Bewegung zu einer vereinigenden Ganzheit, die aber nicht als spekulative Begriffsbewegung missverstanden werden sollte. Denn es geht im existenziellen Sinne um den ganzen Menschen mit seiner Wahrnehmung und seiner Sinnlichkeit. Dieses Zusammenspiel bildet eine Art Keim- und Geheimzelle, um die Sphären von Begrifflichkeit und Bildlichkeit so zu verschmelzen, dass mystische und rationale Elemente trennunscharf werden. Gesteigert wird diese Disposition durch eine hohe Assoziativität, welche sein tagebuchartiges Schreiben prägt. Dieser fragmentarische und unfertige Charakter ist zentral für das Verständnis seines Schreibens.

Viele seiner Schriften wurden von seinem Sohn geordnet und publikationsfähiger gemacht. Vielleicht ist es gerade dieser sperrige Charakter, der durchscheint und gleichzeitig irritiert und fasziniert. Möchte man sein Schreiben in ein Bild übersetzen, so erinnern seine Wörter an Funken. Diese Assoziation ist natürlich nicht beliebig, denn der Einfluss der lurianischen Kabbala ist nicht in seinem Werk nicht zu übersehen. Das Einzigartige dabei ist indes, dass Rav Kook weniger thematisch orientiert über diese kabbalistische Prägung schreibt als vielmehr performativ die darin enthaltenen Energien auszudrücken versucht und das Wort mithin zu einer Tat werden lässt. – Und die Tatkraft des Menschen als Partner Gottes in einem nicht abgeschlossenen Schöpfungsprozess als eine entscheidende anthropologische Dimension freilegt.

Seine Herkunftsgeschichte verdeutlicht die Vielschichtigkeit: Abraham Isaak HaCohen Kook kommt 1865 in Grieva – dem heutigen Litauen – zur Welt, was insofern bedeutsam ist, als die berühmte litauische Talmudschule von Volozin eine Referenz für eine außerordentliche Gelehrsamkeit darstellt und auch das Zentrum der sogenannten Mussar-Bewegung ist, welche sich durch eine asketische und rationalistisch ausgerichtete Ethik auszeichnet. Diese Bewegung kann erneut mit dem Element des Spröden in Verbindung gebracht werden, die im zeitgleich aufkommenden mystisch geprägten Chassidismus eine Bedrohung sah, und sich entsprechend auch als Gegner bzw. „Mitnagdim“ bezeichneten. Indem nun der Vater der mitnagdischen, die Mutter der chassidischen Tradition entstammt, deutet sich just jene spannungsreiche Konstellation an, die Rav Kooks Denken in Gegensätzen und Ambiguitäten schöpferisch werden lässt. Mithin werden ideologische Verkrustungen aufgebrochen. So wird für Kook der Akt des Lernens selbst zu einer Art metaphysischen Erfahrung, indem das schöpferische Denken sich verfeinert, zu größeren Einheiten verschmilzt und sich durch die Betrachtung der gesamten Schöpfung der Lebendigkeit Gottes annähert.

Darin ist auch eine starke Affinität gegenüber Maimonides zu erkennen, dessen Intellektualismus als Ausbildung in Richtung eines prophetischen Bewusstseins verstanden werden muss. Neben den bereits genannten Strömungen und Gegenströmungen darf die jüdische Aufklärungsbewegung – die Haskala – nicht unerwähnt bleiben, die gerade Maimonides in aufklärerischen Bahnen signifikant rezipiert. Der Untertitel der Studie von Yehudah Mirsky «Mystic in a Time of Revolution» (2014) verweist treffend auf die Problematik zwischen den gegenseitig kollidierenden Ideologien im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: Die erratische Tradition rabbinischer Autorität sei durch die Transformationsprozesse in Bewegung und vor allem ins Wanken geraten. Das

Pedro UGARTE, AFP

Zionismus und jüdische Frömmigkeit schließen sich nicht gegenseitig aus - im Gegenteil!

Konzept der Autorität nahm unterschiedliche Formen an. Während der Aufklärer auf die Autorität der Vernunft setzte, zeichnete sich der mitnagdische Talmudist durch elitären Intellektualismus aus und zu guter Letzt bildete sich an den chassidischen Höfen das Vorbild des charismatischen Rebben aus.

Rav Kook verstand diese Zeichen seiner Zeit, die letztendlich auch den Weg in eine jüdische Moderne wies und insbesondere öffnete. So werden die Offenheit und Empfänglichkeit zu seinen herausragenden Qualitäten, um aus dem Fundus religiöser Tradition Verbindungen zu weltlichen Sphären wie Wissenschaften und Kunst zu schlagen. So sind Schöpfung und Evolution für Kook kein Widerspruch, sondern Ausdruck eines sich unendlich ausdifferenzierenden Schöpfungsprozesses. Oder gemäß einer anekdotischen Ausführung von Mirsky besuchte Kook in London die Nationalgalerie und war vom Leuchten in Rembrandts Gemälden derart überwältigt, so dass er dieses Licht gemäss einem Midrasch mit dem ursprünglichen Licht der Schöpfung in Verbindung brachte. Auch der damaligen avantgardistischen Idee des Vegetarismus stand der offen gegenüber und aß selber nur am Sabbat Fleisch, wie es in einer wertvollen englischen Textkompilation von Rabbi Ari Zèev Schwartz in «The Spiritual Revolution of Rav Kook» (2018) dargestellt wird. Beide neueren Studien heben das Revolutionäre im Denken von Kook hervor.

Erstaunliche Wahlverwandtschaft zu Henri Bergson

Das innere Vibrieren geistigen Lebens erinnert stark an den jüdischen Philosophen Henry Bergson, der in Rav Kooks Tagebüchern erwähnt wird. Es handelt sich insbesondere um den Élan vital, dem sogenannten Lebens-Schwung, der nicht rein rational-begrifflich zugänglich ist, sondern in der erlebenden Dimension der Dauer, was bei Bergson eine verinnerlichende Intuition verlangt. Kook greift just diese Intuition auf und transformiert sie in den kabbalistischen Kontext eines strömenden Lebens, welches sich mit dem strömenden Bewusstsein in struktureller Ähnlichkeit dynamisiert und Spuren der schöpferischen Evolution vergegenwärtigen lässt. Für dieses tiefe und intuitive Denken bildet der Gesamtzusammenhang von schriftlicher und mündlicher Tora die geistige Matrix bis in die kleinsten Verästelungen hinein. Dieses schöpferische Denken kreist letztendlich um das Leitmotiv der «Teschuva». Im engeren Sinne beinhaltet dieses das theologische Thema des Sündenbekenntnisses und der damit verbundenen Reue. Im wortwörtlichen Sinne meint Teschuva auch «Antwort», welcher die Rückkehr zu Gott als radikale Umkehr inhärent ist. Es ist dieses Motiv, welches das gesamte Denken von Rav Kook ausmacht, wobei die Sphären der Halacha, Kabbala und Philosophie sich durchdringen und vereinigen. Um den Duktus dieses gedanklichen Gepräges näher zu bringen, sei hier auf «Die Lichter der Tora» verwiesen.

Es handelt sich dabei um das einzige Werk, das bis anhin in deutscher Sprache erschien. Eveline Goodman-Thau und Christoph Schulte haben dieses herausgegeben und mit einem gehaltvollen Vorwort versehen. Folgende Stelle veranschaulicht die genannte Verwebung mit dem Schwung des Lebens und ermöglicht ein adäquates Verständnis eines Zionismus, der die universale Bedeutung aus dem Zusammenhang zwischen Tora und Israel schöpft:

«Die öffentliche Erleuchtung, die Geschäftigkeit, der Dienst, die Tat, die Halacha, die Aggada, das Offenbare, das Verborgene, die Überlieferung, die Moral, das Lied, die Witzigkeit und die Ernsthaftigkeit des Kopfes, die Auseinandersetzung und die Logik, die Feinheit und der Hinweis – all diese sind nur eingeteilt von außen und nicht von innen. Denn im Leben selbst, seinem inneren Strom, der in der Seele empfunden wird, vom Schatz des höchsten Lebens, fließt alles über in einem Prozeß, in Einheit und Angleichung – geteilt und entfernt voneinander, scheint es, daß jeder einzelne sich vor seinem Gefährten hüten und sich vor ihm fürchten muß, danach ausspäht, sich durch seinen Fall zu erheben und sich aus seiner Zerstörung zu füllen. Die wahre Einheit und der höchste Frieden voller Leben, der wahrhaftig vom Überfluss des Namens des Heiligen – Er ist gesegnet – kommt, kann sich überhaupt unmöglich im Ausland entwickeln.»

Diese Vision erinnert zu guter Letzt an Schlegels romantisches Programm der progressiven Universalpoesie, in der er alle Lebens- und Kunstbereiche aufeinander zu beziehen versuchte, um ein nicht fixierbares Romantikkonzept zu propagieren. Man könnte den Eindruck gewinnen, als schreibe Rav Kook dieses Programm im Sinne einer jüdischen Romantik um. Auch wenn die Tendenz einer gewissen Verklärung dabei nicht von der Hand zu weisen ist, stellt Rav Kooks prophetisch anmutende Stimme gerade heute eine Referenz dar, wenn es darum geht, Antworten auf Herausforderungen jüdischer Existenz im Rahmen einer Nation, aber nicht nationalistisch, kritisch zu reflektieren. Dies umso mehr in unruhigen Zeiten, in welchen es in der ernüchternd realpolitischen Landschaft Israels an erneuernden Visionen fehlt. – Und vielleicht auch an jenem Mut, der für Kooks moralischen Anspruch stand, mehr als bloß eine Nation zu sein.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Davos – die jüdische Sommerhauptstadt Europas

Im Schweizer Kanton Graubünden machen so viele in- und ausländische orthodoxe Juden Urlaub, dass selbst die dortigen Hotels auf koschere Küche umstellen.

Von Peter Bollag (Redaktion Audiatur)

Blick über den weltberühmten Alpen-Ort in Graubünden.

Nach dem Trauertag Tischa Be'Aw (er fiel in diesem Jahr auf den 29. Juli) beginnt vor allem in den Bergen der „jüdische Tourismus" wie jeden Sommer so richtig zu florieren – Tausende, oft orthodoxe, aber auch weniger observante Gäste aus Israel, den USA, Belgien und vielen anderen Ländern bevölkern dann bis ca. Ende August wieder Dörfer und Kurorte in den Alpen.

Vermutlich werden in diesem Jahr der Euro-Schwäche und -Krise auch weniger jüdische Touristen in die Schweiz kommen, sondern vielleicht eher eines der Nachbarländer Österreich oder Frankreich auswählen. Aber Davos im Kanton Graubünden, die heimliche und inoffizielle jüdische Sommerhauptstadt Europas, wird auch in diesem Sommer wieder von vielen jüdischen Touristen besucht werden, so viel lässt sich jetzt schon voraussagen.

Zwar gibt es dazu keine offiziellen Zahlen, denn die Gäste werden selbstverständlich nicht nach ihrer Religionszugehörigkeit, sondern nach ihrer Nationalität erfasst. Aber wenn im 13.000-Seelen-Ort an einem Freitag im Durchschnitt im August ca. 1.500 Challot (Schabbat-Brot) bestellt werden, kann man sich die jüdische Präsenz im Ort in etwa ausmalen: sie geht in die Hunderte, wenn nicht gar in die Tausende.

Aufeinandertreffen von Nazis und Juden im Urlaub

Entsprechend gibt es zwei kurzzeitige koschere Hotels, mehrere Verpflegungsmöglichkeiten und vor allem unzählige kleinere Synagogen und Gebetsstuben. Die jüdische Präsenz in Davos geht im Übrigen weit zurück – und hat natürlich auch damit zu tun, dass früher auch jüdische Lungen-Patienten hierherkamen – um sich hier gesundpflegen zu lassen. So entstand auch die jüdische Heilstätte „Etania", die auch noch dann weitergeführt wurde, als es längst keine Lungenkranken mehr gab – bis sie schließlich geschlossen werden musste, weil sie als Hotel einfach nicht mehr zeitgemäß war. Die vielen auswärtigen Gäste hatten nach 1933 für den seltsamen Effekt gesorgt, dass hier auf engem Raum jüdische Gäste auf einen Bevölkerungsteil trafen, der sich weitgehend dem Nationalsozialismus angeschlossen hatte: die ortsansässigen Deutschen, verstärkt durch Gäste aus dem Reich. Bis er vom Studenten David Frankfurter 1936 erschossen wurde, leitete hier Wilhelm Gustloff denn auch „die Landesgruppe Schweiz der NSDAP"- Erinnerungen der weniger schönen Art in Davos.

Zurück in die Gegenwart: dass der Ort auch im Hinblick auf den jüdischen Tourismus weniger „Euro-anfällig" ist als andere Destinationen in diesem Sommer, dürfte auch damit zusammenhängen, dass Davos sehr viele inländische jüdische Gäste hat – die kommen vor allem aus dem Großraum Zürich. Nicht zuletzt die relative Nähe und eben die gute koschere Infrastruktur sorgt jeweils dafür, dass aus der Limmat-Stadt in diesen Wochen viele orthodoxe, aber auch eher „säkulare" jüdische Touristen nach Davos kommen, um hier ihre Ferien oder zumindest ein langes Wochenende verbringen. Die Zusammenarbeit der Davoser Tourismusbehörden mit dem Zürcher Rafi Mosbacher, einem bekennenden Davos-Fan, hat hier vor einigen Jahren den Boden dafür geebnet und zum Beispiel auch dafür gesorgt, dass es heute ein Merkblatt gibt mit dem Titel „Tipps und Hinweise für jüdische Feriengäste in der Landschaft Davos".

Die Verbindung Zürich-Davos sorgt nun auch dafür, dass der Welt-Kurort in den Bündner Bergen zu einem Event der besonderen Art kommt: am Schweizer Nationalfeiertag, am 1. August, also, wird in Davos der 12. Sijum Haschass stattfinden. Sijum Haschass: an diesem Tag beenden observante Juden in der ganzen Welt zur gleichen Zeit die Lektüre des Talmud-Studiums, des „Daf Jomi" (Hebräisch für „tägliches Blatt").

In rund siebeneinhalb Jahren lernen Juden jeweils den babylonischen Talmud durch: die Initiative für diese religiöse Zeremonie ging 1923 vom polnischen Rabbiner Meir Schapira aus, sein revolutionärer Vorschlag setzte sich nach anfänglicher Skepsis durch – und heute wird die Beendigung dieser religiösen Lektüre überall dort, wo es große jüdische Gemeinden gibt, mit einer großen Feier, Musik und einem guten Essen begangen.

Jüdische Prominenz reist an

So nun also auch in Davos – dort haben die Organisatoren den Kongressaal gemietet – also jenes Zentrum, wo sich Ende Januar jeweils die Mächtigen der Welt für das WEF versammeln – das Publikum, das am 1. August hierherkommt, wird optisch leicht anders aussehen als die WEF-Gäste (wiewohl auch dort vereinzelt oft in den Delegationen orthodox-jüdische Vertreter dabei sind).

Ein Blick auf die Teilnehmer-Liste des Sijum Haschaas beeindruckt ziemlich: etliche rabbinische Autoritäten, z.B. der Leiter der Torahochschule von Poniwesch, Rav Berel Powarski oder der Wischnitzer Rebbe Rav Mendel Hager, wollen an der Zeremonie teilnehmen – ebenso wie weniger prominente Gäste aus ganz Europa.

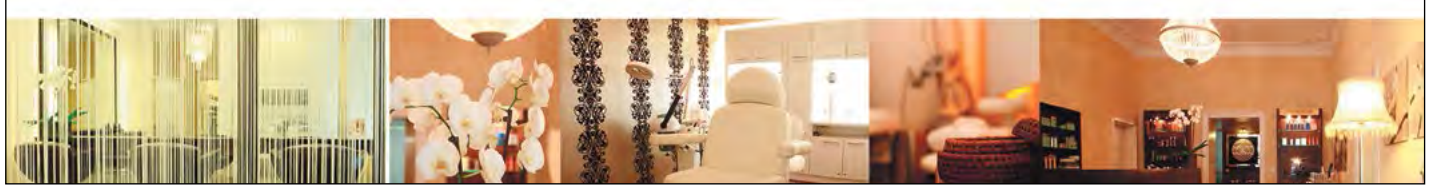
Bei „Davos Tourismus" wusste man einige Tage vorher zwar noch nichts von diesem bald stattfindenden Großereignis, zeigt sich aber – von Audiatur auf die Veranstaltung hingewiesen – hocherfreut darüber und wertet es als weiteres Zeichen, dafür, dass Davos wirklich die jüdische Sommerhauptstadt Europas ist – und es vermutlich auch noch einige Zeit bleiben wird.

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik · Friseur · Maniküre · Pediküre · Permanent Make-up · Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung · Lipolaser · Kryolipolyse · Kavitation · Mesotherapie
Faltenunterspritzung · Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 · 10719 Berlin · Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Wessen Symbol ist der Magen David?

Der Davidstern wurde erst viel später als die Menora zu einem Zeichen der Juden – auch Nicht-Juden nutzten früher das Hexagramm.

Von Oleg Yusupow

Es gefällt nicht allen in Russland, dass im größten Gotteshaus der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau – der Christ-Erlöser-Kathedrale – der sechszackige Stern, das „jüdische Symbol", zu sehen ist.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass einige geometrischen Figuren mit irgendeiner Religion oder Ideologie in Verbindung stehen, und stellen deshalb oft auch keine Fragen mehr über ihre Herkunft. Ein fünfzackiger Stern erinnert uns an den Kommunismus, das Hackenkreuz an den Nationalsozialismus, der Halbmond mit Stern an den Islam, das Kreuz ans Christentum und das Hexagramm an das Judentum. So ist es für manch einen schockierend, ein Kreuz innerhalb des sechszackigen Sterns (Magen David) auf der Basilika Santa Croce in Florenz, ein Hakenkreuz auf der Flagge der finnischen Luftwaffe, in altertümlichen israelischen Synagogen oder auf den Trikots des Frauen-Eishockeyclubs der Stadt Edmonton (Kanada) 1916 zu entdecken.

Ist der sechszackige Stern ein jüdisches Symbol?

Im Gegensatz zur Menora – dem siebenarmigen Leuchter –, die in alten Zeiten als das Symbol der Juden diente, ist der Magen David – aus dem Hebräischen „Davids Schild" – nichtjüdischer Herkunft. Zwar ist er seit über 2.500 Jahren bekannt, wird aber erst seit einigen Jahrhunderten mit dem Judentum in Verbindung gebracht.

Die uralte geometrische Figur namens Hexagramm trug nicht immer den Namen „Davids Schild". Ein älterer Name ist Sigillum Salomonis (Salomons Siegel), das den Siegelring des berühmten weisen Königs schmückte und Dämonen beschwören und Engel herbeirufen sollte.

Ein noch älterer Name des sechszackigen Sterns ist „Siegel des Gottes Vishnu", ein Siegel der Friedfertigkeit. Im Hinduismus wird das Hexagramm oft neben der Swastika (Hakenkreuz) dargestellt, was ein Symbol für Glück und Reichtum ist. Aufgrund der Nazivergangenheit Deutschlands erlangte dieses Zeichen jedoch eine negative Konnotation. Wer hätte im Altertum ahnen können, dass die einen Homo Sapiens im Zeichens der Swastika die anderen Homo Sapiens töten würden, die sich das Hexagramm-Symbol zu eigen machten?

Warum trägt das Hexagramm den Namen Magen David?

Es gibt mehrere Versionen der Namensherkunft „Magen David". Betrachten wir zwei der gängigsten.

Erste Version: Im 12. Jahrhundert beschloss ein gewisser David Alroy (Menachem ben Roy), der falsche Messias, von seiner Heimat Kurdistan nach Jerusalem zu gehen, um die Kreuzfahrer aus der Heiligen Stadt zu vertreiben. Es wird angenommen, dass er es war, der dem Hexagramm seinen eigenen Namen gab und eine sechszackige geometrische Figur zum Symbol des jüdischen Volkes machte.

Zweite Version: Die Krieger des großen jüdischen Königs David verwendeten im Kampf sechseckige Schutzschilde – oder auf ihren Schildern waren sechszackige Sterne abgebildet.

Es wird jedem selbst überlassen, zu entscheiden, welcher Version man Glauben schenken sollte.

Wann wurde das Hexagramm zum Symbol des jüdischen Volkes?

Bis heute ist das älteste Bild eines mit den Juden verbundenen Hexagramms ein Siegel, das im 7. Jahrhundert v.d.Z. in Sidon gefunden wurde; das einem Mann namens Yehoshua ben Yeshayahu gehörte.

In Kfar Nachum (der antiken Stadt Kafarnaum) im Norden Israels befindet sich eine Synagoge, die im 2.-3. Jahrhundert erbaut wurde. Das Ornament des Frieses enthält dekorative fünf- und sechszackige Sterne. In dieser Zeit durften diese geometrischen Figuren jedoch keine religiöse Bedeutung für die Bauherren haben. Das Hakenkreuz wurde häufig als dekoratives Element in Gebrauchsgegenständen, auf Kleidern und Schildern von Soldaten, sowie in Tempeln verwendet. Es wurde in Synagogen aus byzantinischer Zeit in Ein Gedi und in der Siedlung Maoz Chaim entdeckt. Der Anblick des Hakenkreuzes verletzte damals niemanden, und dies blieb bis zur Entstehung des Dritten Reiches der Fall, bis die Nazis das alte Symbol für sich beanspruchten.

Es ist jedoch bekannt, dass die Juden dieses Symbol im Spätmittelalter, unter Karl IV., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, verwendeten: 1357 verlieh Karl IV. der jüdischen Gemeinde von Prag das Privileg, eine eigene Flagge zu besitzen. Die „Flagge Davids" – so wurde sie genannt – stellte das Hexagramm auf rotem Stoff dar, und seitdem nutzten Prager Juden das Emblem in Büchern, auf Gebrauchssgegenständen und an Gebäuden.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts verbreitete sich dieses Symbol in ganz Europa und wurde im 19. Jahrhundert ein fester Bestandteil von religiösen Gegenständen des Judentums und wenig später auch des Zionismus. Von dieser Zeit an begann die Welt, das Hexagramm als ausschließlich jüdisches Symbol wahrzunehmen. Der „gelbe Stern", der von den Nazis als „Judenstern" geschaffen wurde, um Juden abzusondern, stärkte die Bindung zwischen dem leidgeprüften Volk und dem sechszackigen Stern weiter (die besondere Kennzeichnung für Andersgläubige – Juden und Christen – wurde im 7. Jahrhundert im Kalifat des arabischen Großreichs eingeführt; 400 Jahre später mussten in einzelnen Teilen Europas Juden eine gelbe Kleidungskennzeichnung tragen. Im 13. Jahrhundert wurden Juden und Muslime überall in Europa gezwungen, andere Gewände zu tragen, um sich von Christen zu unterscheiden, was zum Ziel hatte, Mischehen zu verhindern,–Anm. d. Übers.).

Was ist ein Hexagramm?

Juden betrachten den Magen David als Schutz vor dem Unglück, und der sechszackige Stern symbolisiert die göttliche Führung auf der ganzen Welt: Erde, Himmel und die vier Himmelsrichtungen.

Laut Meinung vieler Kommentatoren des Tanachs symbolisiert die weiße Lilie mit sechs Blütenblättern das jüdische Volk und ist somit der Prototyp des sechszackigen Sterns. Es wird angenommen, dass die 12 Seiten des Magen David 12 israelitische Stämme darstellen sollen, die von König David regiert wurden.

WIKIPEDIA

Hexagramm-Symbol auf der Fassade der Basilika Santa Croce in Florenz

In der indo-arischen Kultur und der sumerischen Keilschrift verkörperte das Dreieck mit seiner Spitze nach unten das weibliche Prinzip (Mutterleib) und die Spitze nach oben–das männliche (Phallus).

Im Christentum symbolisiert das Hexagramm sieben Jahrhunderte Weltgeschichte „unter der Leitung" von Erzengeln, die mit sieben Planeten verbunden sind. Der wichtigste Erzengel Michael – er ist auch der Erzengel der Sonne –, gilt als „der große Fürst"und verkörpert das Fünfte Element – die Quintessenz, die anderen sechs befinden sich um ihn herum.

Im Islam stellt ein sechszackiger Stern in einem Kreis mit Punkten ein Symbol der Weisheit dar. In mittelalterlichen arabischen Büchern ist das Hexagramm viel häufiger zu sehen als in jüdischen mystischen Werken.

„Das Siegel des Königs Schlomo" (es existiert ebenfalls der Name „Siegel des Königs Leo des Weisen") ist in der slawischen, insbesondere der russischen, Manuskript-Tradition des 15. bis 19. Jahrhunderts und in populären Lindenholztafeln des 18. bis 19. Jahrhunderts (Lindenholztafeln – in Russland einfache bunte Volksbilder auf Holz; hatten meist religiösen, sozialkritischen oder informativen Charakter,–Anm. d. Übers.) Unter den alten Slawen besaß der Gott Veles dieses Symbol und sein Name war „der Stern von Veles".

Im Tantrismus entspricht ein Hexagramm der Harmonie zweier Welten: Materie (ein Dreieck, nach unten gerichtet) und Geist (ein Dreieck, nach oben gerichtet).

Wo in der modernen Welt wird neben dem Judentum das Hexagramm verwendet?

Diese mystische Figur ist oftmals dort anzutreffen, wo man mit ihr überhaupt nicht gerechnet hat. Wie oben erwähnt, zeigt sich das Hexagramm an der Fassade der Basilika Santa Croce in Florenz (Italien) und schmückt die gotische Kathedrale in Valencia (Spanien). Man findet das an den Wänden der Ibn-Tulun-Moschee in Kairo; und auch an der Fassade des Museums für dekorative und angewandte Kunst Usbekistans in Taschkent erscheint es als dekoratives Element. Das Hexagramm befindet sich auch auf einer Münze des Islamischen Königreichs Marokko.

Im 18. und 19. Jahrhundert galt der sechszackige Stern als Symbol für den Stern von Betlehem und somit für die Weihnachtszeit und wurde als Weihnachtsbaumschmuck verwendet; diese Tradition wird in Westeuropa bis heute fortgesetzt.

Sechszackige Sterne finden sich auch in den Symbolen anderer Staaten und Orte. Zum Beispiel in Wappen von Städten wie Spittal an der Drau in Österreich, Hamburg und Gerbstedt in Deutschland, Zagreb in Kroatien, den ukrainischen Städten Poltawa, Konotop und Ternopil, dem estnischen Rakvere und vielen anderen.

Kennen sie die Wappen von Bukowina und Kroatien? Auch dort leuchtet der „jüdische" Stern.

Die inoffizielle Flagge Nordirlands ist wie die Flagge Israels mit einem Hexagramm verziehrt. Und es gibt drei von ihnen auf der Flagge von Burundi.

Was den Magen David in der Hauptkirche Russlands anbelangt, liefert der Erzpriester Michail Ryasantsew die folgende Erklärung: „Die Mutter Gottes stammte aus der Familie von König David, und es ist natürlich, dass dieses Symbol des königlichen Hauses in diesem Tempel zu sehen ist. Stellen wir uns vor: Wenn auf faschistischen Panzern Kreuze abgebildet waren, sollen dann zwangsläufig alle Christen Angreifer und Mörder sein? So kann jede These ad absurdum geführt werden."

Der Autor Oleg Yusupow ist Militärhistoriker.
Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina.

Die Türkei: Staat auf gestohlenem Land

In der Türkei können Sie viele einzigartige Kunstschätze der Antike bewundern – nur ist nichts davon türkisch. Gerade angesichts des von Erdogan vom Zaune gebrochenen Ägäis-Konflikt mit Griechenland ist es wichtig zu wissen, dass die heutigen Türken die Eroberer, und nicht die historisch legitimierten Einwohner des Landes sind, das sie heute besiedeln.

Von Jaklin Chatschadorian

Das erste Kök-Türkische Reich zur Zeit seiner größten Ausdehnung, um 600 n. Chr. - das Staatsgebiet der heutigen Türkei gehört nicht dazu.

An welches Land denken Sie, wenn sie den Begriff „geklautes Land“ lesen, als erstes? Der Antisemit mag an Israel denken, der IS-Scherge an Andalusien und der Neo-Osmane von der südlichen Mittelmeerküste Ägyptens bis an die Mongolei.

Interessant wird es, wenn wir den Prototyp des humanistischen Weltenbürgers deutschen Ursprungs, derzeit vertreten durch das Kabinett Merkel IV, in die Betrachtung miteinbeziehen. Er denkt zunächst an das Großdeutsche Reich und an die Kolonialgeschichte der Europäer oder die Sklaverei, die er nicht nur mit der US-amerikanischen Geschichte, sondern vor allem mit dem gegenwärtigen Präsidenten der USA, Donald Trump, verbindet. Schon fühlt er sich, stellvertretend für die gesamte Gruppe des „weißen Mannes“ gegenüber der ganzen Welt „schuldig“, um sodann die schlechtestmöglichen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Er betont, wegen der Lehren aus dem Holocaust in die Politik gegangen zu sein, und steht damit fest an der Seite des Iran oder verbeugt sich vor dem Grabe eines Terroristen der PLO. Er erklärt die deutsch-israelische Freundschaft zur Staatsräson und bittet stets Israel um Deeskalation, oder bezeichnet einen Verteidigungsschlag als Vergeltungsangriff, ohne sich an der Widersprüchlichkeit dieses Begriffes zu stören. Er verbindet die dunkle Hautfarbe eines Menschen automatisch mit „seiner“ Ausbeutung und seiner moralischen Verpflichtung zur Wiedergutmachung, und nicht zuletzt fast ausschließlich mit dem Islam und dessen hilfsbedürftigen Anhängern.

Was er in seiner ideologischen Verblendung nicht sieht, sind Wirklichkeiten. Allem voran nimmt er gruppenbezogenen Hass nur wahr, wenn dieser einerseits von seinen Landsleuten kommt und sich gleichzeitig nur gegen jene richtet, die er zu beschützen gewillt ist. Den Hass bestimmter Gruppen, ob nun gegen Israel, die Juden, die Christen oder den sogenannten Weißen Mann, überhört er rigoros oder er relativiert ihn.

Konsequent verfemt er jede Kritik am gruppenbezogenen Hass der einen als gruppenbezogenen Hass der Seinen. Kurzerhand verweist er auf Art. 4 Grundgesetz, die Toleranz und die Meinungsfreiheit, am allerliebsten jedoch auf die Demokratie. Die Verklärung der Demokratie geht aktuell so weit, dass man fast meinen könnte, sie sei weniger Denkergebnis der alten Griechen als eine Erfindung der neuen Deutschen.

Historische Fakten, die das Überdenken seiner „Haltung“ erfordern, sind ihm grundsätzlich nicht bekannt. Diese Unkenntnis schützt er, aus purem Humanismus, mit einer leidenschaftlichen Bildungsverweigerung und übernimmt damit eigentlich schon die orientalische Mentalität seiner Günstlinge.

Zeit, sich diese mal, unter dem Titel „Geklautes Land“, genauer anzusehen.

„Al-Andalus“: 711 besiegten die Araber die Westgoten und eroberten Spanien

Andalusien ist spanischen Ursprungs, und trotz der historischen Bezeichnung al-andalus nicht originär islamisch. 711 n. Chr. landete ein vorwiegend aus Berbern bestehendes, etwa 7.000 Mann starkes Heer unter Tariq ibn Ziyad bei Gibraltar. Tariq schlug die Westgoten am 19. Juli vernichtend in der Schlacht am Rio Guadalete und besetzte die Hauptstadt Toledo.

Israel ist nicht „palästinensisches“ Land, nicht geklaut, sondern erworben. Die Geschichte des Heiligen Landes ist eine ursprünglich hebräische, jüdische. „Palästinenser“ sind eine, von der PLO in den 1960er Jahren umbenannten Gruppe der Araber, nicht aber Nachfahren der Kanaaniter. Abraham war Hebräer und damit Jude, obgleich man ihn in Deutschland nur noch mit dem islamischen Opferfest in Verbindung bringen mag. Die erste arabische Invasion fand schließlich nicht nur 636 nach Christi statt, sondern gar nach dem Tode des arabischen Stifters. Nicht einmal das Osmanische Reich ist mit den historischen Ursprüngen des Staates Israels in Verbindung zu bringen.

Damit wären wir in Betrachtung der Ambitionen des amtieren türkischen Präsidenten, dem Nationalislamisten Recep Tayyip Erdogan, zwar im Hinblick auf Israel (noch immer) nicht bei geklautem Land, wohl aber bei Land, dass geklaut werden soll, von den Türken für sich und für die als „Palästinenser“ bezeichneten Araber, Untertanen einer Neuauflage des neo-osmanischen Reiches. Obgleich die Kraft der Türkei glücklicherweise nicht bis nach Jerusalem reicht, und die Annäherung zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emirate dem selbsternannten Kalifen den Wind aus den Segeln genommen hat, so zeigen die Aggressionen in Syrien und Libyen, am Mittelmeer gegenüber Ägypten und Griechenland doch recht deutlich, dass es hier um Diebstahl geht.

Nichts anderes zeigt die türkische Geschichte, die angesichts der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft und aktuellen Koalition in Deutschland nicht unbekannt sein dürfte, und doch genau dies zu sein scheint. Selbst die Tourismusbranche der Türkei wirbt unverhohlen mit ihrer Raubbeute, während die Menschen bei uns noch immer glauben, der heilige Nikolaus sei ein Türke gewesen! Wenn man also über geklautes Land sprechen will, so sollte man allem voran einen Blick auf die heutige Türkei nicht vergessen.

> „Nicht wenige Deutsche glauben noch immer, der heilige Nikolaus sei ein Türke gewesen!“

Woher kommen die Türken ursprünglich?

Die Wurzeln des türkischen Volkes reichen zurück in das 6. bzw. 7. Jahrhundert in das Reich der Gök-Türken aus Zentralasien. Sie lebten in großen Clans, aus den die Oghusen und Seldschuken hervorgingen. Letztere, inzwischen sunnitische Muslime, leiteten mit der Schlacht von Manzikert im Jahr 1071, die Landnahme in Anatolien ein, gründeten 1299 das Osmanische Reich. Über drei Kontinente erstreckte sich das Kalifat zu Zeiten seiner größten Ausdehnung, umfasste Teile Nordafrikas, arabische Gebiete und den Balkan. Mit der Schlacht am Kahlenberg am 12. September 1683 beendete der polnische König Johann Sobieski die Zweite Wiener Türkenbelagerung und damit die weitere, islamische Expansion gen Westen.

Die Spuren der ersten Opfer dieser Invasion, die Spuren der armenischen, aramäischen und griechischen Christen im Land, die Spuren der indigenen Bevölkerung, versucht man seither in einer Linie zu löschen. Die Menschen wurden enteignet und den neuen Herrschern unterworfen. Ein Massaker folgte dem nächsten, diese gipfelten in ethnischer Säuberung, endgültiger Vertreibung und zuletzt in einem mehrfachen Völkermord 1915. Was sich als eine Art ethnische Vielfalt des Osmanischen Reiches einen marketingträchtigen Namen gemacht hat, zeichnete sich vor allem durch politische Diskriminierung, Versklavung und Unterdrückung aus. Der im Westen von Kulturrelativisten gerne gerühmte Erfolg des islamischen Vielvölkerstaates war für diesen selbst seit jeher nur ein Zwischenstadium zum bis heute selbstbewusst, und täglich ausgerufenen Ideal eines Staates mit nur einem Volk und nur einer Religion.

An diesem Ziel änderte die neue Staatsgründung 1923 unter Kemal Atatürk nichts. Auch ihm ging es vor allem um einen Staat und ein Volk, nicht um eine vielfältige Gemeinschaft. Obgleich er der islamischen Religion ihren Stellenwert nahm, so war er sich doch nicht zu schade, die nicht-islamische Bevölkerung der neuen Türkei seiner Flagge, unter Entsagung der Identität der Kurden, der Griechen und der Armenier, zu unterwerfen. Er war der Nutznießer eines Völkermordes, an dem er selbst nicht beteiligt war, und er verantworte im Anschluss an diesen selbst ebensolche – namentlich den Völkermord an den Griechen 1922-23 und an den Dersim-Kurden 1938.

Verwahrlosung, touristische Benutzung oder kulturelle Einverleibung

prägen seit der Gründung der Türkei, in Fortsetzung des Osmanischen Reiches, den türkischen Umgang mit indigen-christlichen Schätzen.

Der Westen bleibt tatenlos angesichts des islamischen Missbrauchs der Hagia Sophia

Die missbräuchliche Nutzung der großen byzantinischen, griechisch-orthodoxen Kathedrale als Moschee erweckte in den vergangenen Wochen großes Aufsehen, doch unzureichende Empörung. Wieder einmal schwieg die Politik in Deutschland zu dieser vermeintlich innertürkischen Angelegenheit. Einige Stimmen freuten sich über die erneute religiöse Nutzung oder relativierten den christenfeindlichen Umgang mit der Raubbeute, in dem sie, vermittelnd vorschlugen, Muslime und Christen könnten doch darin vielleicht gemeinsam beten.

Wohlgemerkt, die Kirche steht in einem Land, das als Tatort der vielzähligen Christenmorde aus Geschichte und Gegenwart zu qualifizieren ist. Die einen, Nachkommen der Opfer besagter Verbrechen, sollen zu Gott, mit der Bitte um Schutz vor Verfolgung beten, während die anderen, stolze Neo-Osmanen, um den Erfolg ihrer Verfolgungen beten?

Istanbul ist eigentlich geklautes Land und hieß einmal Konstantinopel. Aus deutscher Sicht, so sagt es uns jedenfalls § 935 des Bürgerlichen Gesetzbuches, kann man an Gestohlenem kein Eigentum erwerben. Unglücklicherweise scheint gerade jeder diesen zentralen Gedanken unserer Wertegemeinschaft gegenüber der Türkei zu vergessen. Man hat einen Tiger gefüttert und gemästet. Man will nicht gebissen werden und hofft auf die Gnade, zu Lasten Dritten, von den scharfen Zähnen verschont zu bleiben.

Der Islamisierung der Hagia Sophia folgte nur Tage später ungestört die Islamisierung einer weiteren griechisch-orthodoxen Kirche in Istanbul. Die byzantinische Chora-Kirche, errichtet vom 11.-16 Jahrhundert genießt aufgrund ihrer aufwendigen Mosaiken und Fresken weltweiten Ruhm. Sie wurde 1948 zum Museum erklärt und vor wenigen Tagen in eine Moschee umgewandelt. Die europäische Wertegemeinschaft schwieg.

Das orthodoxe Sumela-Kloster liegt im Nordosten der Türkei. Hier liegt das zentrale Siedlungsgebiet der Pontosgriechen. Dieses Volk litt im Osmanischen Reich als Christen genauso wie die Armenier und Aramäer unter Diskriminierung, Massaker und Deportation. Die Griechen-Vertreibungen genozidalen Ausmaßes 1914-1923 vernichteten diese Heimat der Griechen. Die letzten Mönche mussten 1926 (unter Atatürk) das Kloster verlassen. Als „Nationalerbe“ wurde es ausschließlich aus touristischen Erwägungen „geschützt“. Im August 2020 erlaubte Präsident Erdogan den Griechen dort, in der teilsanierten Kirche, Maria Himmelfahrt zu feiern. Zur Dekoration der heiligen Messe hängte der türkische Staat, über den Altarraum die türkische Flagge. Die Botschaft war eindeutig: Religionsfreiheit, gewährt vom neuen Eigentümer des Landes.

Alles nur geklaut!

Kappadokien ist berühmt für seine Felsbauten. Auch hier geht es, wie so oft, um historische Stätten, die als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt wurden. Die Höhlenarchitektur umfasst Sakralbauten, Wohn- und Wirtschaftsräume aus Tuffgestein. Erste Besiedlungsspuren lassen eine Besiedlung in vorchristlicher Zeit vermuten. Die Bauten selbst stammen aus dem 1. Jahrhundert n. Chr.. Erste Christen sollen in der Tuffflandschaft Schutz gesucht haben und sesshaft geworden sein. Der Niedergang des Christentums deutet auf die Schlacht von Manzikert. Die Vorgänger der Osmanen, die Seldschuken, gewannen die Vorherrschaft und leiteten damit unter anderem auch das Ende der rund 3.000 in Stein gehauenen Kirchen ein.

Die antike griechische Stadt Ephesos - auf dem Staatsgebiet der heutigen Türkei

Izmir ist eigentlich das griechische Smyrna. Erste Siedlungen reichen zurück in die Jahre 6500–4000 v. Chr.. Die antike Agora von Smyrna, der von Antigonos angelegte Hafen zeugen von den griechischen Wurzeln der Region. Ephesos, 70 Kilometer südlich von Izmir, ist griechische Existenzen belegendes UNESCO-Weltkulturerbe, nicht Ergebnis türkischer Wertarbeit.

Aspendos liegt an der Südküste der Türkei, zwischen Antalya und Manavgat. Die Ruinen des Amphitheaters sind alles andere als türkischen Ursprungs. Vielmehr wurde es im 12. Jh. vor Christus von Siedlern aus Argos gebaut und ist damit eigentlich Kulturerbe der Griechen.

Ani, die alte Hauptstadt Armeniens, und eine Brücke aus armenischen Grabsteinen

Die historische Stadt Ani, im äußersten Osten der Türkei ist die seit mehr als drei Jahrhunderten verlassene, und heute in Ruinen liegende ehemalige armenische Hauptstadt. Ani ist seit dem 5. Jahrhundert als armenische Festung nachweisbar. Heute ist es eine verwahrloste Geisterstadt, leerstehendes Land mit einem gerade noch als Kirche zu erkennenden freistehenden Gebäude.

Und doch hatten nicht alle armenischen Kirchen der heutigen Türkei das Glück als verwahrloste Ruine zu enden. Die armenische Kirche des Heiligen Gregor steht zwar noch in Izmir-Menemen wird, aber als Kuhstall genutzt. Nichts anderes gilt für die Kirche des Heiligen Tomas in Van, direkt am Van-See, im Osten der Türkei. Die Gegend um Van war bereits um 5000 v. Chr. besiedelt, einst Hauptstadt des Urartäischen Königreiches, nach dessen Zerfall armenisches Land. Das archäologische Museum spricht Bände, bringt Touristen zum Staunen und der Türkei Geld.

Die Brücke von Malatya stammt aus den 1930 Jahren, wurde damit postgenozidal, in der Zeit Atatürks gebaut aus armenischen Grabsteinen. Auch hier reicht die Geschichte der Stadt über die Assyrer bis zurück zu den Hethitern. 1069 fiel die Stadt erstmals an die Seldschuken, 1243 fielen die Mongolen ein. 30 Jahr später kamen die Araber und verkauften die Einwohner als Sklaven, 1513 übernahmen die Osmanen.

> „Die Verklärung der Demokratie geht aktuell so weit, dass man fast meinen könnte, sie sei weniger Denkergebnis der alten Griechen als eine Erfindung der neuen Deutschen.“

1895 bis 1896 während der Hammidischen Massaker wurden allein in Malatya 7.500 armenische Zivilisten von fanatischen Muslimen und türkisch-kurdischen Einheiten getötet. Von den fünf Kirchen in der Stadt gehörten drei den Armeniern. Sie waren federführend im Handel, der Seidenraupenzucht, dem Seidenhandel und der Landwirtschaft tätig. Im Frühjahr 1915 wurden die Armenier der Stadt von osmanischen Behörden verhaftet und in die Syrische Wüste geschickt – Todesmärsche, die zum Völkermord an den Armeniern kulminierten. 15 Jahre später baute man für eine neue Türkei aus den Hinterlassenschaften der Armenier, in diesem Fall aus Grabsteinen, eine Brücke – auf geklautem Land.

Die Türkei ist reich an solchen Schätzen, Ruinen, Hinterlassenschaften einstiger Eigentümer. Doch ebendiese sind nicht mehr da. Ihr Andenken wird verleugnet oder beschmutzt – damals wie heute. Die Mentalität der Menschen hat sich bis heute nicht geändert. Das zeigen die aktuellen Geschehnisse in der Außenpolitik ebenso wie der gelebte Hass auf alle nicht-sunnitischen Nicht-Türken. Das zeigen Christenverfolgungen und Christenmorde, der Hass auf die Armenier und Griechen im Land, die Verklärung aller nicht-islamistischen Kurden zu Terroristen, der Antisemitismus gegenüber den einheimischen Juden. Sie alle haben auf geklautem Land nichts zu suchen, um nicht an die vielen Raubmorde zu erinnern. Sollte sich der neo-osmanische bzw. islamische Traum der Eroberung Jerusalems, etwa über das Mittel der sogenannten „Zweistaatenlösung“, durchsetzen, so darf man nicht erwarten, in Israel würde alles anders verlaufen.

Auswandern? Wenn ja: Wohin? (Teil 2)

Jeder zweite Bundesbürger hat schon einmal über Auswanderung nachgedacht, ergab kürzlich eine Umfrage. In der JR gibt es erstmals eine Liste potentieller Auswanderungs-Ziele, in denen bereits deutschsprachige und jüdische Infrastrukturen existieren.

Von Björn Akstinat

Israel-Wald in der deutschsprachigen Mennoniten-Kolonie Friesland (Zentralparaguay) – Quelle: IMH

Viele haben nicht die Chance, ihr Auwanderungsziel frei zu wählen, weil sie von ihrem Arbeitgeber ins Ausland geschickt werden oder nur in einem bestimmten Land eine passende Arbeitsstelle finden. Andere jedoch können und wollen zwischen mehreren Auswanderungszielen abwägen und denken sehr langfristig. Sie möchten für sich, ihre Kinder und ihre Enkel auf Dauer eine neue geeignete Heimat finden ... und das will wohlüberlegt sein.

Alle Studien und Beobachtungen zeigen, dass auch bei Auswanderern langfristig nahezu immer der Grundsatz „Gleich und Gleich gesellt sich gern!“ gilt. Man sucht gerade im Ausland oft die Nähe zu Menschen mit gleicher Sprache und Kultur, um unkompliziert Erfahrungen und Ratschläge auszutauschen oder um Bräuche und Glauben gemeinsam pflegen zu können.

Deshalb werden in diesem Artikel nur Länder als Auswanderungsziele vorgestellt, in denen bereits eine nennenswerte Zahl an Deutschsprachigen und Deutschstämmigen lebt, also auch eine deutsche Infrastruktur vorhanden ist, an die neue Auswanderer andocken können.

Auf die Bedürfnisse von deutsch-jüdischen Auswanderern wird in einigen Länderporträts besonders eingegangen.

Österreich, Luxemburg und die Schweiz bleiben verständlicherweise unberücksichtigt, weil sie Deutschland kulturell sehr ähneln und den Deutschen durch Reisen und Ausflüge meist schon gut bekannt sind. So gestaltet sich ein Umzug dorthin als die unproblematischste Art der Auswanderung ohne großen Beratungsbedarf.

Die hier mit Kurzporträts vorgestellten Länder werden nach folgenden Kriterien bewertet:

* medizinische Versorgung und Pflege auf Deutsch (z.B. deutsche Ärzte/Altersheime)
* deutschsprachige Kultur- und Freizeitangebote (Theateraufführungen, Filmvorstellungen, Konzerte, Büchereien, Sportvereine, Chöre, Tanz- und Trachtenvereine, Stammtische, Oktoberfeste oder andere regelmäßige Feierlichkeiten)
* deutschsprachige Medienangebote (Zeitungen, Zeitschriften, Internetportale, Radio- oder Fernsehsendungen in Deutsch)
* deutschsprachige Seelsorge (deutschsprachige Gemeinden)
* deutschsprachige Bildungs- und Erziehungsangebote (Kindergärten, Schulen, Hochschulen)
* Verfügbarkeit deutscher Lebensmittel und sonstiger Produkte bzw. Dienstleistungen (deutsche Gaststätten, Lebensmittelläden, Bäckereien, Buchhandlungen, Handwerker)
* Offenheit für deutsche Neueinwanderer, Rechtssicherheit, Lebenshaltungskosten

Maximal können sieben Sternchen vergeben werden.

Nachdem in der vorherigen Ausgabe die Situation in Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Chile, Dänemark, Frankreich und Israel dargestellt wurde, werden heute folgende Länder behandelt:

Italien *******

Südtirol ist zweifellos der beste Ort für deutsche Auswanderer, die sich in Italien niederlassen wollen. Die autonome Provinz im Norden, die ursprünglich ein Teil Österreichs war, gilt nicht nur als „deutscheste“ Region des Landes, sondern zudem als eine der reichsten, fortschrittlichsten und schönsten. Da dort Deutsch Amtssprache ist, lassen sich alle Behördengänge recht unkompliziert erledigen und Kontakte beruflicher oder freundschaftlicher Art leicht knüpfen. Deutschsprachige Schulen, Ärzte, Vereine und Kirchengemeinden findet man überall. In der Provinzhauptstadt Bozen sitzen sogar deutschsprachige Fernsehsender, Tageszeitungen und Hochschulen (Eine Übersicht über alle Studiengänge finden Sie im Buch „Deutschsprachige Studienangebote weltweit“). Die mit allerlei Sonderrechten ausgestattete Provinz verwaltet sich weitgehend selbst und verfügt daher über eine eigene Regierung, ein eigenes Parlament und eine bemerkenswerte Parteienlandschaft. Der Lokalpatriotismus ist dementsprechend sehr ausgeprägt. In Südtirol existiert auch die einzige deutschsprachige jüdische Gemeinde Italiens – aber nicht in Bozen, sondern im malerischen Kurort Meran. Sie umfasst rund 50 Mitglieder und bietet regelmäßige Gottesdienste an (www.meranoebraica.it).

Neue und alte Ausgabe der Zeitung „Mennonitische Post“ aus Steinbach/Kanada – Quelle: IMH

Kanada *******

Auf Deutschstämmige stößt man in ganz Kanada. Ihre Interessenvertretung ist der Deutsch-Kanadische Kongress (DKK) mit mehreren Regionalverbänden. Sie sind die drittgrößte Bevölkerungsgruppe nach den Kanadiern mit britischen und französischen Wurzeln. An einigen Orten ist Deutsch noch Alltags- und Umgangssprache – so zum Beispiel in Steinbach, einem von Mennoniten gegründeten Städtchen bei Winnipeg im Süden der Provinz Manitoba. Die ursprünglich von der Nordseeküste stammenden protestantischen Mennoniten bewahren besonders intensiv die deutsche Sprache und Kultur. Da sie die Erwachsenentaufe praktizieren und jeglichen Militärdienst ablehnen, wurden sie in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder verfolgt und zogen gezielt in abgelegene bzw. ruhige Gegenden Russlands, Nord- und Südamerikas. Wo immer sie sich niederließen, schufen sie prosperierende und vorbildliche Siedlungen. Steinbach ist als eines der Zentren mennonitisch-deutscher Kultur in Kanada unter anderem Sitz von bedeutenden deutschsprachigen Publikationen, nämlich der Wochenzeitung „Mennonitische Post“ und der Kinderzeitschrift „Das Blatt“ (Auflistung aller deutsch-kanadischen Publikationen hier: „Handbuch der deutschsprachigen Presse im Ausland“). Zu den weiteren Zentren deutscher Kultur gehört Kitchener in Ontario, eine ebenfalls von Mennoniten gegründete Großstadt bei Toronto, die bis 1916 den Namen „Berlin“ trug. Sie ist berühmt für ihr riesiges Oktoberfest und ihren Christkindlmarkt. Unweit von Kitchener liegt Hamilton. Dort lebt nicht nur eine beachtliche Zahl von

Ortseingangsschild der Mennoniten-Kolonie Volendam in Zentralparaguay

Deutsch-Kanadiern mit eigenem Klubhaus, eigenen Gaststätten und eigenen Kirchen, sondern auch eine jüdische Gemeinschaft deutscher Abstammung. Während in den evangelischen und katholischen Gemeinden noch Gottesdienste auf Deutsch angeboten werden, findet in den jüdischen mittlerweile alles auf Englisch statt. Mehr zur 1853 von deutsch-jüdischen Familien gegründeten Anshe-Sholom-Gemeinde Hamilton auf der Seite www.ansheshalom.ca. Informationen über die zahlreichen christlichen deutschsprachigen Gottesdienste in ganz Kanda sind unter www.delkina.org/unsere-gemeinden und www.uwinnipeg.ca/german-canadian/docs/101217-1.pdf aufgelistet.

Anhand dieser Listen lässt sich auch gut erkennen, wo besonders viele Deutsch-Kanadier leben. In Montreal existiert bis heute eine beachtliche Zahl von jiddischsprachigen Juden. Sie haben eigene Publikationen und ein eigenes Theater (www.segalcentre.org/en/dora-wasserman-yiddish-theatre) – das einzige jiddische in Kanada und eines von ganz wenigen weltweit.

Mexiko *******

Deutschsprachige und Deutschstämmige gibt es schon lange in Mexiko. So hatte zum Beispiel auch die berühmte Frida Kahlo deutsche Wurzeln. Deutsch-Mexikaner sind vor allem in der Hauptstadt, am Standort des Volkswagen-Werkes Puebla und im Bundesstaat Chihuahua anzutreffen. In Mexiko-Stadt verfügen sie über eine große deutsche Auslandsschule mit Kindergarten, deutschsprachige Kirchengemeinden, einen beeindruckenden deutschen Klub mit Schwimmbad, Tennisplatz und einer weitläufigen Parkanlage, ein eigenes Industrie- und Handelszentrum (German Centre) sowie einen Sozialverein, der ein Altersheim betreibt und ein zweisprachiges Magazin herausgibt. Puebla hat eine etwas kleinere deutsche Infrastruktur für die aus der Bundesrepublik stammenden Mitarbeiter des dortigen Volkswagenwerkes. Den größten Teil der deutschsprachigen Bevölkerung des mittelamerikanischen Landes machen die Plattdeutsch sprechenden Mennoniten aus, die hauptsächlich im nördlichen Bundesstaat Chihuahua, aber auch in anderen kargen Gegenden Mexikos leben. Ab 1920 gründeten sie quasi aus dem Nichts neue genossenschaftlich organisierte Kolonien und machten die Regionen bewohnbar. Ihre Zahl ist durch ihren Kinderreichtum von 7.000 auf heute 80.000 angewachsen. In der Stadt Cuauhtémoc produzieren sie eine eigene vierzehntägliche Zeitschrift und ein Radioprogramm. Viele wichtige landwirtschaftliche Produkte des Landes stammen von mennonitischen Bauernhöfen. Neben dem Deutschen spielt auch das Jiddische eine gewisse Rolle im Land. In den jüdischen Gemeinden von Mexiko-Stadt wird es von einem beachtlichen Prozentsatz der Mitglieder beherrscht, denn vor wenigen Jahren gab es noch Schulunterricht und komplette Zeitungen in der „Mameloschn“. Heute bieten einige Medien Jiddisch-Rubriken an (https://diariojudio.com/yiddish-vinkl).

Namibia *******

In dem einstmals als Kolonie zu Deutschland gehörenden südwestafrikanischen Staat leben bis heute rund 20.000 Deutsche und Deutschstämmige. Aufgrund eines guten Systems deutscher Schulen sprechen sie ihre Muttersprache meist auf hohem Niveau. Eine Assimilierung findet nur in kleinem Maße statt. Die Basis-Infrastruktur des Landes wurde noch in der Kolonialzeit geschaffen. Mit Swakopmund haben die ehemaligen deutschen Kolonialisten dem namibischen Staat eines der schönsten Städtchen Afrikas hinterlassen, das heute ein großer Touristenmagnet ist. Dort kann man Schwarzwälder Kirschtorte unter afrikanischen Palmen genießen, seine Füße in warmen Wüstensand eingraben und sich gleichzeitig eine frische Brise vom Atlantischen Ozean um die Nase wehen lassen. Auch wenn an vielen Stellen des Landes Deutsche wohnen, sind Swakopmund und Windhuk die eindeutig lebenswertesten Städte. Nur Auswanderern, die es ganz ruhig mögen, ist ein Leben in kleineren Orten wie Mariental und Lüderitzbucht oder auf einer namibischen Farm zu empfehlen. In der Kolonialzeit gab es in Namibia auch deutschsprachige jüdische Gemeinden. Mittlerweile sind diese jedoch nicht mehr existent (alt.juedischerundschau.de/juedisches-leben-in-deutsch-suedwestafrika-135910440).

Postamt der Mennoniten-Kolonie Fernheim in Nordwest-Paraguay

Evangelische Gottesdienste auf Deutsch werden in nahezu allen größeren Orten des Landes angeboten – in einigen auch katholische. Für Einwanderer aus der Bundesrepublik ist alles vorhanden, was das Herz begehrt: unter anderem deutsche Bäckereien und Cafés, deutsche Buchhandlungen, Karnevalsvereine mit jährlichen Sitzungen und Umzügen, qualifizierte Ärzte mit Deutschkenntnissen sowie zwei Radioprogramme und eine Tageszeitung in deutscher Sprache. Die „Allgemeine Zeitung“ aus Windhuk (www.az.com.na) ist das ideale Medium, um sich vor einer Auswanderung über die gegenwärtige Situation zu informieren.

Paraguay *******

Wenn Sie Orte wie Friesland, Neuland oder Sommerfeld auf Karten finden möchten, müssen Sie nicht in Deutschland suchen, sondern in der Mitte Südamerikas. Es sind Mennoniten-Kolonien in Paraguay. Dort werden Plattdeutsch und Hochdeutsch im Alltag als normale Umgangs- und Verwaltungssprachen verwendet. Ein besonderes Kultur- und Traditionsbewusstsein ist typisch für die protestantischen Mennoniten. Außerdem zeigt diese Gruppe, die etwa 40 % der über 100.000 Deutschsprachigen im Land ausmacht, außerordentlichen Überlebenswillen und Fleiß. Die mennonitischen Bauern sind für die Milch- und Fleischversorgung der Paraguayer unverzichtbar. Das Schulsystem in den fortschrittlichen Mennoniten-Kolonien ist auf einem deutlich besseren Niveau als in Deutschland: kleine Klassen, angenehme Lernatmosphäre und gute motivierte Lehrer. Einige der Schulen wirken mit ihren grünen, palmenbestandenen Schulhöfen wie kleine Paradiese. Der Unterricht findet komplett auf Hochdeutsch statt. Die Lehrer werden an einer eigenen pädagogischen Hochschule in der Kolonie Fernheim ausgebildet (siehe dazu auch das Buch „Deutschsprachige Studienangebote weltweit“). Obwohl viele deutsche Siedlungen in den ländlichen Gegenden oft nicht mehr als jeweils 1.000 Einwohner haben, besitzen sie meist eigene Krankenhäuser, Supermärkte und kommunale Medien (Zeitschriften, Radiosender).

Würde man die ganzen Kuriositäten der deutschen Ortschaften aufzählen wollen, käme man nur schwer zu einem Ende. So haben die dortigen Sportvereine beispielsweise zwei eigene deutschsprachige Fußball-Ligen gegründet – die einzigen außerhalb Europas. Auch kaum bekannt ist, dass die Mennoniten sehr israelbegeistert sind und rege Beziehungen zum Heiligen Land pflegen: in der Kolonie Friesland existiert ein Israel-Wald, viele Kolonien exportieren koscheres Fleisch nach Israel und nicht wenige Mennoniten unternehmen mindestens einmal im Leben eine Rundreise durch das Land der Bibel. In der Hauptstadt Asuncion gibt es mennonitische Reisebüros, die eigens für Touristen aus Paraguay deutschsprachige Gruppenreisen nach Israel organisieren.

Dies ist der zweite Teil des Artikels. In den nächsten Ausgaben werden unter anderem noch folgende Länder vorgestellt: Polen, Rumänien, Russland, Spanien, Südafrika, Thailand, Tschechische Republik, Ungarn und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Artikel stammt von der Nachrichtenagentur der Internationalen Medienhilfe (IMH). Falls Sie weitere Informationen zu deutschsprachigen Institutionen, Medien oder Studienangeboten im Ausland benötigen, können Sie sich unter info@medienhilfe.org an die IMH wenden.

Sukkot: Die Botschaft der Sukka

Warum wohnen wir sieben Tage in einer Laubhütte?

Von Dovid Gernetz

Leopold Pilichowski: Sukkot, 1894/95, Jüdisches Museum New York

Mit dem Schließen der himmlischen Tore bei Neila, der Klimax des jüdischen Versöhnungstages Jom Kippur, enden die Tage des Gerichts und der Furcht und es beginnen die fröhlichen Tage von Sukkot, dem Feste der Freude, wie es steht: „Und freust dich mit deinem Fest [Sukkot]" (Devarim Kap.16, Vers 14)

Eine der Mitzwot (Gebote) am Sukkot ist das Sitzen bzw. Wohnen in einer Laubhütte („Sukka" auf Hebräisch), daher der Name Sukkot (=Die Laubhütten).

In der Tora werden dieser Feiertage folgendermaßen beschrieben:

„In den Hütten sollt ihr sieben Tage wohnen, wer in Israel eingeboren ist, sollen alle in Hütten wohnen. Damit eure Nachkommen es wissen, dass in den Hütten Ich Israels Söhne habe wohnen lassen, als ich sie aus dem Land Ägypten führte; Ich bin G´tt, euer G´tt!"

(Vaikra Kap.23, Vers 42-43)

Von welchen Hütten ist hier die Rede?

Im Talmud gibt es eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Gelehrten, von welchen Hütten in diesem Vers die Rede sei. Laut der einen Meinung sind damit echte Laubhütten gemeint, die G´tt in der Wüste für das jüdische Volk baute, um sie vor der brennenden Sonne der Wüste zu schützen. Als Andenken daran sitzen wir ebenfalls in Laubhütten, um G´tt für seine Barmherzigkeit gegenüber unseren Vorvätern zu danken.

Die Wolken der Ehre

Andere Gelehrte sind der Ansicht, dass es überhaupt keine Laubhütten in der Wüste gegeben hat und mit den „Hütten" die „Wolken der Ehre" gemeint sind.

Dabei handelte es sich um eine Art Wunder-Wolken, die das jüdische Volk von allen Seiten umgaben und verschiedene Funktionen erfüllten:

Hauptsächlich dienten sie dem Schutz des jüdischen Volkes vor Feinden und wilden Tieren, waren aber, dem Medrasch (Sammlung rabbinischer Schriften) nach, auch für die Reinigung der Kleidung zuständig.

Warum feiern wir Sukkot nicht im Frühling, sondern im Herbst?

Ob es nun Laubhütten oder Wunder-Wolken in der Wüste waren, aus dem zitierten Vers geht klar hervor, dass wir am Sukkot in einer Sukka sitzen, um uns daran zu erinnern, wie sich G´tt in der Wüste um unsere Vorväter gekümmert hat.

In der Tora steht, dass G´tt unsere Vorväter kurz nach dem Auszug aus Ägypten in diesen „Hütten" hat wohnen lassen, und der Auszug aus Ägypten war bekanntlich im Frühling

(Das Fest Pessach, das den Auszug aus Ägypten markiert, fällt auf den jüdischen Monat Nissan, also mitten im Frühling).

Hier stellt sich die offensichtliche Frage: Wenn das jüdische Volk im Frühling in diesen „Hütten" saß, sollten wir dann Sukkot, welches daran erinnert, nicht ebenfalls im Frühling kurz nach Pessach feiern statt im Herbst?

Generell bedarf es einer Erklärung, welcher Gedanken dahintersteht, dass das jüdische Volk am Sukkot ihre warmen und sicheren Häuser verlässt und sieben Tage in einer kalten und wackeligen Hütte verweilt.

Eine ermutigende Botschaft

Rav S.R. Hirsch (Choreb Kap.30, Seite 124) erklärt, dass sich dahinter eine sehr wichtige und ermutigende Botschaft an das jüdische Volk verbirgt:

Zu diesem Zeitpunkt im Herbst waren die Menschen in der Regel damit beschäftigt, den Ertrag von den Feldern einzuholen. Für die meisten Menschen war Landwirtschaft und Ackerbau die einzige oder hauptsächliche Einnahmequelle, sodass es jeweils von der Ernte abhing, ob man bis zur nächsten Saison in Ruhe und Wohlstand lebte, oder von Hunger und Armut geplagt sein würde.

Ein Mensch, der keinen Glauben bzw. Vertrauen in G´tt hat, wird, wenn die Ernte erfolgreich ausfällt, den Erfolg seiner Intelligenz und Anstrengung zuschreiben. Wenn die Ernte jedoch schlecht ausfällt und der Ertrag gering ist, dann bleibt diesem Menschen nichts anderes als Verzweiflung, weil es keine Hoffnung und Stütze gibt.

So ein Mensch lebt mit der Einstellung „Meine Kraft und die Mächtigkeit meines Armes hat mir dieses Vermögen geschaffen" (Devarim Kap.8, Vers 17). Solange man gesund ist und das Geschäft gut läuft, verleiht diese Einstellung dem Menschen ein Gefühl des Stolzes und der Selbstzufriedenheit. Sobald das Leben aber nicht mehr so läuft, wie man es sich wünscht, sei es Krankheit (Epidemien!), finanzielle Probleme o.Ä., dann lastet die ganze Bürde auf dem Menschen und viele werden von dieser Last seelisch zerdrückt.

An Sukkot befiehlt uns G´tt unsere stabilen Häuser zu verlassen und sieben Tage in einer Hütte zu leben, durch deren Dach wir die Sterne erkennen können. Sobald wir uns in einer wackeligen Laubhütte befinden und eventuell Regen und Kälte ertragen müssen (falls es zu stark regnet, ist es erlaubt die Sukka zu verlassen), dann schauen wir hinauf zum Himmel (oder zu den Sternen, je nach Tageszeit) und verstehen, dass nicht wir die Fäden der Welt in unseren Händen halten, sondern alles nach G´ttes Plan und Vorhersehung verläuft und er die Lage unter Kontrolle hat.

„Alles, was G´tt tut, ist zum Guten"

Nicht immer verstehen wir, warum gewisse Dinge passieren und oft fällt es uns schwer das Gute darin zu sehen, aber unsere Weisen lehren (Brachot 60b): „Alles, was G´tt tut, ist zum Guten".

Diese Einsicht spendet dem Menschen Trost und erfüllt ihn mit Hoffnung, weil er weiß, dass er nicht alleine ist und es einen barmherzigen G´tt gibt, auf welchen er vertrauen kann und welcher ihm helfen wird.

Befreit Vertrauten in G´tt den Menschen von aller Verantwortung?

Dies bedeutet nicht, dass der Mensch keinen Finger rühren muss und die ganze Zeit gemütlich auf dem Sofa sitzen kann, mit der Behauptung, dass er auf G´tt vertraut und dieser ihn mit allem Nötigen versorgen wird. Dazu gibt es eine amüsante Anekdote:

Ein Jude hatte einst eine g´ttliche Prophezeiung, dass er den Jackpot knacken und über Nacht zum Multimillionär werden wird. Am Tag der großen Entscheidung musste er jedoch enttäuscht feststellen, dass jemand anderes das große Los gewonnen hat. Verbittert wandte er sich an G´tt und fragte ihn: „Hattest du mir nicht versprochen, dass ich den Jackpot knacken werde?" Darauf antwortete ihm G´tt: „Das habe ich. Aber hast du auch ein Los gekauft, um an der Lotterie teilzunehmen?"

Die Aufgabe und Verantwortung des Menschen ist es, alles, was in seiner Macht steht, zu tun und sich anzustrengen, aber das Ergebnis hängt nicht mehr vom Menschen ab. Wenn der Mensch erfolgreich ist, dann nur, weil G´tt möchte, dass er Erfolg hat und wenn nicht, dann gehört es ebenfalls zu G´ttes Masterplan.

Auf jeden Fall gibt es keinen Grund zur Verzweiflung, weil wir glauben, dass auch Misserfolge und Niederlagen zu unserem Guten sind. Manchmal erkennen wir dies sofort, manchmal erst später.

Jetzt können wir auch verstehen, warum es zu Sukkot das Gebot der grenzenlosen Freude gibt, weil dieses Verständnis, dass wir stets auf G´tt vertrauen können und er uns in jeder Situation helfen wird, eine große Beruhigung und seelische Entlastung von der schweren Bürde der Verantwortung mit sich bringt.

Perfektes Timing für diese Botschaft

Die wirtschaftliche Lage infolge der Pandemie hat auf staatlichem und individuellem Level ihren Tiefpunkt erreicht. Viele Menschen sind verzweifelt und wissen nicht, wie sie über die Runden kommen sollen. Doch wenn wir in der Sukka sitzen und unseren Blick zum Himmel heben, dann erinnern wir uns daran, dass G´tt unsere Vorväter in der Wüste nicht im Stich gelassen hat und sich um sie gekümmert hat.

So sind auch wir nicht alleine und mit G´ttes Hilfe werden wir diese Krise überstehen, so herausfordernd und ausweglos diese auch zu sein scheint! Chag Sameach!

Die leckeren Feiertage

Was, wie und wann: alle Bräuche rund ums Essen und Fasten während der Hohen Feiertage einfach erklärt

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Selbst Zootiere bekommen in diesem israelischen Zoo in Ramat Gan Honig zu Rosch Haschana.

Von Mitte September bis Mitte Oktober erleben wir jedes Jahr einen Marathon der Feiertage, der viel zu bieten hat. Das sind sowohl tief in die Seele dringende Melodien von Chazonim (Vorbetern) am Jom Kippur, als auch sehr spezielle Gebote wie der Schofar am Rosch Haschana oder die Laubhütte am Sukkot, und die nie endenden Tänze mit den Tora-Rollen zu Simchat Tora.

Ein Fest wäre jedoch kein Fest, wenn dabei nicht auch gegessen würde. Das leckere Essen ist eine sehr wichtige Komponente des Feierns, und da ein Fest auf das andere folgt, sind die Hausfrauen in den jüdischen Familien und die Köche in den Gemeinden in diesem Monat im Dauerbetrieb.

Auch wenn gutes Essen auch während des Jahres, zum Beispiel am Schabbat immer ein wichtiges Thema ist, so sind rund um die Feiertage zahlreiche Bräuche entstanden, die diese Feiertage besonders machen und worauf sich viele Menschen schon Monate im voraus freuen.

Diejenigen, die sich mit jüdischem Leben ein wenig auskennen, würden sofort bei Sufganijot (ähnlich den Berliner Pfannkuchen) an Channuka, bei Matza an Pessach und bei Käse-Kuchen an Schawuot denken. Doch was wird bei europäischen Juden traditionell während der Hohen Feiertagen gegessen? Erstaunlicherweise gibt es sehr viele interessante Bräuche und sogar verpflichtende Gesetze!

Apfel, Honig und Fischkopf

Schon zu Rosch Haschana (Neujahresfest) wird es in der Küche heiß. Es müssen nicht nur vier obligatorische Festmahlzeiten für zwei Feiertage gekocht werden, sondern hinzu kommen noch mehrere kulinarische Extras, die dieses Fest umrahmen.

Wir glauben, dass Rosch Haschana ein sehr wichtiger Tag ist, an dem alle lebende Menschen gerichtet werden. Deshalb wäre es angebracht Rosch Haschana so zu gestalten, dass das Himmlische Urteil für uns so günstig wie möglich ausfallen wird. Und wir glauben auch, dass unsere Taten diese Entscheidung maßgeblich beeinflussen. Und dieser Gedanke kommt nicht nur bei den langen Gebeten des Tages zum Tragen. Auch das symbolträchtige Essen hat die Kraft in hohen Sphären Einfluss zu unseren Gunsten auszuüben.

Wir wünschen uns ein süßes und schönes Neues Jahr, und dafür steht vor allem ein in Honig getunkter Apfel. Andererseits raten unsere Weisen an diesem Fest auf Bitteres und Saures zu verzichten, um das kommende Jahr nicht unnötig negativ zu machen. Und das bezieht sich nicht nur auf Essbares, sondern auch auf die Spirituosen für LeChaim: statt mit bitterem Wodka könnte man zum Bespiel mit einem Likör anstoßen. Außerdem warnen unsere Weisen interessanterweise auch vor dem Verzehr von Waldnüssen. In einer von mehreren Erklärungen heißt es, dass die Nussreste im Mund beim Gebet stören würden.

Jedoch sind uns die beide Tage von Rosch Haschana zu wichtig, um nur beim Apfel mit Honig zu bleiben. Um noch mehr die Gunst der Stunde zu nutzen, veranstaltet man an beiden Abendmahlzeiten des Festes einen „Seder Simonim". Dabei werden einige Gemüse- und Obststücke wie Kürbis, Granatapfel, Lauch und anderes gegessen und dazu passende Wünsche aufgesagt. Zum Beispiel wird beim Essen des Granatapfels gewünscht, dass unsere Verdienste so zahlreich sein sollen wie die Kerne im Granatapfel. Ein weiterer verbreiteter Brauch ist das Essen von Fisch – und dafür gibt es sogar gleich zwei Gründe: wir wünschen uns vorne zu sein, und nicht hinten (Anspielung auf Dwarim 28:13) und wir wünschen uns uns so zu vermehren wie die Fische im Wasser. Deshalb kochen viele gefillten Fischkopf und sagen dazu beide Wünsche auf. Früher wurde für diesen Zweck auch der Kopf eines Schafes benutzt, was heutzutage jedoch immer seltener vorkommt.

Süßer „Lekach" und bedeutungsvolle „Kreplach"

Knapp eine Woche nach Rosch Haschana kommt der sehr heilige Tag „Jom Kippur", an dem mehr als 25 Stunden lang gefastet wird. Man sollte denken, dass wenigstens dieser Feiertag nichts mit Essen zu tun hat. Jedoch ist das Gegenteil der Fall. Unsere Weisen leiten aus den Tora-Versen ab, dass wir verpflichtet sind, vor dem Fasten gut zu essen. Deshalb wird alles, was man am Tag vor Jom Kippur isst, zur Erfüllung eines Tora-Gebotes. Das funktioniert aber nur dann, wenn man beim Essen an das Erfüllen des Gebotes denkt.

Doch auch für diesen Tag gibt es „traditionelle Speisen". So wird in vielen chassidischen Synagogen dem „Kaparot"-Ritual gemäß an alle Betende ein Stückchen vom „Leckach" (Honigkuchen) vergeben. Bei der letzten Mahlzeit des Tages vor dem Fastenbeginn werden, vorwiegend bei den Chassidim, „Kreplach" (Teigtaschen mit Fleisch) serviert. Dabei haben „Kreplach" sogar eine tiefsinnige Botschaft für den Versöhnungstag Jom Kippur: in der Kabbala steht „weiß" für G'ttliche Barmherzlichkeit, „rot" hingegen für das strenge himmlische Gericht. Deshalb soll „rotes Fleisch" mit „weißem Teig" bedeckt werden und damit soll die Barmherzigkeit am Jom Kippur die Strenge „überwiegen".

Das Essen in der Laubhütte

Diejenigen, die während des großen Fastens am Jom Kippur ein wenig abgenommen haben, werden die verlorenen Kalorien sehr schnell zurückbekommen: Nur vier Tage nach Jom Kippur beginnt das siebentätige (und bei uns in der Diaspora achttägige) Laubhütten-Fest „Sukkot". Auch wenn für diesen Feiertag keine bestimmten Speisen vorgeschrieben sind, sind auch diese Tage fest mit dem Essen verbunden.

Schon am ersten Abend, wenn wir unsere Wohnungen verlassen sollen und in die Laubhütten übersiedeln, soll unbedingt gegessen werden. Dabei regelt das jüdische Gesetz „Halacha" sehr genau, dass die Männer am späten Abend, nachdem drei mittelgroße Sterne zu sehen sind, ein bestimmtes Maß vom Brot in der Laubhütte essen sollen. Dieses Stückchen Brot soll man in der Sukka am ersten Abend sogar dann essen, wenn es regnet. Nur dann erfüllt man das Gebot „in den Sukkot zu leben" (Waikra 23:42). An anderen Tagen, wenn es regnet, darf man ruhig zu Hause essen. Natürlich wird in der Sukka nicht nur Brot gegessen. Idealerweise soll man dort alles machen: Kidduschim, festliche Mahlzeiten, Gäste empfangen, frühstücken, Kaffee bzw. Bier trinken usw. Empfehlenswert sind hier solche Speisen, die unproblematisch von der Küche in die Laubhütte gebracht werden können.

Während der ganzen acht Tagen des Festes muss man beim Essen aufpassen. Wenn man die Mahlzeit mit Brot essen möchte, soll man das ausschließlich in der Laubhütte machen. Provisorisches Essen darf man auch draußen essen. Manche Chassidim essen und trinken während des Festes alles nur in der Sukka, sogar Bonbons und Leitungswasser. Die Frauen und Kinder sind von diesem Gebot befreit und dürfen selbst entscheiden, wo und was sie während Sukkot essen. Jedoch empfehlen unsere Weise auch schon Kleinkinder in die Laubhütte mitzunehmen, damit sie auf den Geschmack für diese Mitzwa kommen.

Spirituosen und Bonbons zum Abschluss

Im Anschluss an Sukkot wird Schmini Atzeret und Simchat Tora gefeiert. In Israel passiert das an einem Tag, in der Diaspora an zwei Tagen.

Schmini Atzeret ist ein sehr merkwürdiger Feiertag und um ihn zu verstehen, muss man sich mit den Werken unserer Weisen beschäftigen. Das ist wohl der einzige Feiertag im Jahr, der keine festen Bräuche in Bezug auf die Speisen hat. Aber auch am Schmini Atzeret sind zwei festliche Mahlzeiten verpflichtend, was jedoch angesichts der vielen Festen davor nicht gerade einfach zu realisieren ist.

Auch am Simchat Tora muss man zwei festliche Mahlzeiten genießen. Jedoch wird an diesem Tag mehr getrunken als gegessen: Simchat Tora ist das Fest der Tora und wohl einer der fröhlichsten Tage im Jahr. Es wird sowohl am Abend als auch am Tag des Festes viel mit der Tora getanzt, Erwachsene trinken leChaim (Spirituosen), Kinder bekommen so viele Bonbons geschenkt, dass sie ihnen gefühlt bis Channuka reichen. Ans Essen können da nur noch ganz Wenige denken…

Israelische Jugendliche finden Goldschatz

Während einer Ausgrabung der israelischen Altertumsbehörde in Zentralisrael wurde ein Schatz von 425 Münzen reinen Goldes entdeckt, die aus dem späten neunten Jahrhundert stammen, als das Kalifat der Abbasiden von Persien Eretz Israel besetzt hielt.

Von Yoli Schwartz (Israel Heute)

Ein beeindruckender und seltener Münzschatz aus der Abbasidenzeit, der vor etwa 1.100 Jahren möglicherweise versteckt wurde, wurde von Jugendlichen, die sich vor ihrem Armeedienst freiwillig gemeldet hatten, bei einer archäologischen Ausgrabung entdeckt.

Zwei dieser Jugendlichen, die der „Kulturbewegung" in Holon angehören, bemerkten bei der Arbeit an der Ausgrabung plötzlich etwas im Boden schimmerndes.

Oz Cohen, einer der Jugendlichen, sagte: „Es war total spannend. Ich grub in der Erde, und als ich den Boden aushob, sah ich etwas, das wie sehr dünne Blätter aussah. Als ich wieder hinsah, sah ich, dass es sich um Goldmünzen handelte. Es war wirklich aufregend, einen so besonderen und uralten Schatz zu finden."

Laut den Leitern der Ausgrabung, Liat Nadav-Ziv und Dr. Elie Haddad von der israelischen Altertumsbehörde, „enthielt der Schatz, der absichtlich in einem Tongefäß in der Erde vergraben wurde, 425 Goldmünzen, von denen die meisten aus der Abbasidenzeit stammten. Die Person, die diesen Schatz vor 1.100 Jahren vergrub, muss damit gerechnet haben, ihn wiederzufinden, und das Gefäß sogar mit einem Nagel gesichert haben, damit es sich nicht bewegen konnte. Wir können nur vermuten, was ihn daran gehindert hat, zurückzukehren, um diesen Schatz zu bergen. Der Fund von Goldmünzen, sicherlich in einer so beträchtlichen Menge, ist äußerst selten. Wir finden sie fast nie bei archäologischen Ausgrabungen, da Gold schon immer äußerst wertvoll war, gesucht und eingeschmolzen wurde. Die Münzen aus reinem Gold, das an der Luft nicht oxidiert, wurden in ausgezeichnetem Zustand gefunden, als wären sie am Tag zuvor vergraben worden. Ihr Fund könnte ein Hinweis darauf sein, dass ein internationaler Handel zwischen den Bewohnern der Region und abgelegenen Gebieten stattfand".

Die Münzen waren in einem Tongefäß versteckt

Laut Dr. Robert Kool, einem Münzexperten der israelischen Altertumsbehörde, „ist es äußerst selten, bei Ausgrabungen in Israel Schätze aus der Abbasidenzeit zu finden – insbesondere Goldmünzen. Dies ist einer der frühesten bekannten Behälter aus dieser Zeit (Ende des 9. Jahrhunderts), die im Land gefunden wurden. Die Münzen sind aus reinem Gold – 24 Karat – hergestellt. Das Gesamtgewicht des Hortes beträgt etwa 845 Gramm reines Gold – damals eine bedeutende Geldmenge. Mit einer solchen Summe konnte man zum Beispiel ein luxuriöses Haus in einem der besten Viertel von Fustat, der damals enorm reichen Hauptstadt Ägyptens, kaufen. Von einer ersten Untersuchung der Münzen datieren die meisten von ihnen bis zum Ende des 9. Jahrhundert n. Chr. Während dieser Zeit war die Region Teil des riesigen Kalifats der Abbasiden, das sich von Persien im Osten bis Nordafrika im Westen erstreckte und dessen Regierungszentrum in Bagdad im Irak lag. Der Hort besteht aus vollen Golddinar, enthält aber auch – was ungewöhnlich ist – etwa 270 kleine Goldschnitte – Stücke von Golddinaren, die als „Kleingeld" geschnitten wurden. Das Schneiden von Gold- und Silbermünzen war nach den 850er Jahren mit dem plötzlichen Verschwinden der Bronze- und Kupfermünzen ein regelmäßiger Bestandteil des Währungssystems in islamischen Ländern.

Presse-Präsentation der gefundenen Goldmünzen am 18. August 2020 bei einer archäologischen Ausgrabungsstätte nahe Tel Aviv

Einer der Schnitte ist ein außergewöhnlich seltenes Stück, das bei Ausgrabungen in Israel noch nie gefunden wurde: ein Fragment eines Goldsolidus des byzantinischen Kaisers Theophilos (829 – 842 n. Chr.), der in der Reichshauptstadt Konstantinopel geprägt wurde. Das Erscheinen dieses kleinen byzantinischen Münzfragments in einem islamischen Münzschatz ist ein seltenes materielles Zeugnis der kontinuierlichen Verbindungen (Krieg, Handel) zwischen den beiden rivalisierenden Reichen während dieser Zeit.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(030) 23 32 88 60** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ✘ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.